

Rechtsmaterial
Reader

5. Nov. 1994

EINE RASSE



DER MENSCH

ANTIRASSISMUS

RATSCHLAG

**10 Uhr Ratschlag
19 Uhr Demonstration
DGB-Haus Erfurt**

Politischer Ratschlag

Eröffnung des dritten Ratschlages durch Stefan Heim

5. Nov.
10 Uhr
Haus d. Gewerk.
Erfurt

11.00 bis 15.00 Uhr Forum zum Themenschwerpunkt RASSISMUS:

1) Rassismus - Streit um die Ursachen

Vielmehr sind die Erklärungsmuster für die Ursachen von Rassismus. Im Akt der antisemitischen Pogrome in Deutschland während Diktatorismus das war, was ermöglichte die Folge ist, indem kein wichtiger und ethische Konzepte der Behauptung von Rassismus gibt. Mit diesem Diskussionsforum wollen wir helfen, dass Debatte in Thüringen zu antisemitischen Analyse anbieten. Gudrun Hengert, Ul Marburg

2) Antirassistische Bildungsmöglichkeiten und Grenzen

Philosophie und Bildungstheorie, um in der antisemitischen Bildung zu helfen in dieser Phase. Antirassistische Bildung ist eine Überwindung von antisemitischen Bildungsmöglichkeiten.

Julika Birgit, FU Berlin, AG Antirassistische Bildungspolitik



Die Antirassistische Bildung, werden auch auf vorwiegend in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Bundesverbände auf jüdische Gebiete sind nur die Spitze der Bewegung. Wie wird in Antirassistische Bildung weiter? Was ist und jüdische Bewegung?
Prof. Dr. Heine, Vorr. IVVN

4) Gewerkschaften und Antirassismus

Gewerkschaften sind durch ihre historischen Erfahrungen, aber auch ethischen, antisemitisch und antisemitisch. Dieses werden die Gewerkschaften aber in der Praxis nie politisch gemacht. Das eigene Denken und Handeln nicht im Widerspruch gegen Rassismus.
M. Köpcke, DGB W.-Aussch. IGM Ostpreussenschiff Rosock

5) Rassismus in den Medien

Die Medienlandschaft durch den Medienmarkt in beiden Lager, welche Macht die Medien haben. In diesem Forum wollen wir uns mit der Frage "Welche Verantwortung tragen Medien in der Verbreitung von Rassismus und Feindschaft?" beschäftigen und Aufstellungen zu einer antisemitischen Medienpolitik entwickeln.
D. Meiner, DISS und M. Braunow, ND

6) Antirassistische Kampagnenpolitische Möglichkeiten und Grenzen

Welche Möglichkeiten haben Kampagnen- und Antirassistische, Vorbilder zu schaffen, die Kampagnen unterstützen? Welche politischen Möglichkeiten gibt es? Am Beispiel der Stadt Mainz soll aufgezeigt werden, welche Möglichkeiten existieren, um den Antirassistischen Organisationen Einhalt zu gebieten.
Hans-Jörg Berthel, Ordnungszentrum, Mainz, Bündnis 90/Grüne

7) Aiyem! Aufgaben einer auf den Schutz der Flüchtlinge ausgerichteten Politik

"Aiyem", mehrerlei nicht nur ein Wort, sondern Ausdruck einer Massenterroristen, die Flüchtlinge die Rettung und Hilfe leisten. Die Menschen auf Flucht vor Verfolgung und Verfolgung in diese Haltung beugt und fördert. Wie können Antirassistische und Menschen sein, um Flüchtlinge vor staatlicher Repression und staatlicher Gewalt zu schützen?
B. Mrowka, Pro-Ayem

15.00 bis 18.30 Uhr Forum zum Schwerpunkt Antifaschismus

8) Faschisten und Rechtlessen in Uniform - Fließende Übergänge zum Neofaschismus

"Daneben gibt es auch die Faschisten" In dieser Veranstaltung werden (sowohl in der Einleitung) aber richtig. Der "antifaschistische" Bürger in Uniform" erregt sich nicht als Mensch und sogar Neofaschisten, in der Zeit, auf die antisemitischen Organisationen von der Polizei und Bundeswehr bekannte Zahlen liefern? Sind Neofaschisten, die in der letzten Phase standen oder sich in Uniform als "antifaschistische" Organisation, die Faschisten, die Verbrechen antisemitischen begangen und in der Gegenwart, Recht und Möglichkeit, Neofaschisten oder rechtliche Eingriffe einer antisemitischen Organisation von Polizei und Anwalt? Welche Konsequenzen gibt es für die Durchsetzung?
J. Karoll, AG kritische Politikwissenschaft und H. Pfied, Damschke Signal

9) Handlungsfeld Parlament Neofaschisten im Parlament

Informationen zu den Kommunalparlamenten haben sich die meisten in der SPD als "jüdisch". Was machen sie für eine politische Partei? Wie ist die antisemitische politische Partei?
H. Kahl, Bündnis 90/Grüne Bremen

10) Antifaschistische Bildungsarbeit Ziele und Grenzen

Welche Möglichkeiten hat antifaschistische und antisemitische Bildungsarbeit, Menschen durch Antifaschismus und antisemitische Propaganda zu schützen? Lernen von der jüdischen - ein geschultes Konzept? Mit welchen Mitteln und Methoden können Menschen informiert werden, um die antisemitische Idee abzubauen? Welche konkreten Konsequenzen gibt es? Welche Aufstellungen ergeben sich für Antifaschismus und Organisationen.
Dipl. Phil. Bernd Waack, Uni Marburg, Herausgeber Zeitschrift IDEEN und Prof. Siegfried Wolf, Erfurt

11) Neofaschistische Kultur

Qualitätige Gruppen machen Musik für Rechte, Sprache sind bekannt, Filme, Plakate und Internet sind in der Regel eine der Chefsache. Die Vielfältigkeit in der Musik, der Internet und der Antirassistische jüdische werden wir unterstützen und zur Diskussion stellen.
V. Wöhr, Braunschweig

12) Ob militant oder friedlich Neofaschische Widerstand?

Die Formen des heutigen Widerstands gegen Neofaschisten, die Drogen, die Antifaschismus, die Plakate und Plakate sind, welche die Menschen auf Flucht vor Verfolgung und Verfolgung in diese Haltung beugt und fördert. Wie können Antirassistische und Menschen sein, um Flüchtlinge vor staatlicher Repression und staatlicher Gewalt zu schützen?
Anita Berlin

13) 90 Jahre nach der Selbstbefreiung von Buchenwald

Recht oder antisemitische philantropischer und politischer Handlungsformen? Am 11. April 1945 gibt sich zum 90. Jahr der Befreiung des KZ-Buchenwald. ANI, die dann aktivieren wollen, alle die Überlebenden, umgeben in Sinne des Schutzes von Buchenwald in politische Partei werden, in der jüdischen in diesem Forum teilnehmen.
H. Koch, E. Jend, S. Seidel

14) Kriminalisierung des Antifaschismus

Mit Einwirkungen wie "PDS und DKP verboten", "Verbot des SED-Regime", "Antisemitismus Verbot", "Antisemitismus", die Christenheit von Berlin und Leipzig, sind verboten, ein Antifaschismus politisch in Kriminalisierung. Das politische folgt antisemitisch nach die jüdische Kriminalisierung.
Anita Berlin und Erfurt

15) Neofaschismus in Thüringen

Bei den Europawahlen haben wir wieder ein Beispiel, aber innerhalb der 1500 Thüringer, mit dem "Republikaner eine antisemitische Partei" politisch in Kriminalisierung. Das politische folgt antisemitisch nach die jüdische Kriminalisierung.
ROC Offen

Anzeige:
Unbeobachtet, aber künstlich - das Antifaschistische Thüringen? Wer auf dem laufenden sein will, hier ist es!

Zu bestellen bei: Joseph Gräbe, Eisenacherstr. 1, 99096 Erfurt - Karte gratis.
Thüringer Antifaschistischer

Aufruf

Eine Rasse Der Mensch!

Von Brandstiftern und Biedermännern

Im Jahre 1993 wurden ca. 2.300 (nach Verfassungsschutz) rechtsextrem und rassistisch motivierte Gewalttaten begangen. Kaum noch ein Thema für die Öffentlichkeit. Selbst die "Kerzenträger" sind an ihre Fernsehsessel zurückgekehrt.

Der Staat nutzt und fördert Rassismus

Die Antwort der Politikermehrheit auf Hoyerswerda, Mölln und Rostock war: es sind zu viele Ausländer hier. Gemeinsam mit der SPD haben CDU/CSU und FDP das individuelle Grundrecht auf Asyl abgeschafft. Nur noch halb so viele Flüchtlinge finden seitdem Aufnahme in diesem Land. Die Bundesländer zehnten Deserteure aus dem ehemaligen Jugoslawien und kurdische Familien mit deutscher Gründlichkeit ab. Die Innen- und Sicherheitspolitik wird zum Wahlkampfswegpunkt. Der Staat hat seinen Sündenbock gefunden. Die Täter können weiter Blut lecken.

Der Rassismus gedeiht in der Mitte der Gesellschaft

Die Appelle "gegen Haß und Gewalt" sind verklungen. Wir vermissen heute das antirassistische Engagement der demokratischen Parteien, Organisationen und der Kirchen.

Wir sind überzeugt, daß es hierzu des Druckes engagierter Menschen bedarf!

Der Neofaschismus ist auf dem Vor- marsch

Jahrzehntelange Tatenlosigkeit, Duldung und Unterschätzung neofaschistischer Bewegungen und der funktionale Umgang der Regierenden mit Rassismus haben in Europa einen gewaltigen Rechtsruck bewirkt.

Nur das Engagement aufgeklärter und humanistisch gesonnener Menschen wird es vermögen, eine Wende in der Politik und ein Umdenken bei den Menschen zu bewirken!

Eine Rasse - der Mensch!

Fremd - wer ist das? Der schwarze Sportler, der in Oberhof zusammengeschlagen wurde? Und wenn er weiß gewesen wäre? Allzu gerne beruft man sich auf die humanistischen Traditionen von Kant, Goethe und Schiller. In der Praxis wird "der Fremde" nur so lange geduldet, wie es zum Nutzen der Mehrheit gereicht. Oder wird uns "der Fremde" erst fremd, weil wir ihn nicht dulden wollen, weil er nicht dazugehören darf?

Helfen Sie mit, daß an Ihrem Arbeits- platz, in ihrer Gemeinde und in Thü- ringen ein Klima geschaffen wird, in dem Rassismus bekämpft und dem Ne- ofaschismus der Nährboden entzogen wird.

"Immer wieder sagt man sich: das mache ich noch mit, und das ertrage ich noch. Aber hier war der Punkt! Hier fühlte ich mich ganz konkret gefordert. ... Ich will noch in den Spiegel gucken können."

Eine NDR-Beschäftigte, die sich geweigert hat, an einem rassistischen Werbespot mitzuarbeiten.

Ziviler Ungehorsam ist gefordert! Es gibt die Beispiele:

VerkäuferInnen, die keine Nazizeitungen verkaufen; *Beschäftigte beim Arbeits- und Sozialamt*, die keine Meldungen nach dem Ausländergesetz weitergeben; *Flugkapitäne*, die sich weigern mit abgeschobenen Flüchtlingen zu starten; *PostlerInnen*, die keine rassistische Wahlwerbung austragen; *DruckerInnen*, die keine Nazi- und Kriegswerbung drucken; *BuchbinderInnen*, die Ihre Mitarbeit an Nazidokumenten verweigern; *Pfarrer*, die Flüchtlingen Kirchenasyl gewähren und viele mehr.

Folgen auch Sie diesen Beispielen! Unterstützen Sie den antirassistischen und antifaschistischen Ratschlag!



**Das Land, das die
Fremden nicht
schützt, geht bald
unter!**

(J.W. Goethe)

an: FR. MEISENZAHL

Gudrun Hentges: Rassismus - Streit um die Ursachen

Definition des Begriffs Rassismus:

Rassismus entsteht durch die "verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder Aggressionen gerechtfertigt werden sollen." (Memmi 1987)

Was sind die Ursachen des Rassismus?

Folgende Ansätze lassen sich voneinander unterscheiden:

1. Die Angst vor dem Fremden - eine anthropologische Grundkonstante?

Irenäus Eibl-Eibesfeldt behauptet, es gebe eine dem Menschen angeborene "Fremdenfurcht". Diese Xenophobie sei verantwortlich für ein "Urmißtrauen" zwischen einander fremden Menschen und Menschengruppen. Als Indiz führt er an, daß bei Säuglingen in einer bestimmten Phase zu beobachten sei, daß sie fremden Personen mißtrauisch bis ängstlich begegneten, auch dann, wenn sie zuvor keinerlei schlechte Erfahrungen gemacht hätten. Dieses "Fremdeln" sei ein Indiz für die dem Menschen angeborene Xenophobie. Als weiteres Indiz führt Eibl-Eibesfeldt die Beobachtung an, daß Fremdenfurcht und Fremdenhaß keine Fiktionen von Wissenschaftlern seien, sondern alltägliche Realität.

Eibl-Eibesfeldt sieht die Ursachen des Rassismus in der biologischen Disposition des Menschen verwurzelt, in der ihm eigenen Xenophobie.

2. Rassismus - Kompensation der erfahrenen Ausgeliefertheit und Bedeutungslosigkeit

VertreterInnen der Kritischen Psychologie (u.a. Holzkamp-Osterkamp) wenden sich gegen die in These 1 vertretene Position, der zufolge Fremdenfeindlichkeit eine anthropologische Grundkonstante sei. Vielmehr geht die Kritische Psychologie davon aus, daß Rassismus eine individuelle und gesellschaftliche Funktion habe:

Ute Holzkamp-Osterkamp sieht die Ursachen des Rassismus einerseits in den gesellschaftlichen Verhältnissen begründet, die Menschen nur geringe Partizipationsmöglichkeiten zugestehen, andererseits in der herrschenden Politik, der es gelingt, Gefühle der Ohnmacht dahingehend umzulenken, daß sie sich gegen Menschengruppen - zumist gesellschaftliche Minderheiten - richten.

3. Rassismus als Zauberformel der kapitalistischen Akkumulation

Zur Maximierung der Kapitalakkumulation sei es erforderlich, die Produktionskosten - die Kosten der Ware Arbeitskraft - und die Kosten, die durch politische Störungen entstehen könnten - beispielsweise durch die politischen Aktivitäten der

ArbeiterInnenbewegung - möglichst gering zu halten. "Der Rassismus ist die Zaubersformel, die diese Zielvorstellungen miteinander in Einklang bringt." (Wallerstein 1990, S. 44) Wallerstein konzentriert sich in seiner Analyse des Rassismus auf die Funktion, die er für den Prozeß der kapitalistischen Akkumulation hat.

In die gleiche Richtung weist auch ein Beitrag von Werner Ruf (1989), in dem er zwei ökonomische Ursachen für Rassismus benennt: "Durch massive Anwendung menschlicher Arbeitskraft zu Billiglöhnen wird dem tendenziellen Fall der Profitraue entgegengewirkt." (S. 76) Sowie: "Zweitens ist der koloniale Arbeiter 'prädestiniert' für niedrig qualifizierte Arbeiten, d.h. für seine Bildung/Ausbildung entfallen auf das Kapital gleichfalls sehr geringe Kosten." (S. 76)

Das Interesse dieser beiden Autoren gilt der Funktion des Rassismus für die kapitalistische Akkumulation. Damit können Wallerstein und Ruf jedoch noch nicht erklären, in welcher Weise der Rassismus von einer Ideologie der Herrschenden zu einer Ideologie der Beherrschten wird.

4. Neure Marxistische Theorien

Auch Miles (1991) beschreibt den Zusammenhang zwischen Kolonialismus, unfreier Arbeit, Nationalismus, Kapitalismus und Rassismus. Er weist jedoch die Behauptung zurück, daß der Rassismus lediglich eine bloße Funktion der kapitalistischen Produktionsweise sei (S. 168).

Miles plädiert dafür, daß sich der Begriff Rassismus ausschließlich auf ein *ideologisches* Phänomen beziehen soll. Für Praktiken und Prozesse, denen die Ideologie des Rassismus zugrundeliegt, verwendet er den Begriff der "Ausgrenzungspraxis".

Wie entsteht Rassismus nach der Meinung von Miles?

Ausgehend von biologischen oder kulturellen Merkmalen erfolgt eine Rassenkonstruktion. Der so kategorisierten Gruppe werden weitere, negativ bewertete Merkmale zugeschrieben. In der Darstellung der so konstruierten Gruppe wird nahegelegt, daß sie negative Konsequenzen für andere Gruppen zu verantworten habe.

5. Anforderungen an eine Rassismustheorie

Weder biologische noch ökonomische Ursachenerklärungen können das Phänomen des Rassismus hinreichend erklären. Er bedarf einer Rassismustheorie, die sich jenseits eines verengenden Erklärungsansatzes bewegt. Elemente einer solchen Rassismustheorie finden sich bei Miles, Hall, Kalpaka/Räthzel, Memmi u.a..

Literaturhinweise

Memmi, Albert: Rassismus, Frankfurt/M. 1987

- Miles, Robert: Rassismus: Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg, 1991
- Osterkamp, Ute: Theoretische Zugänge und Abwehrformen psychologischer Analyse des Phänomens Rassismus / Fremdenfeindlichkeit, in.: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (ISM) e.V. (Hg.): Rassismus - Fremdenfeindlichkeit - Rechtsextremismus. Beiträge zu einem gesellschaftlichen Diskurs, Bielefeld 1993
- Ruf, Werner: Ökonomie und Rassismus, in: Autrata, Otger / Kaschuba, Gerrit u.a. (Hg.): Theorien über Rassismus, [Argument-Sonderband AS 164], Hamburg 1989
- Wallerstein, Immanuel: Ideologische Spannungsverhältnisse im Kapitalismus: Universalismus vs. Sexismus und Rassismus, in: Balibar, Etienne / Wallerstein, Immanuel: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg, 1990
- Zimmer, Dieter E.: Die Angst vor dem Anderen, in: Die Zeit, 9. 7. 1993
- Zimmer, Dieter E.: Das warme Wir-Gefühl, in: Die Zeit, 16. 7. 1993

Fremd ist der Fremde nur in der Fremde

Liesl Karlstadt: Wir haben in der letzten Unterrichtsstunde über die Kleidung des Menschen gesprochen, und zwar über das Hemd. Wer von euch kann mir nun einen Reim auf Hemd sagen?

Karl Valentin: Auf Hemd reimt sich fremd!

L.K.: Gut - und wie heißt die Mehrzahl von fremd?

K.V.: Die Fremden.

L.K.: Jawohl, die Fremden. - Und aus was bestehen die Fremden?

K.V.: Aus "fremd" und aus "den".

L.K.: Gut, und was ist ein Fremder?

K.V.: Fleisch, Gemüse, Obst, Mehlspeisen und so weiter.

L.K.: Nein, nein, nicht was er isst, will ich wissen, sondern wie er ist.

K.V.: Ja, ein Fremder ist nicht immer ein Fremder.

L.K.: Wieso?

K.V.: Fremd ist der Fremde nur in der Fremde.

L.K.: Das ist nicht unrichtig. Und warum fühlt sich ein Fremder nur in der Fremde fremd?

K.V.: Weil jeder Fremde, der sich fremd fühlt, ein Fremder ist, und zwar so lange, bis er sich nicht mehr fremd fühlt, dann ist er kein Fremder mehr.

L.K.: Sehr richtig! Wenn aber ein Fremder schon lange in der Fremde ist, bleibt er dann immer ein Fremder?

K.V.: Nein. Das ist nur so lange ein Fremder, bis er alles kennt und gesehen hat, denn dann ist ihm nichts mehr fremd.

L.K.: Es kann aber auch einem Einheimischen etwas fremd sein!

K.V.: Gewiß, manchem Münchner zum Beispiel ist das Hofbräuhaus nicht fremd, während ihm in der gleichen Stadt das Deutsche Museum, die Glyptothek, die Pinakothek und so weiter fremd sind.

L.K.: Dann wollen Sie sagen, daß der Einheimische in mancher Hinsicht in seiner eigenen Vaterstadt zugleich noch ein Fremder sein kann. - Was aber sind Fremde unter Fremden?

K.V.: Fremde unter Fremden sind: Wenn Fremde über eine Brücke fahren, und unter der Brücke fährt ein Eisenbahnzug mit Fremden durch, so sind die durchfahrenden Fremden Fremde unter Fremden, was Sie, Herr Lehrer, vielleicht gar nicht so schnell begreifen werden.

L.K.: Oho! Und was sind Einheimische?

K.V.: Dem Einheimischen sind eigentlich die fremdesten Fremden nicht fremd. Der Einheimische kennt zwar den Fremden nicht, kennt aber am ersten Blick, daß es sich um einen Fremden handelt.

L.K.: Wenn aber ein Fremder von einem Fremden eine Auskunft will?

K.V.: Sehr einfach: Fragt ein Fremder in einer fremden Stadt einen Fremden um irgend etwas, was ihm fremd ist, so sagt der Fremde zu dem Fremden, das ist mir leider fremd, ich bin hier nämlich selbst fremd.

L.K.: Das Gegenteil von fremd wäre also - unfremd?

K.V.: Wenn ein Fremder einen Bekannten hat, so kann ihm dieser Bekannte zuerst fremd gewesen sein, aber durch das gegenseitige Bekanntwerden sind sich die beiden nicht mehr fremd. Wenn aber die zwei miteinander in eine fremde Stadt reisen, so sind diese Bekannten jetzt in der fremden Stadt wieder Fremde geworden. Die beiden sind also - das ist zwar paradox - fremde Bekannte zueinander geworden.

Karl Valentin

AG 2 "Antirassistische Bildungsarbeit - Möglichkeiten und Grenzen"

Thesen und Anforderungen an eine antirassistische (Bildungs-) Praxis

1. Jugendliche halten sich durchschnittlich etwa 15.000 Stunden ihres Lebens in pädagogischen Institutionen auf. Das Feld der institutionellen Erziehung ist deshalb ein überaus wichtiger, wenn auch nicht zentraler Bereich im Kampf gegen Rassismus:
"Allerdings darf die Grundgefahr allen pädagogischen Handelns nicht übersehen werden: Strukturelles dominiert sehr häufig über pädagogisch-individuell Machbares. Und in aller Regel sind strukturelle Probleme nicht pädagogisch lösbar, wenn sie sich auch auf diese Weise trefflich verschleiern und verbergen lassen." (Leiprecht)
2. Die antirassistische Praxis versteht sich als Arbeit mit Deutschen. Sie stellt nicht die Integrationsprobleme der EinwanderInnen in den Mittelpunkt der Überlegungen, sondern die Ursachen und Mechanismen von Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung. Sie verlagert die Perspektive von den "Anderen" auf die eigene Gesellschaft. Antirassistische Bildungsarbeit soll helfen, in Widersprüchen denken zu lernen, d. h. Gleichsein und Anderssein der "Anderen" gleichzeitig zu denken sowie eindimensionale Bilder der "Anderen" und vereindeutigte Selbstbilder zu dekonstruieren (Kalpaka).
3. Ziel antirassistischer Arbeit ist, die Unterwerfung unter die Normen und Herrschaftsformen der eigenen Gruppe zu überwinden. Nicht die subjektiven Einstellungen, sondern die wirklichen Lebensverhältnisse müssen, in Solidarität mit den jeweils Ausgegrenzten, verändert werden (Osterkamp). Veränderungen der je eigenen Lebenspraxis sind nur möglich, wenn alternative Handlungsmöglichkeiten gegen Abhängigkeit und die Zumauerung von Lebensperspektiven real erfahrbar sind (Leiprecht). Für eine veränderte Praxis muß mit Bündnispartnern aus Gruppen, Initiativen und Institutionen in organisierter Form politisch gehandelt werden.
4. Auf die unterschiedlichen Rassismen (Alltagsrassismus, Rassismus der Eliten) und ausgrenzende Denk- und Handlungsweisen (Wohlstandschauvinismus, nationale Überidentifikation, Leistungsdenken) muß mit einem mehrdimensionalen Ansatz reagiert werden, in dem sich die verschiedenen Handlungsebenen nicht ausschließen sondern ergänzen (Leiprecht):
 - * Die Veränderung der Strukturen, um die vom Rassismus betroffenen Gruppen in eine Position der Stärke zu bringen (strukturelle Gleichstellung; Antidiskriminierungsmaßnahmen; Unterstützung der Selbstorganisation der EinwanderInnen)
 - * Der Kampf der Bedeutungen oder die Erlangung "kultureller Hegemonie" (Herstellung von Gegenöffentlichkeit, soziale Bewegungen und Aktionen, Überzeugungsarbeit; Eingreifen in die Felder, in denen Bedeutung gemacht und vermittelt wird, etwa Wissenschaft, Medien); Entwicklung eines "gesunden antirassistischen Menschenverstandes" (Kalpaka/Räthzel)
 - * Schutz von und für Minderheitengruppen

5. Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit ist notwendig, läuft aber Gefahr, daß die MittelschichtlehrerInnen ihre Vorstellungen von Rassismus und Antirassismus auf die Jugendlichen projizieren und beispielsweise bei Akzeptanz diskriminierender Strukturen "Toleranz" gegenüber Flüchtlingen einfordern (Leiprecht). Die Lehrenden sollten keine moralisierende Position einnehmen, sondern sowohl die eigene Widersprüchlichkeit als auch die eigene Eingebundenheit in Unterdrückungsformen und die daraus erwachsenden Privilegien zu-/eingestehen (Osterkamp).
6. Das chronische Wiederholen der Aufforderung, richtig zu denken, führt zum gegenteiligen Effekt. Disziplinarische Maßnahmen und die zivilisatorische Mission der Mittelschicht mobilisieren Verleugnungsstrategien, lassen aber die Herrschaft des verschwiegenen Rassismus unangetastet (Cohen). Der Lerngegenstand muß im Interesse der Lernenden sein (Holzkamp).
7. Jugendliche sollen die Chance erhalten, sanktionsfrei ihre Vorstellungen und Argumente, auch das "Unterschwellige und Verborgene, offensichtlich Anstößige und Sanktionierte, Gefühlsmäßige und kaum Bewußte" (Leiprecht), darzulegen. Die Gruppenzusammensetzung kann dabei homogene "Eingeborenengruppen" als Diskussionsrahmen erfordern. Dies bedeutet nicht, daß die "PädagogInnen" ihre eigenen Standpunkte verleugnen sollten:

"Wir müssen paraphrasieren, kritisch nachfragen, genauere Erklärungen verlangen, verdeutlichen, argumentieren und die Phantasie animieren, über die alltägliche Festgefahrenheit hinauszugehen - ohne die Jugendlichen zu 'überfahren' und durch die eigene Dominanz gewissermaßen 'mundtot' zu machen." (Leiprecht)
8. Denjenigen, die gegen ihre erklärte Absicht rassistische Effekte produzieren, sollte nicht mit Verdammung sondern mit einem geeigneten Diskussionsrahmen geantwortet werden (Leiprecht).
9. Die antirassistische (Bildungs-) Praxis darf sich nicht auf das Thema des "eigentlichen Rassismus" beschränken. Wollen wir die Menschen, mit denen wir in der pädagogischen Praxis zu tun haben, ernst nehmen, müssen wir in der Lage sein, die verschiedenen Themen zu bearbeiten, die in ihrem Interesse stehen. Bildungsarbeit, die als "antirassistische Bildungsarbeit" deklariert ist, kann, abhängig von der Zielgruppe, TeilnehmerInnen ausschließen oder Verleugnungsstrategien mobilisieren. Auf "antirassistische Sonderrubriken" sollte so weit wie möglich verzichtet werden: Jedes Seminar sollte ein Antirassismuseminar sein!
10. Das Unbehagen der Jugendlichen, das sich aus den Anforderungen etwa nach Ordnung, Anpassung und Zufriedensein ergibt, muß aufgegriffen werden. Ihnen soll dabei weder pauschal "recht gegeben", noch sollte "aufgeklärt" oder "moralisierend der Zeigefinger gehoben" werden. Es geht vielmehr darum, die subjektive Funktionalität von Rassismus im Auge zu behalten und zu versuchen, die Themenfelder, auf die das Unbehagen hinweist, angemessener zu bearbeiten. Es soll dabei versucht werden, die wirklichen Ursachen der Einschränkungen sowie den selbstschädigenden Effekt von Rassismus als Hindernis der Selbstbefreiung begreifbar zu machen (Leiprecht; Holzkamp; Kalpaka/Räthzel).

GEWERKSCHAFTEN UND ANTIRASSISMUS

Aufgabe der Gewerkschaften - vor allem aus der Sicht des Mitglieds - ist es, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern bzw. Verschlechterungen möglichst zu verhindern.

Gewerkschaftsmitglied wird man im Betrieb und die betriebliche Ebene ist es, über die die gewerkschaftliche Meinungsbildung organisiert wird. Diese Ebene ist es auch, über die die gewerkschaftliche Mobilisierung stattfindet. Es gibt jedoch eine zweite Ebene der Mobilisierung der Gewerkschaften - vor allem des DGB: die "Öffentlichkeit". Von der Prämisse auszugehen, daß die Gewerkschaften historisch und von ihrem aktuellen Auftrag antirassistisch seien, entspricht nicht den realen Bedingungen.

Die KollegInnen in den Betrieben erleben (erfahren), daß ihre Arbeitsplätze aus Kostengründen nicht bestehen bleiben können und die Produktion entweder eingestellt wird, weil billigere Produkte gleicher oder ähnlicher Qualität importiert werden oder die Produktion in Länder verlagert wird, wo die Produktionskosten niedriger sind.

Wie sollen sich Gewerkschaften in dieser Situation verhalten?

- im Betrieb: Erhalt aller Arbeitsplätze
- politisch: Schaffung und Erhaltung von Ausbildungsplätzen in anderen Ländern gehört zum Ziel internationaler Politik.

An diesem Beispiel wird die Problematik nationaler und internationaler Ökonomien - gleichgültig unter welchen Kapitalbedingungen - deutlich.

Aus dieser Konstellation kann auch die Problematik der hier lebenden AusländerInnen ansatzweise diskutiert werden: AusländerInnen nehmen uns - hier oder in ihren Heimatländern - die Arbeitsplätze weg.

Wenn die AusländerInnen dann auch noch hier sind, ergeben sich neben dem Arbeitsplatzargument weitere "Begründungen" für Ausländerfeindlichkeit und daraus resultierend häufig Rassismus.

- Es nützt nach meiner Erfahrung wenig mit "Gegenargumenten" wie
- die AusländerInnen tragen erheblich zu "unserem" Sozialprodukt bei;
 - die AusländerInnen finanzieren "unsere" Sozialversicherung zu einem erheblichen Teil;
 - die AusländerInnen wohnen unter Bedingungen, die "wir" ablehnen.

Diese Argumentationen - häufig in den Gewerkschaften gehört - vertiefen geradezu den Gegensatz zwischen AusländerInnen und "uns". Diese Argumentationen belegen, daß "wir" durch die Arbeit der AusländerInnen unseren Lebensstandard haben. Es ist nicht verwunderlich, daß sich unsere KollegInnen gegen AusländerInnen wenden, wenn sie erleben (erfahren), daß die Argumentation falsch ist.

Die Politik des "Wirtschaftsstandort Deutschland" setzt hier an und findet Unterstützung in fast allen Bereichen. Nuancierungen werden von Sozialdemokraten und Gewerkschaften zwar vorgenommen - im Kern aber unterstützt.

Es kann eine Politik gegen AusländerInnen auf dieser Grundlage formuliert werden. Gegenpositionen lassen sich deswegen häufig nur noch moralisch begründen.

Eine Politik der deutschen Verhältnisse ist auf dieser Grundlage möglich und gibt Spielräume für rassistische Positionen der der Nationalisten bis hin in den rechtsradikalen Bereich.

Gewerkschaften können durchaus ein Teil des Widerstandes gegen diese Bedingungen sein. Wobei sie eigentlich nicht aus einer reagierenden Position heraus in die Auseinandersetzungen eingreifen sollten, sondern ihrem Selbstverständnis entsprechend. D. h. auf der Grundlage einer historisch bestimmten grundsätzlichen Position als Teil der Arbeiterbewegung. Das mag sich unter den aktuellen Bedingungen und Erfahrungen sehr theoretisch und wenig mit der Praxis in Verbindung stehend anhören. Dennoch: erst unter Beachtung unserer Geschichte überwinden wir den Charakter eines bloßen Versicherungsvereins zur Wahrung der individuellen Interessen.

Für die Arbeit des DGB in Wilhelmshaven heißt das - und nur darüber kann ich konkret zu diesem Thema etwas sagen -:

1. seit vielen Jahren existiert ein historischer Arbeitskreis, der zu vielen Themen der Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte Veröffentlichungen vorgenommen hat. Der DGB ist somit nicht geschichtslos, er kann praktisch ständig zu allen Themen, die aktuell diskutiert werden und eine historische Dimension haben, inhaltlich Stellung beziehen;
2. im Bündnis mit anderen Organisationen hat es seit vielen Jahren eine Antirassismus-Arbeit gegeben, die sich vor allem in einem "Arbeitskreis Südafrika" dokumentiert hat;
3. die Gewerkschaften haben eigenständig, aber auch im Bündnis mit anderen Organisationen, gegen neofaschistische und rechtsradikale Aktivitäten in Wilhelmshaven gearbeitet und gekämpft.

Auch wenn die Beteiligung von gewerkschaftlichen Funktionsträgern häufig zu wünschen übrig ließ, muß festgestellt werden, daß es niemals eine Kritik aus den Gewerkschaften an Formen und Inhalten der Arbeit des DGB gab.

Die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaftsmitglieder für antirassistische und antifaschistische Aktivitäten ist nach meiner Einschätzung selbst unter diesen Bedingungen eher gering einzuschätzen. Die Gewerkschaften überlassen das Thema dem DGB und damit hat man genug getan. Es kommt somit ganz entscheidend auf die Bündnisfähigkeit des DGB mit antirassistischen und antifaschistischen Organisationen und auch Einzelpersonen an. Für diese kann der DGB wichtige organisatorische Unterstützung leisten.

Es kommt auch darauf an, wichtige historische Daten gewerkschaftlich mitzugestalten. Dazu gehören u.a. der Antikriegstag und der 9. November. Der 1. Mai hat leider sehr viel von seinem historischen Charakter verloren. Es lohnt sich aber ganz sicher, die Diskussion in den Gewerkschaften über Inhalte und Formen des 1. Mai zu führen.

Die wesentliche Voraussetzung für eine über einzelne Ereignisse hinausgehende antirassistische und antifaschistische Arbeit ist es, den politischen Charakter der Gewerkschaften örtlich herauszustellen, diese Arbeit kontinuierlich zu leisten und glaubwürdig zu sein.

Veranstaltungen wie diese können dazu beitragen, überörtlich Erfahrungen auszutauschen und den DGB zu einer politischen Kraft aufzubauen.

Manfred Klöpper
DGB-Kreis Wilhelmshaven
Kreisvorsitzender



Marcel Braumann, Neues Deutschland, Büro Sachsen, Franz-Liszt-Str. 13,
01219 Dresden Tel./Fax: 0351 / 4717600, 0172 / 3093302; Rosentitzer Str.
13, 01728 Bannewitz (pr.)

DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.
Petra Meisenzahl, Bildungsreferentin
Juri-Gagarin-Ring 150
99084 Erfurt
Fax: 0361 / 5624941

(Per Fax voraus - Diskette folgt per Expresssendung nach)

Dresden,

27.10.1994

Thesenpapier
RASSISMUS IN DEN MEDIEN

"Der tagtägliche Extremismus der Mitte in den Massenmedien ist gefährlicher
als ein paar Nazi-Hetzblätter"

Standort Deutschland sichern, den Vorsprung des Lebensstandards
gegenüber anderen Volkswirtschaften im Wettbewerb bewahren - ein in
Presse, Funk und Fernsehen nahezu unangefochtenes Dogma. Daß der
deutsche Mensch das Recht habe, für alle Zeiten gegenüber mehr als 90
Prozent der Menschheit eine dramatisch überprivilegierte Position
einzunehmen, gilt fast schon von Rechts bis Links als stillschweigende
Übereinkunft. Die Massenmedien erfüllen die wichtige Funktion, das
öffentliche Bewußtsein mit den Themen zu besetzen, die der Loyalität
gegenüber der herrschenden Ordnung zuträglich sind. Das schafft die Politik
nämlich allein nicht.

Was wäre etwa das Thema "Innere Sicherheit" ohne die aufregenden
Reportagen über allerlei äußere Gefahren, die durch statistisch
hochgezuchtete "Ausländerkriminalität" scheinbar wissenschaftlich legitimiert
werden? Welcher Normalbürger wird denn zur besten Sendezeit im
Fernsehen darüber aufgeklärt, daß sich ein Asylsuchender schon dadurch
strafbar machen kann, wenn er die Grenzen seiner Stadt überschreitet? Der
Rassismus in den Medien beginnt mit der ungedruckten/ungesendeten
Voraussetzung, der deutsche Mensch verdiene einen Vorrang gegenüber
einem Großteil der Menschheit. - Die Standort-Deutschland-Debatte ist eine
rassistische Debatte.

Der offene Rassismus, die unzweideutige Herabwürdigung, jene pöbelhaften
Entgleisungen, mit denen sich dann womöglich der Presserat befaßt - all dies
ist widerlich, aber unter Kontrolle zu bringen. Doch diesem
Wohlstandschauvinismus des Mehr-als-andere-haben-wollen/müssen, der
sich ständig durch Werbung revitalisiert, von der wiederum die allermeisten
Medien abhängig sind, dem ist schwer beizukommen. Die Zensur durch
vorbeugende Schere im Kopf in der Warengesellschaft stellt in ihrer
Effektivität jede Partei-Richtlinien in den Schatten. Das Thema "Wie schaffen

wir es, gemeinsam ärmer zu werden?" ist als publizistische Kampagne in dieser Gesellschaft bisher undenkbar.

Die Diktatur der Unterhaltung, dieses ständigen Zerstreut-werdens als Ausgleich der immer konzentrierteren Anspannung im Wettbewerb jeder gegen jeden, verlangt nach einer Ware Information, die möglichst schräg-prickelnd präsentiert wird. Sonst "kommt sie nicht an". Der Mensch hat nur noch als inszenierter "Exot" eine Chance, beachtet zu werden, das gewöhnliche Leben ist "langweilig". Folge: Wesentliche Bereiche der Gesellschaft, beispielsweise die Arbeitswelt, kommen in der Berichterstattung kaum vor. Es wird eine systemstabilisierende Unübersichtlichkeit gepflegt, die den Durchblick auf die tatsächlichen Widersprüche erschwert.

Es ist kein Zufall,

- daß vor einiger Zeit die "Zeit" Herrn Singers Thesen zur Euthanasie und die Frage nach "unwertem Leben" ausgiebig diskutieren ließ;
- daß Machwerke, die über angeblich niedrigeren IQ schwarzer Menschen rasonieren, überhaupt in den Status eines ernstzunehmenden Debattenobjektes ("Spiegel") gehoben werden;
- daß der "Gedanke einer gerechten Verteilung" und die Beseitigung des Massenelends in einer traditionell fortschrittlichen Zeitschrift ("Wochenpost") aufgegeben wird, wo ein amerikanischer Wissenschaftler ungeachtet der aberwitzigen Ressourcenverschwendung seines Landes widerspruchslös agitieren kann, die führende Macht der westlichen Metropolen solle per Weltregierung die "Entwicklungsländer" daran hindern, die Erde auszuplündern.

Der Glaube an die Ungleichheit, die schicksalhafte Unterschiedlichkeit der Chancen von Menschen, ist der Entstehung rassistischer Denkstrukturen förderlich, die ja vor allem Unterprivilegierung rechtfertigen sollen. Mit dem Rassismus insbesondere gegen Zuwanderer geht eine sozialdarwinistische Sozialpolitik auch gegenüber den Einheimischen einher. "Lean production", die schianke Produktion ohne all die überflüssigen, "freigesetzten" Arbeitskräfte ist die in ein Schlagwort gegossene Auffassung, das Volk werde den Kampf um knapper werdende globale Ressourcen und bedrängte Marktanteile nur mit den Stärksten schaffen.

Und die Stärksten müssen natürlich von Hilfen für die Schwächeren "entlastet" werden, da letztere nur als Belastung des Unternehmens Nation gelten. Die Medien stehen in diesem Zusammenhang in der Regel auf Seiten der Stärkeren. Nicht aus Bosheit, sondern Ausfluß der Strukturen der Informationsgesellschaft. Welcher Sozialhilfeempfänger gibt schon eine Pressekonferenz und zieht wie Industriefürst Tyll Necker aus seiner Lebenslage medienwirksam Konsequenzen für die große Politik? Der alltägliche Nachrichtenstrom wird von den Einleitungen der Profiteure der Weltordnung dominiert, Reportagen über die "Schattenseiten" liegen bewußtseinsmäßig zumeist in den Nischen des Mitleids. Ihnen fehlt, um es am Zeitungsmachen zu veranschaulichen, die intellektuelle Verankerung auf der Wirtschaftsseite.

Rassistischem Denken ist nicht durch wortklaubende "political correctness" beizukommen. Wer eine deutsche katholische Gemeinde wegen intoleranten Verhaltens kritisiert, muß auch gegenüber einer arabisch-islamischen Gemeinde beispielsweise seine Meinung sagen dürfen. Man muß auch nicht unbedingt für Koranschulen plädieren oder verschweigen müssen, wenn die geklauten Autos in Neugersdorf aufs Konto eines rumänischen Bürgers gehen (zumal, wenn's vor Ort sowieso jeder weiß). Aber über kulturelle Hintergründe und Wohlstandsgefälle nicht nur gen Osteuropa möchte man doch bitte ebenso ausgiebig aufklären wie über deutsche Pensionsbesitzer, die sich an der Unterbringung von Flüchtlingen eine goldene Nase verdient haben.

Gerade wenn nationale Herkunft keine zu große Rolle spielen soll, ist Verschweigen unangebracht, da diese Form des Tabus nur unfreiwillige Aufwertung erzeugt. Umgekehrt befördern leichtfertige Stigmatisierungen keine Erkenntnisprozesse: Nicht jeder Jugendliche aus Hoyerswerda, der kurzgeschorene Haare trägt, ist "rechtsgerichtet" oder Neonazi. Die Vermarktung des Rassismus vor allem durch Boulevardpresse und Privatfernseher hat eine fatale Dynamik angeheizt: Im Fernsehen oder in der Zeitung zu sein, "kommt gut". Wer den Status Neonazi als Einlaßkarte zur öffentlichen Berühmtheit handelt und dafür, wie offenbar wiederholt geschehen, auch noch bezahlt, schafft tatsächlich einen "Beruf Neonazi".

Wie sehr die betreffenden Jugendlichen weltanschaulich "richtige" Nazis sind, ist eine in ihrer Bedeutung maßlos überschätzte Frage. Niemanden interessiert heute, ob der braune Straßenterror am Ende der Weimarer Republik überwiegend von hundertfünfzigprozentigen Hitler-Gefolgsleuten, entwurzelten Mitläufern oder einer Mischung aus beidem getragen wurde. Das Resultat der Entwicklung aber war die faschistische Diktatur mit Massen- und Völkermord. Vergleichbaren Entwicklungstendenzen in neuer oder ähnlicher Gestalt nachzuspüren ist eine journalistische Herausforderung.

Allerdings nur für denjenigen, dem nicht durch die Gleichsetzung von Nazi-Diktatur und DDR alle humanistischen Maßstäbe abhanden gekommen sind. Natürlich kann sich die Medienberichterstattung nicht um die Beurteilung individueller Schuldfragen herumdrücken. Wer das "Nie wieder" zum Ansatzpunkt seines antifaschistischen Denkens macht, kann das Strafmaß nicht nur aus der Sozialarbeiter-Perspektive erörtern. Die unbedingte Ächtung einer Tat bedarf eines verbindlichen und spürbaren Mißbilligung. Das gilt für die Schänder von Buchenwald wie auch für die beigeordneten Schreibtischtäter.

Es ist symptomatisch für die veröffentlichte Meinung, daß die Begründung des Urteils gegen Herrn Deckert von der NPD als skandalös bewertet wurde, nicht aber das Urteil selbst. Der eigentliche Skandal besteht doch eindeutig darin, daß dieser Mann, der ganz offen grundgesetzlich geschützte Menschenrechte mit dem Ziel ihrer Beseitigung bekämpft, schonende "Bewährung" erfährt, obwohl jeder sieht, daß es da nichts mehr zu bewahren gibt. Wo sind die mutigen Kommentatoren, die Herrn Deckert basinnliches Zellenleben wünschen?

Medien könnten durch eine unabhängige "Meinungsmache" im Sinne der bürgerlichen Gewaltenteilung gegenüber der Politik manches bewirken. So hätte die Sächsische Staatsregierung gewiß von der rechtswidrigen und menschenfeindlichen Ausgabe von Essenspaketen an Asylbewerber längst abgelassen, wenn die Presse im Lande entschiedener zugunsten der Flüchtlinge Partei ergreifen und insbesondere Kirchen- und Gewerkschaftsvertreter zu öffentlichen Stellungnahmen veranlassen würde.

Dem Standort-Kampfbegriff sollte ein fortschrittlicher Journalismus ein Verständnis von diesem Land als Lebensmittelpunkt all derer entgegensetzen, die die sich hier für eine kürzere oder längere Zeit oder für immer aufhalten wollen. Diese Offenheit gegenüber dem Nachbarn und Fremden wird in der Gesellschaft aber nur dann dauerhaft zu verankern sein, wenn die Leute nicht durch ein ständiges Gefühl der Unsicherheit zu Abwehrreaktionen verleitet werden. Arbeit, Wohnen, Bildung und soziale Grundsicherung für alle - das ist die die beste politische Beihilfe für antirassistisches Engagement.

Gerade die Abonnementzeitungen, die einen großen Vertrauensvorschuß bei den meisten Lesern haben, könnten Auswege aus tagespolitischen Sackgassen eher öffentlich durchdenken als Vertreter von Wahlparteien, denen die Angst im Nacken sitzt, sie könnten beim Wähler in Ungnade fallen. Wie anhänglich Leser sind, zeigt der Erfolg der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen, die auch ohne SED die Regionalzeitungsszene weitgehend beherrschen. Da gäbe es spannende Themen anzupacken: Wieso muß es eigentlich am Ende "Westniveau" in der Briefostas eine gutbezahlten Minderheit sein? Würden die skizzierte soziale Sicherheit, intakte Nachbarschaftlichkeit und eine nichtvölkische Solidarität nicht ein von der Mehrheit der Bevölkerung getragenes Wertesystem ermöglichen, das sich vom Konsumenten-Wettlauf befreit?

Ohne ein höheres Maß an materieller Gleichheit ist das Bewußtsein gleicher Würde kaum lebendig zu erhalten, denn jeder weiß, daß es nachts unter der Brücke mit der Menschenwürde vorbei ist. Wer die von der herrschenden Politik verdrängte Tatsache bedenkt, daß im Zuge des "Asylkompromisses" die Zahl der Menschen, die sich unregistriert und damit recht- und schutzlos in diesem Lande aufhalten, nach seriösen Schätzungen deutlich gestiegen ist, sieht eine akute Außerkraftsetzung von Menschenrechten.

Antirassistische Medienarbeit muß sich mit Wirtschafts- und Sozialpolitik befassen. Sie darf das Gerede von der Konjunktur nicht den Börsianern überlassen. Wer mit wem was für wen produziert, wer ent- und wer bereichert werden sollte, bedarf demokratischer Willensbildung. Ob an Runden Tischen oder wo auch immer. (womöglich eines Tages gar in Parlamenten?) ist über die Gestaltung einer Gesellschaft zu verhandeln, die dem Rassismus den Boden entzieht. Wirken die Medien dabei aktiv mit, bekäme die Ware Information einen ganz neuen Wert.

Der Kampf gegen den Rechtsradikalismus in der Gemeinde

- Hans-Jörg v. Berlepsch, Dezernent für Verkehr, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Mainz -

Die Politik der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren hat maßgeblich dazu beigetragen, daß der Rechtsradikalismus und Neofaschismus heute wieder eine reale und sichtbare Gefahr geworden ist. Die materielle Umverteilung zugunsten der "Habenden", eingehend mit den wachsenden Armutsrändern unserer Gesellschaft, kurz gesagt, die Politik der Zwei-Drittel-Gesellschaft mit ihrer Entsolidarisierung und Ausgrenzung von Minderheiten, hat dazu den Boden bereitet. Die auch von höchster Stelle betriebene Ausländerdiskriminierung, die in der Verabschiedung der Asylgesetze ihren vorläufigen traurigen Höhepunkt erreichte, hat die latent vorhandenen rassistischen Bestrebungen dazu ermutigt, sich öffentlich zu artikulieren und hat neofaschistischen Kräften einen geradezu idealen Resonanzboden geboten.

So bekam auch eine bundesweit bekannte rechtsextreme Mainzer Sumpflütle, genannt "Nazi-Müller", gewaltigen Aufschwung und mauserte sich zu einem europaweiten Treffpunkt und einer Kaderschmiede des Neofaschismus. Konspirative "Mittwochstreffen", Hitlergeburtstag, Sonnwendfeiern, Rudolf Heß-Gedenkversammlungen und ähnliches mehr dienten zur Sammlung der rechten Szene. Waren es im Juni 1992 noch knapp über 200 Teilnehmer, die sich auf dem Hof des Nazi-Müllers, genannt "Thing-Platz", versammelt hatten, so stieg diese Zahl bei den folgenden Treffen auf mehr als 400 an. Mit u.a. Friedhelm Busse und Christian Worch traf sich dort die Prominenz der Neo-Nazis. Das "nationale Info-Telefon" mobilisierte nach Mainz!

Die hiesigen Behörden taten sich schwer, die als "private" Veranstaltungen deklarierten Kaderschmieden zu verhindern. Die Privatsphäre, die in unserer Verfassung - glücklicherweise - einen hohen Schutz genießt, wurde erfolgreich zur Formierung der radikalen Rechten und der Rassisten genutzt. Erst nach den Mordanschlägen gegen ausländische MitbürgerInnen in Mölln, Solingen, Hoyerwerda usw. gaben endlich auch Verfassungsschutz und Gerichte ihre Reserve auf. Im Frühsommer 1993 verbot die Stadt Mainz erstmals eine "Sonnwendfeier" bei Nazi-Müllers. Die Verbotsverfügung, unterschrieben vom unterschreibenden Ordnungsdzernenten, profitierte von den Erkenntnissen des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes und von der Bereitschaft der Verwaltungsgerichtsbarkeit, den privaten Charakter solcher Zusammenkünfte infragezustellen.

Es folgten konsequent Verbote aller geplanten Veranstaltungen bei Nazi-Müllers, auch wenn sie noch so konspirativ vorbereitet wurden. Die positiven Folgen sind unübersehbar: Die Strahlkraft des Mainzer Treffpunkts ist gegen Null reduziert, das "Nationale-Info-Telefon", das aus Mainz seine Hetztiraden ausendete, ist stillgelegt. Inzwischen hat allerdings das Verwaltungsgericht in erster Instanz seine konstruktive Haltung wieder verlassen und das Verbot der "Sonnwendfeier" als rechtswidrig - weil Privatveranstaltung - eingestuft. Mainz hofft jetzt auf das Oberverwaltungsgericht in Koblenz.

Das Verhalten des Gerichts vermittelt eine wichtige Erkenntnis: Die Bekämpfung des Neofaschismus kann nicht den Behörden allein überlassen bleiben. Genauso wichtig sind alle Aktivitäten gegen Rechts außerhalb der Verwaltung. Es ist unumgänglich, in der Öffentlichkeit eine antifaschistische Atmosphäre zu schaffen, die eine Gewöhnung an rechtsextreme Auffassungen verhindert: Straßentheater, Diskussionsabende, "Rock gegen Rechts", Blockaden von Nazi-Treffen, Mahnwachen usw. In der Jugendarbeit müssen selbstorganisierte Politik- und Kulturansätze gestärkt, Leute unterstützt werden, die etwas gegen Rechts tun: z.B. Fanprojekte, wie das von Mainz 05, antifaschistische Jugendarbeit. Alle demokratischen Organisationen müssen struktureller Ausgrenzung und Diskreditierung von Minderheiten mit aller Energie entgegentreten: Das betrifft MigrantInnen und Flüchtlinge ebenso wie Obdachlose, Homosexuelle oder Punks. Die Ausgrenzung solcher Gruppen von Menschen bietet den organisierten Nazis den idealen Nährboden, auf dem sie ihre Netze auswerfen können.

Vorschläge für ein neues Asylrecht

Mindestanforderungen an ein neues Asylrecht

PRO ASYL hat sich entschieden dafür eingesetzt, daß das Grundrecht auf Asyl in seiner ursprünglichen Fassung erhalten bleibt. Die Wiederherstellung von Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 Grundgesetz bleibt verfassungspolitisch geboten, da durch den neuen Artikel 16 a Grundgesetz der individuelle Asylrechtsanspruch durch die Einführung des Konzeptes »sicherer Drittstaaten« weitgehend abgeschafft worden ist. Doch wir müssen auch die politischen Realitäten sehen: Eine verfassungsändernde Mehrheit zur Wiederherstellung von Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 GG ist nicht in Sicht. Trotzdem müssen die im Rahmen von Artikel 16 a GG verbliebenen Möglichkeiten genutzt werden, um Flüchtlinge zu schützen.

Wir erwarten vom neuen Bundestag und der neuen Bundesregierung – gleich welcher Zusammensetzung –, daß sie folgende Mindestanforderungen zum Schutz von Flüchtlingen umsetzen und das Asylverfahrensgesetz, das Ausländergesetz und auch das Asylbewerberleistungsgesetz entsprechend ändern. Auch der Datenschutz für Flüchtlinge ist völlig unzureichend.

Wir fordern die Bundesregierung auf, Initiativen für ein europäisches Asylrecht zu ergreifen, das die bisherigen Standards des internationalen Flüchtlingsrechts (u.a. Beschlüsse der Gremien des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), Handbuch des UNHCR, Empfehlung des Europarates) übernimmt.

I. Asylverfahrensgesetz

L1 Drittstaatenregelung

□ Die Drittstaatenregelung in § 18 Absatz 2, 26 a und § 34 a AsylVfG ist auszusetzen.

Denn sogenannte »sichere Drittstaaten« haben sich in der Praxis als nicht sicher erwiesen, d.h. die Ausgestaltung der Asylverfahren erfüllt nicht die Voraussetzung für die Durchführung von fairen und umfassenden Asylverfahren.

Falls es für diese Position keine Mehrheit gibt, müssen folgende Mindeststandards Anwendung finden:

- Dem Ausländer/der Ausländerin ist die Einreise aus einem Drittstaat zu gestatten,
- wenn begründete Zweifel bestehen, daß der Flüchtling im Drittstaat Zugang zu einem an den Mindestgarantien der Genfer Flüchtlingskonvention gemessenen Asylverfahren hat oder
- wenn sich ein Mitglied der Kernfamilie bereits mit einem Aufenthaltsstatus oder geduldet in der Bundesrepublik aufhält.

□ Vor einer Abschiebung, Zurückweisung oder Zurückweisung in einen sicheren Drittstaat hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge unabhängig von der Frage der politischen Verfolgung zunächst zu prüfen, ob dem Ausländer/der Ausländerin außerhalb der Bundesrepublik Menschenrechtsverletzungen drohen.

Begründung: Zur Begründung wird u.a. darauf verwiesen, daß es rechtskräftige Anerkennungen von Flüchtlingen gibt, die über sichere Drittstaaten eingereist sind. Rechtswirksamkeit und Gesetz widersprechen sich offensichtlich. Zur weiteren Begründung siehe Seite 3, Spalte 1.

L2 Anhörung (§ 25)

□ Der Ausländer/der Ausländerin darf frühestens am 7. Tag nach der förmlichen Antragstellung angehört werden.

□ Ihn/ihre ist vor der Anhörung Gelegenheit zu geben, die Verfahrensberatung in Anspruch zu nehmen (vgl. L10). Es ist zusätzlich bei der Antragstellung ein Merkblatt in der gewünschten Sprache auszuhandigen, auf dem detailliert auf die Notwendigkeit eines umfassenden und substantiierten Vortrages bei der Anhörung hingewiesen wird.

□ Dem Asylbewerber/der Asylbewerberin ist Gelegenheit zu schriftlicher Antragsbegründung zu geben, die von Amts wegen zu übersetzen und bei der Anhörung zu verwerfen ist.

Zur Begründung siehe Seite 3 Spalte 3.

L3 Effektivität des Rechtsschutzes (§ 36 Absatz 3, § 74 ff)

□ Für Klagen und für die Anträge auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes sollte die Rechtsmittelfrist einheitlich einen Monat betragen.

□ Die Ausreisefrist hat in jedem Fall mindestens einen Monat zu betragen und darf nicht mit der Rechtsmittelfrist zusammenfallen. Die gesetzte Ausreisefrist darf erst mit Ablauf der Rechtsmittelfrist beginnen.

□ Ersetzt sind alle den Richtern/Richterinnen für ihre Entscheidung gesetzten Fristen zu streichen.

Zur Begründung siehe Seite 4 Spalte 1.

L4 »Sichere Herkunftsstaaten«

□ § 29 a AsylVfG ist zu streichen.

Begründung: Das Konzept »sicherer Herkunftsstaaten« hat sich in der Praxis nicht so ausgewirkt, wie zunächst befürchtet. Dennoch ist zu fordern, daß die automatische Verschlechterung der Anerkennungschancen aufgrund der Tatsache, daß die Asylsuchenden aus bestimmten Ländern kommen, aufgehoben wird. Die Beispiele von Gambia, Senegal und Rumänien machen nach wie vor deutlich, daß die Festlegung von Herkunftsländern als »sicher« nicht sachgerecht ist.

L5 Flughafenregelung (§ 18 a AsylVfG)

□ Sie ist ersatzlos zu streichen.

Begründung: Die hier dem Bundesgrenzschutz, dem Bundesamt, dem Flüchtling, seinem Anwalt/seiner Anwältin und den Richtern/Richterinnen gesetzten Fristen, aber auch der besondere Internierungstreß bei den Asylbewerbern sprechen gegen ein korrektes Verfahren.

L6 Paßbeschießung

□ § 43 b AsylVfG ist so zu ändern, daß vor rechtskräftigem Abschluß des Asylverfahrens kein Kontakt zu den Heimatbehörden zwecks Paßbeschießung aufgenommen werden darf.

Begründung: Die Umsetzung von § 43 b AsylVfG, die die Paßbeschießung zum frühestmöglichen Zeitpunkt fordert, zeigt, daß bereits während des Asylverfahrens von den deutschen Behörden Kontakt zu den Heimatbehörden des/der Asylsuchenden aufgenommen wird. Damit werden Flüchtlinge und ihre im Heimatland verbliebenen Angehörigen und Freunde gefährdet.

L7 Zustellungsverfahren (§ 10 AsylVfG)

□ Sämtliche über das Verwaltungsverfahrensgesetz hinausgehenden Sonderregelungen für Asylentsteller sind zu streichen. Insbesondere gilt dies für die Zustellungsfrist des § 10 Abs. 4 Satz 4 AsylVfG.

Begründung: Die Vorschriften des § 10 AsylVfG sind extrem restriktiv. Sie büden eventuelle Mängel bei der Zustellung einseitig dem Flüchtling auf. Im übrigen wurde der Zweck einer Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung nicht erreicht. Eine Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit dieser Regelung, insbesondere Wiedereinsetzungsverfahren, sind anhängig.

L8 Bundesbeauftragter (§ 6 AsylVfG)

□ Die Institution des Bundesbeauftragten ist durch Streichung des § 6 abzuschaffen.

Begründung: Der Bundesbeauftragte klagt obstruktiv gegen anerkennende Entscheidungen und hat sich über viele Jahre hinweg als institutionalisiertes Verfahrenshemmnis erwiesen.

L9 Sammellager (§ 53 AsylVfG)

□ Der gesetzliche Zwang zur dauerhaften Unterbringung in Sammellagern ist zu beenden.

Begründung: Diese Form der Unterbringung ist menschenunwürdig, teurer als eine dezentrale Unterbringung und fördert Rassismus und Ausländerfeindlichkeit.

L10 Verfahrens- und Rechtsberatung

□ Im Asylverfahrensgesetz ist festzuschreiben, daß jedem Asyltragsteller Gelegenheit zu geben ist, in der Erstaufnahmereinrichtung (oder am Flughafen) von der Möglichkeit einer Rechts- und Verfahrensberatung durch unabhängige, nichtstaatliche Stellen vor der Anbahnung Gebrauch zu machen. Deren Tätigkeit ist durch eine Änderung des Rechtsberatungsgesetzes abzuheben und in angemessenen Umfang zu finanzieren.

Begründung: Es hat sich gezeigt, daß aufgrund kurzer Fristen und anderer Umstände in den meisten Fällen eine anwaltliche Beratung bzw. Vertretung nicht mehr zu erreichen ist. Der Fairneß eines rechtsstaatlichen Verfahrens muß deshalb durch die Installation einer rechtlich und finanziell abgesicherten Rechts- und Verfahrensberatung Rechnung getragen werden. Eine Änderung des aus der Nazi-Zeit stammenden Rechtsberatungsgesetzes wäre ohnehin dringend geboten.

II. Ausländergesetz

II.1 Aussetzung der Abschiebung

□ § 53 Abs. 6 Satz 2 AuslG ist zu streichen, ebenso § 55 Abs. 4.

□ Bei der Feststellung von Abschiebungs Hindernissen nach § 53 Abs. 1 bis 4 ist eine Aufenthaltsbefugnis nach § 30 AuslG zu erteilen. Im Bezug auf § 53 Abs. 6 Satz 1 AsylVG fordert PRO ASYL: Nach § 41 Abs. 1 Satz 1 AsylVG ist einzufügen, daß nach drei Monaten Duldung ein Aufenthaltsbefugnis zu erteilen ist.

Begründung: Nach dem Wortlaut von § 53 Absatz 6 Satz 2 AuslG kann selbst bei konkret drohenden Gefahren für Leib und Leben nicht von einer Abschiebung abgesehen werden, wenn es sich um Gefahren handelt, die der Bevölkerung allgemein drohen. Diese Gefahren sollen nach § 53 VI 2 AuslG bei der Entscheidung nach § 54 AuslG berücksichtigt werden. Entscheidungen der Bundesländer nach § 54 AuslG werden aber kaum getroffen. Damit sind in der Praxis die Asylsuchenden, denen konkreten Gefahren für Leib und Leben drohen, schutzlos gestellt. Um diesen Zustand zu beseitigen, ist daher § 53 Absatz 6 Satz 2 AuslG zu streichen. (Zu § 55 Absatz 4 AuslG siehe II.5 Altfallregelung)

II.2 § 54 AuslG

□ Durch eine Änderung von § 54 AuslG ist klarzustellen, daß die Bundesländer das Recht haben, Abschiebestopp in eigener Kompetenz zu erlassen.

Begründung: Abschiebestoppregelungen der Länder bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesinnenministerium, wenn die Dauer der Regelung sechs Monate überschreitet. Der Bundesinnenminister vertritt die Auffassung, daß er wegen der Wahrung der Bundes einheitlichkeit sein Einvernehmen nur dann geben kann, wenn alle oder fast alle Bundesländer der Regelung zustimmen. Die Praxis hat gezeigt, daß Abschiebestopp in der Regel nicht zustande kommen, wenn

auch nur ein Bundesland dagegen ist. Das Prinzip des Föderalismus ist dadurch konterkariert.

II.3 Abschiebungshaft (§ 57 AuslG)

□ PRO ASYL lehnt die Inhaftierung lediglich zur Sicherung vorgesehener Abschiebung grundsätzlich ab. Abschiebungshaft ist keine Straftat. Für einen demokratischen Rechtsstaat sind folgende Mindestbedingungen unerlässlich:

□ Für die Betreuung und Beratung in der Abschiebungshaft muß eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden.

□ Im Ausländergesetz oder in den Verwaltungsvorschriften zu § 57 Abs. 2 AuslG muß klargestellt werden, daß die Abschiebungshaft dann aufzuheben ist, wenn eine Abschiebung aus technischen Gründen nicht durchgeführt werden kann oder aus rechtlichen Gründen nicht durchgeführt werden darf oder der Heimatstaat durch sein Verhalten zeigt, daß er nicht gewillt ist, die betreffende Person in den nächsten vier Wochen zurückzunehmen oder der Flüchtling sich länger als vier Wochen in Abschiebungshaft befindet.

Begründung: Die Abschiebung wird in vielen Fällen angeordnet, obwohl eine inhaltliche Überprüfung der Fluchtgründe nicht erfolgt ist. Da eine Beratung durch die Behörden kaum erfolgt, ist es auch bei diesen Asylsuchenden sehr schwer, noch einmal in das Asylverfahren hineinzukommen. Auf der anderen Seite werden nach wie vor Menschen in Abschiebehaft gehalten, obwohl durch das Verhalten der Heimatbehörden deutlich wird, daß in absehbarer Zeit die Abschiebung nicht durchgeführt werden kann.

II.4 Bürgerkriegsflüchtlinge

□ Ein eigener Rechtsstatus für Bürgerkriegsflüchtlinge muß verwirklicht werden.

Das Provisorium des vorübergehenden Schutzes durch § 32 a AuslG sollte auf maximal zwei Jahre begrenzt werden. Bei Fortbestehen der Schutzbedürftigkeit muß – wie es die Praxis anderer europäischer Staaten ist – denn ein gesicherter Aufenthaltsstatus gewährt werden. Bürgerkriegsflüchtlinge müssen das Recht auf Familienzusammenführung haben.

Begründung: PRO ASYL ist der Auffassung, daß in vielen Fällen Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten Flüchtlinge im Sinne des Artikel 16 a GG oder der Genfer Flüchtlingskonvention sind. Die Beschlüsse des Exekutivkomitees des UNHCR, die mit Zustimmung der Bundesrepublik Deutschland gefaßt wurden, sind endlich in innerstaatliches Recht umzusetzen. Ein eigener Rechtsstatus für Bürgerkriegsflüchtlinge wurde selbst im sogenannten »Asylkompromiß« im Dezember 1992 vereinbart. Die Umsetzung von § 32 a AuslG scheitert zur Zeit daran, daß sich Bund und Länder nicht darüber einigen können, wie die Kostenverteilung aussehen soll. Es ist zu fordern, daß die notwendigen Schritte unternommen werden, um eine Umsetzung der Bürgerkriegsregelung des § 32 a AuslG umgehend zu ermöglichen, doch dies allein ist nicht ausreichend:

Die temporäre Schutzgewährung mit dem Mittel kurzfristiger und halbjährlich zu verlängernder Duldung macht den Betroffenen eine Lebensplanung unmöglich und schließt sie von vielen sozialen Rechten aus.

II.5 Altfallregelung (§ 100 AuslG)

□ Alle Flüchtlinge, die bisher vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge als Asylbedürftige anerkannt wurden, werden letztendlich Ankerzentren gleichgestellt, d.h. der Bundesamtsträger für Asylangelegenheiten verzichtet auf sein Einspruchsrecht. Des gleichen gilt für gerichtlich positiv entschiedene Verfahren.

□ Flüchtlinge aus Ländern mit hohen Anerkennungsquoten, deren Verfahren vor dem 1. Januar 1993 eingeleitet wurden und seitdem unabhängig sind, erhalten auf Antrag und bei Rücknahme des Asylantrages ein Aufenthaltsbefugnis gemäß § 30 AuslG und ein Arbeitsverbot.

□ Flüchtlinge, deren Asylverfahren zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Regelung bereits seit vier Jahren und länger unabhängig sind, erhalten auf Antrag und bei Rücknahme des Asylantrages ein Aufenthaltsbefugnis gem. § 30 AuslG und ein Arbeitsverbot.

□ Flüchtlinge, die seit dem 1. Januar 1991 wegen tatsächlicher oder rechtlicher Abschiebungs Hindernisse in Besitz einer Duldung sind (angerechnet werden auch Zeiten des Asylverfahrens), erhalten ein Aufenthaltsbefugnis gem. § 30 AuslG.

□ Im übrigen muß die Möglichkeit eröffnet werden, bei unbiliger Härte in Einzelfällen eine humanitäre Lösung zu finden. Dafür ist § 55 Absatz 4 AuslG zu streichen.

III. Asylbewerberleistungsgesetz

□ Dieses Gesetz ist ersatzlos abzuschaffen. Des BSHG und andere Vorschriften sind so zu ändern, daß keine Sonderbehandlung von Flüchtlingen erfolgt.

Begründung: Der Abschreckungseffekt des Asylbewerberleistungsgesetzes ist mehr als bedenklich und zweifelhaft. Die Umstellung der gekürzten Sozialhilfe auf Sachleistungen führt zu einer verminderten Versorgung der Flüchtlinge und zu einer Erhöhung des behördlichen Aufwandes. Außerdem ist die unterschiedliche Behandlung von Flüchtlingen in den Einrichtungen mit großen Schwierigkeiten verbunden. Flugs streifen die Innenminister an, das Gesetz auf alle Asylbewerber/Asylbewerberinnen und Bürgerkriegsflüchtlinge auszudehnen.

IV. Europa

IV.1 Europäische Asylpolitik

□ Der Deutsche Bundestag ist vor Abschluß von Verhandlungen auf europäischer Ebene zu informieren, seine Zustimmung ist einzuholen.

Begründung: Der Deutsche Bundestag ist an den Verhandlungen der europäischen Minister zur Asylpolitik nicht be-

teiligt. Von Zeit zu Zeit erfolgt eine Information des Innenausschusses. Im Grunde bleibt dem Bundestag aber nur die Zustimmung zu den auf Minister-ebene getroffenen Vereinbarungen. In den Niederlanden hat das Parlament erreicht, daß die niederländische Regierung vor Zustimmung zu Vereinbarungen auf europäischer Ebene das Parlament informieren und die Zustimmung des Parlamentes einholen muß. Damit ist zumindest die Möglichkeit eröffnet, daß das Parlament Einfluß auf die Verhandlungen der Exekutive ausüben kann.

IV.2 Europäische Mindeststandards für Asylverfahren

□ Ein europäisches Asylrecht ist erforderlich, das die Standards umsetzt, wie sie in den Empfehlungen des Exekutivkomitees der Hohen Flüchtlingskommission der Vereinten Nationen, den Empfehlungen des Europarates und im Handbuch der Hohen Flüchtlingskommission enthalten sind.

Begründung: Die Bundesregierung strebt im Rahmen der deutschen Präsidentschaft der Europäischen Union eine Vereinbarung über gemeinsame Mindeststandards bei der Durchführung von Asylverfahren an. Die bisherigen Vorschläge fallen hinter die Standards des internationalen Flüchtlingsrechts zurück.

Forderungen im Hinblick auf die Einhaltung des Dolmetscherrechts können hier nur angemeldet werden.

Die hier genannten Forderungen basieren auf den Ergebnissen einer Klausurtagung von PRO ASYL vom Juni 1994, einem Positionspapier von amnesty international und dem folgenden Beitrag von Rechtsanwalt Victor Pfaff, der einige der zentralen des Asylverfahrensgesetzes, betreffend Forderungen ausführlicher darstellt und begründet.

Seit dem Inkrafttreten des geänderten Asylgrundrechts und des letzten Asylverfahrensgesetzes 1993 ist ein Jahr verfliegen – genügend Zeit, um Schwerpunkte für eine unbedingt erforderliche Gesetzesreform benennen zu können. Die Auswahl schließt nicht andere Vorschläge aus; aber sie orientiert sich am Mindeststandard des Flüchtlingschutzes an der Wiederherstellung des Non-Refoulement-Gebotes (I.), an einer am Schutzgedanken orientierten Anhörung und Sachverhaltsforschung (II.) sowie an der Beseitigung der Schranken für effektiven Rechtsschutz.

I. Die Wiederherstellung des Non-Refoulement-Gebotes

Günter Renner, Vorsitzender Richter am Hessischen Verwaltungsgerichtshof, hat in seinem Beitrag »Der »Asylkompromiß« und seine Folgen« (NVwZ 1994, 452 ff.)

die Lage treffend charakterisiert: »Der Eingang neuer Asylgesuche nach Mitte 1993 beweist nicht die Aufrechterhaltung des Grundrechts auf Asyl, sondern die strukturellen und praktischen Mängel der Drittstaatenklausel.«

Wird ein Flüchtling, der aus einem »sicheren Drittstaat« einreisen will bzw. eingereist ist, an der Grenze zurückgewiesen oder nach Einreise zurückgeschoben bzw. abgeschoben, ohne daß er Gelegenheit hat, seine Asylgründe und Einwände gegen die Sicherheit des Drittstaates in seinem Fall vorzutragen, dann ist das Kernstück des Asylrechts eliminiert: Der Grundsatz des Non-Refoulement (Artikel 33 Genfer Flüchtlingskonvention). Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit ihrer Asylgesetzgebung außerhalb der Gemeinschaft derjenigen Staaten gestellt, die die Genfer Konvention unterzeichnet haben. Diese Auffassung hat – in angemessenen Worten – auch das Bonner Amt der Hohen Flüchtlingskommission der Vereinten Nationen (UNHCR) im Hearing vom März 1993 vertreten. Damit widerspricht das geltende Recht aber auch dem von der Bundesregierung oft betonten Postulat: der europäischen Harmonisierung. Die Bundesrepublik Deutschland erweist sich als Vorreiterin der Demontage eines völkerrechtlichen Mindeststandards.

Es kann hier dahingestellt bleiben, ob Art. 16 a II GG dem Non-Refoulement-Gebot widerspricht. Für eine Änderung des Asylgrundrechts wird sich auch nach der Bundestagswahl kaum die erforderliche 2/3-Mehrheit finden lassen. Eher möglich erscheint eine Änderung des Asylverfahrensgesetzes. Sie ist notwendig und zunächst auch ausreichend. Denn durch eine einfachgesetzliche Regelung kann dem Einzelnen eine großzügigere Rechtsposition eingeräumt werden als grundgesetzlich festgelegt. Es gibt ein einleuchtendes Beispiel: Die Versammlungsfreiheit ist in Art. 8 GG als Deutschenrecht ausgestaltet; nur die Deutschen dürfen sich (unbewaffnet und friedlich) unter freiem Himmel versammeln. Das Versammlungsgesetz hat dieses Recht dagegen *jedermann* eingeräumt.

Zwei Vorschriften des Asylverfahrensgesetzes sind dringend zu ändern, da sie in das Non-Refoulement-Gebot eingreifen:

1. § 18 II Nr. 1: Die zwingende Verweigerung der Einreise aus dem sicheren Drittstaat. Die Vorschrift ist ersatzlos zu streichen. Die Grenzpolizei darf nicht die Kompetenz haben zu entscheiden, ob ein Flüchtling im Drittstaat sicher vor Verfolgung leben kann; oder der Staat, in den der Flüchtling vom Drittstaat geschoben wird, sicher ist. Grenzschützer haben den Auftrag, die Grenze zu schützen. Über das Schicksal von Flüchtlingen haben Flüchtlingschützer zu entscheiden.
2. § 26 a schließt Flüchtlinge kategorisch vom Asylrecht aus, sofern sie ohne Visum aus dem sicheren Drittstaat einrei-

sen. Ein Flüchtling muß aber geltend machen können, in seinem Falle sei der Drittstaat nicht sicher gewesen. Hat er triftige Gründe hierfür, darf der Ausschluß vom Asylrecht nicht gelten.

Der Ausschluß darf auch dann nicht gelten, wenn sich bereits ein Mitglied der Kernfamilie in Deutschland aufhält.

Die Abschiebungsandrohung bei Einreise aus einem sicheren Drittstaat setzt nach geltendem Recht (§ 34 a I) nicht die Prüfung voraus, ob dem Abzuschiedenden im Drittstaat oder anderswo eine von politischer Verfolgung unabhängige Menschenrechtsverletzung droht. Das muß aber sein, denn auch hieraus kann sich ein Abschiebungsverbot ergeben.

II. Die schutzorientierte Anhörung

Es ist sehr erfreulich, daß Asylsuchende nicht mehr monatelang, sogar jahrelang auf den Termin zur Anhörung warten müssen. Die Verwaltung ist, vom Gesetzgeber getrieben, ins Gegenteil verfallen: Die Anhörung hat am Tag der Antragstellung, spätestens am 4. Tage, stattzufinden. Viele Flüchtlinge sind erschöpft von schlaflosen Reisen, orientierungslos in einer völlig neuen Umgebung und manche leiden unter den Folgen von Haft, Folter, Flucht.

Im Gesetz oder in einer Verwaltungsvorschrift muß festgelegt werden, daß ein Asylsuchender frühestens am 7. Tage – bei traumatisierten Flüchtlingen später – nach der förmlichen Antragstellung angehört werden darf; ihm ist bei der Antragstellung ein Merkblatt in gewünschter Sprache auszuhändigen, auf dem detailliert auf die Notwendigkeit eines umfassenden und substantiellen Vortrages bei der Anhörung hinzuweisen ist. Dem Asylsuchenden ist Gelegenheit zu schriftlicher Antragsbegründung vor der Anhörung zu geben; diese ist von Amts wegen zu übersetzen und bei der Anhörung zu verwerten. Wünscht er einen Beistand bei der Anhörung, dann ist hierauf Rücksicht zu nehmen. Festgelegt werden muß aber auch, daß die Anhörung wirklich auf Aufklärung der anerkenntnisgünstigen Umstände abzielt und daß zumutbare Beweiserhebungen durch das Bundesamt erfolgen und nicht der Justiz überlassen werden. Alles dies schließt eine kritische Überprüfung der Glaubwürdigkeit nicht aus.

Diese Verfahrensweise erleichtert für alle Beteiligten die Anhörung, beschleunigt und macht ihr Ergebnis weniger angreifbar. Sie verringert die Zahl der Gerichtsverfahren, denn es kommt oft nicht erst aufgrund verwaltungsgerichtlicher Urteile zur Anerkennung, sondern direkt. Wo es aber zu Gerichtsverfahren kommt, können diese oft schneller erledigt werden, denn die Justiz kann sich mehr als heute auf ihre eigentliche Funktion beschränken: Die Verwaltungskontrolle. Es stellt – um wenigstens ein Beispiel zu nennen – keine faire, schutzorientierte Anhörung dar, wenn ein Kurde aus der Türkei, der erlirte-

ne Folter erwähnt, gefragt wird: »Hatten Sie sonst noch Schwierigkeiten?« und am Ende formularmäßig unterschreiben: ich konnte heute alle meine Asylgründe vortragen – und dann einen Asylbescheid erhält, wodurch der Asylanspruch verneint wird, weil nicht »substanziiert« vorgebracht worden sei.

Warum sollte die Verwaltung sich nicht bereiterklären, die Empfehlungen des UNHCR zu befolgen:

»200. Eine detaillierte Abhandlung über die verschiedenen Methoden der Tatbestandsaufnahme würde über den Rahmen dieses Handbuchs hinausgehen. Vielleicht sollte jedoch erwähnt werden, daß im allgemeinen in der ersten Instanz die notwendigen Informationen schriftlich, durch das Ausfüllen eines Fragebogens, erhalten werden. Diese Informationen bilden nur die Ausgangsbasis und reichen im Normalfall für die Entscheidungsfindung nicht aus; hierfür sind in der Regel noch ein oder auch mehrere weitere persönliche Gespräche erforderlich. Es ist notwendig, daß der Prüfer das Vertrauen des Antragstellers gewinnt; nur dann ist er nämlich in der Lage, ihm bei dem Vortragen seines Falls und bei der vollständigen Offenlegung seiner Ansichten und Empfindungen behilflich zu sein. Damit ein solches Klima des Vertrauens entstehen kann, ist es natürlich von allergrößter Bedeutung, daß die Erklärungen des Antragstellers vertraulich behandelt werden und, daß ihm dies auch mitgeteilt wird.

201. Sehr häufig können alle relevanten Tatsachen erst nach Prüfung einer ganzen Reihe von Umständen ermittelt werden. Löst man einzelne Vorfälle aus ihrem Zusammenhang, so kann dies zu falschen Folgerungen führen. Es ist auch zu berücksichtigen, daß für das Verhalten des Antragstellers verschiedene Umstände ursächlich sein können. Ist kein hervorstechendes Einzelerlebnis zu ermitteln, so kann manchmal schon ein unbedeutendes Ereignis »der letzte Strohalm« sein, der die psychische Belastung des Antragstellers in seinem Lande untragbar machte. Wenn keiner der angegebenen Vorfälle sich allein ausreicht, eine »begründete Furcht« zu belegen, so können die geschilderten Vorkommnisse dies in ihrer Gesamtheit sehr wohl tun ...»

(Vgl. Ziffer 200ff. des Handbuchs über Verfahrensregeln zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft gemäß Abkommen von 1951 und Protokoll von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge)

III. Die Effektivität des Rechtsschutzes

Die völlig abwegige Kürze der Rechtsmittelfristen verkürzt die Verfahren nicht, verlängert sie eher. Die Wochenfrist für Klage und Stoppantrag nach Ablehnung als offensichtlich unbegründet (1993 hat das Bundesamt bei 44 % aller Anträge so entschieden) läßt effektiven Rechtsschutz keinesfalls zu. Jede Person, die sachkundig ist, weiß das. Wenn bei einer gesetzlichen Regelung wegen der anzunehmenden Häu-

figkeit der unverschuldeten Fristversäumung von vornherein auf die Möglichkeit des Antrages auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Frist verwiesen wird (vgl. z. B. Leiner, Rechtsschutz bei Wochenfrist, NVwZ 1994, 239, 243), dann ist die gesetzliche Regelung verfehlt. Aber auch wenn die anwaltliche Beauftragung gelingt: Die Frist ist für einen gewissenhaft arbeitenden Anwalt zu kurz. Und von allem anderen abgesehen: Wem dient es, wenn ein Rechtsanwalt sich wegen der Kürze der Frist nicht mehr frei für oder gegen die Annahme eines Mandats entscheiden kann? Denn dies setze einen Besprechungstermin und die Erörterung des Auftrages voraus, was innerhalb einer Woche regelmäßig nicht geschehen kann.

Die **Rechtsmittelfristen** sind angemessen, wenn sie einheitlich einen Monat betragen – wie sonst im Verwaltungsrecht auch: Kein Sonderrecht gegen Flüchtlinge in der Frage der Rechtsmittelfristen.

Die **Rechtsmittelbelehrung** (§ 36 III 3) ist außer in der deutschen Sprache in derjenigen Sprache zu erteilen, in welcher die Anhörung erfolgte oder in welcher nach Aktenlage anzuhören gewesen wäre. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluß vom 10.3.1994 (2 BvR 2371/93) einen Meilenstein gesetzt: Die Belehrung über die Anschriftsmittelteilung und die Konsequenzen einer Versäumung muß den Besonderheiten des Adressatenkreises Rechnung tragen. Die Belehrung, so das Gericht, sei in einer dem Betroffenen verständlichen Sprache zu erteilen, verständlich im doppelten Sinne: Sprache der Herkunft und Sprache des Verständnishorizontes.

Die **Ausreisefrist** (§ 36 I) hat in jedem Fall mindestens einen Monat zu betragen und darf nicht mit der Rechtsmittelfrist zusammenfallen. Mit Art. 19 IV GG jedenfalls nicht vereinbar ist die Regelung des Rechtsschutzes, soweit es um Asylantragsteller geht, die über einen sicheren Drittstaat eingereist sind und geltend machen, in ihrem Falle habe der Staat sich nicht als sicher erwiesen. Hier hat der Gesetzgeber nicht nur angeordnet, das Verwaltungsgericht dürfe die Abschiebung in den Drittstaat nicht aussetzen (§ 34 a II), er hat auch festgelegt, daß die Abschiebung angeordnet, nicht angeordnet wird, sobald feststeht, daß sie durchgeführt werden kann (§ 34 a I); dann auch erst wird die Entscheidung des Bundesamtes zugestellt. Der Beginn der Abschiebung und die Zustimmung der Entscheidung fallen hier notwendig zusammen. Das Thüringer Innenministerium hat mit Rundschreiben vom 20.9.1993 (AZ 22-2084.33) die zuständigen Behörden angewiesen, darauf zu achten, »daß die Bekanntgabe des ablehnenden Bescheides und die Abschiebung in einem erfolgen können«. Effektiver Rechtsschutz ist damit beseitigt.

Die angemessene Verlängerung der Rechtsmittelfristen stellt keineswegs eine Verzögerung des Verfahrens dar. Es han-

delt sich um geringfügige Zeiten. Die Fristenverlängerung erspart der Justiz die Beschäftigung mit Wiedereinsetzungsanträgen.

Es versteht sich von selbst, daß bei den hier geforderten Änderungen – keine Zurückweisung bei Einreise aus dem »sicheren Drittstaat«; ausreichende Zeit vor der Anhörung; Rechtsmittelfrist ein Monat – die sogenannte **Flughafenregelung** (§ 18 a) ersatzlos zu streichen ist.

Die **des Richters gesetzten Fristen** (§ 36 III 5-7) sind ebenfalls ersatzlos zu streichen. Auch hier kann dahingestellt bleiben, ob die jetzige Regelung einen verfassungsrechtlich unzulässigen Eingriff in die Unabhängigkeit der Justiz darstellt. Jedenfalls enthalten die Vorschriften eine Bevormundung der Justiz, die zu unterbleiben hat.

Schließlich noch eine Anmerkung, die nicht das Asylverfahrensgesetz betrifft, sondern das Ausländergesetz und dessen Durchführung: die Abschiebehaft. Daß in den zwei vergangenen Jahren die Abschiebehaft an Umfang erheblich zugenommen hat und gleichzeitig die Bedingungen der Abschiebehaft den Mindeststandard des Menschenrechtsschutzes unterschritten haben, liegt hauptsächlich an den asylrechtlichen Verfahrens Umständen: Flüchtlinge vom Asylrecht auszuschließen und sie häufig einem völlig unzulänglichen Verfahren zu unterwerfen bedeutet: Abdrängung in die Illegalität mit der Folge der Abschiebehaft im Falle der Festnahme. Übrigens sind die richterlichen Kompetenzen auch in diesem Bereich zugunsten der Exekutive erheblich eingeschränkt worden (vgl. § 57 AuslG). Die Überarbeitung der abschiebehaftrechtlichen Vorschriften ist dringend geboten.

Herausgeber:

Förderverein PRO ASYL e.V.
Postfach 10 18 43
60018 Frankfurt/ML

* ab 1.9.1994 neu:
Tel: 069/23 06 88
Fax: 069/23 06 50

Veröffentlicht im September 1994

Spendenkonto:

Förderverein PRO ASYL e.V.
Konto-Nr. 380 900 608,
Postgiraamt Frankfurt/ML,
BLZ 500 100 60

PRO ASYL
Förderverein PRO ASYL e.V.

Schläger in Uniform?

Sind Deutschlands PolizistInnen fremdenfeindlich, rassistisch und rechts?

von Jürgen Korell

Rassistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Äußerungen sind bei der Polizei an der Tagesordnung und nicht nur bei den uniformierten BeamtInnen sondern auch bei der Kripo regelmäßig zu hören: »Die Marokkaner sind ein Volk von Dieben.«; »Wenn jemand Auschwitz leugnet, hat der nicht eine falsche Meinung.«; »Bubis, dieser Berufsjuden.«; »Was ginge es Afrika so gut, wenn es dort keine Neger gäbe.« usw. Während es derartige Aussagen polizeintern schon immer gab, wurde in jüngster Zeit vermehrt über polizeiliche Übergriffe berichtet. Zwar handelt es sich bei polizeilichen Übergriffen nicht um ein Novum, doch kann gegenwärtig tatsächlich von einem deutlichen Anstieg ausgegangen werden. Bis zum Ende der siebziger Jahre waren vermehrt polizeiliche Übergriffe zu verzeichnen, die jedoch mit dem Beschwerdeverhalten der BürgerInnen abnahmen. Vom Ende der achtziger Jahre bis heute ist nun wieder eine Zunahme zu erkennen.

UN-Rüge für die polizeiliche Passivität

Auch 1994 waren Übergriffe der deutschen Polizei wiederholt Anlaß im Jahresbericht von amnesty international aufgeführt zu werden. Nach den Feststellungen von ai handelte es sich bei den Opfern polizeilicher Mißhandlungen überwiegend um AusländerInnen. Bereits im Vorjahr war der Polizei angelastet worden, bei rassistischen Gewalttaten die Opfer nicht geschützt zu haben. Selbst nach der eklatanten Untätigkeit der Polizei, als im August 1992 in Rostock-Lichtenhagen die Opfer vor rassistischen Gewalttaten nicht geschützt wurden und ein bundesweites negatives Medienecho folgte, fand kein Umdenken statt. Siegfried Kordus, einer der verantwortlichen Polizeiführer von damals wurde trotz alledem Leiter des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern. Eine UN-Rüge im August 1993 für die Passivität der Polizei bei rassistischer Gewalt führte ebenso wenig zur entscheidenden Wende polizeilichen Handelns.

In Fulda durften Nazis im Schutze der Polizei für Rudolf Heß aufmarschieren, während AntifaschistInnen an der Gegendemonstration gehindert wurden. Internationale Fernsehteams konnten in der Domstadt beobachten, wie Polizeiführer

freundschaftlich anmutend mit Naziführern sprachen. Das Verfahren gegen die Polizeiführer wurde später »wegen erwiesener Unschuld« eingestellt. Das Hessische Innenministerium zog die Konsequenzen aus dem desolaten Einsatz, indem Staatssekretär Kulenkampff das politische Opfer bringen mußte. Gleichzeitig wurden Leitlinien erlassen, damit »solche Versammlungen oder Aufzüge in Zukunft verboten bzw. unverzüglich aufgelöst werden«. In der ersten Jahreshälfte von 1993, also noch vor dem Naziaufmarsch in Fulda, wurde das Thema Bekämpfung des Rechtsextremismus auf Anregung des Soziologischen Dienstes der Hessischen Polizei in fünf Arbeitstagungen an eineinhalb Tagen behandelt. Angesprochen wurden 109 Führungsbeamte. In einem vertraulichen Protokoll über die Arbeitstagung heißt es, »ein beachtlicher Teil dieser 109 Polizeibeamten des gehobenen Dienstes neigt bei der Beurteilung gesellschaftlicher Prozesse zu vereinfachter Sichtweise, mahnt einen starken Staat an mit einem starken Mann an der Spitze, bringt rechte Positionen mehr oder weniger offen Sympathien entgegen, sieht in der Wahl rechter Parteien, wie z.B. der Reps, sehr wohl ein Mittel, die Unzufriedenheit mit bestimmten Politikbereichen zum Ausdruck zu bringen, steht in der Gefahr, die im Dienst erworbenen Erkenntnisse, z.B. bezüglich des Anteils nichtdeutscher Tatverdächtiger, stimmungsmäßig auf die 'Ausländer' zu übertragen.« Trotzdem ziehen die Verfasser nicht den Schluß, die Polizei sei rechtslastig oder fremdenfeindlich.

Polizeiintern sind Veränderungen nur langsam erreichbar

Wie langsam sich bei der Polizei Veränderungen einstellen, verdeutlicht die Zeitspanne bis zur Durchführung des eineinhalbtägigen Seminars. 1989 stellte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Nordhessen fest, sie verspüre »in allen Revieren die Neigung« Republikaner zu wählen. 1991 beschäftigte den Soziologischen Dienst die Frage, warum Rechtsextremismus nicht das Thema von Fortbildungsveranstaltungen bei der Hessischen Polizei ist. Doch beim Hessischen Innenministerium stieß man lange Zeit auf taube Ohren.

Nach den Gewalttaten von Rechtsextremisten am »Herrentag« in Magdeburg wurde wie so oft in diesen Fällen von der politischen Führung verharmlost. So reduzierte der mittlerweile in den Ruhestand versetzte Polizeipräsident Antonius Stockmann die Gewalttaten auf das Zusammentreffen von »Sonnenschein und Alkohol«. Gegen zwei Beamte wurde im Juni 1994 ein Strafverfahren eingeleitet, weil sie einen irakischen Asylbewerber angegriffen haben sollen. Fünf Tage nach den Ausschreitungen wurde ein Magdeburger Schutzpolizist mit den Worten zitiert: »Wir sind nicht rechts. Aber wir haben was gegen Ausländer.« Begründet wurde die Einstellung des Polizisten mit der Verärgerung über vermehrte Einsätze aufgrund von Ladendiebstählen, Zigarettenhandel und Bagatelldelikten. Gefahr für offenen Rassismus und

Fremdenfeindlichkeit besteht demnach, wenn PolizistInnen im Dienst nicht ihre Füße hochlegen können, sondern ihrem gesetzlichen Auftrag nachkommen müssen. Im Prozeß um die fremdenfeindlichen Krawalle erhoben Zeugen schwere Vorwürfe gegen die Polizei. Demnach hätten Rechtsradikale einen 34-jährigen Türken schlagen können, nachdem er von Polizisten festgenommen und gefesselt worden war.

Die Polizei ist kein Spiegelbild

Fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen, rechtsradikale bis rechtsextreme Denkweisen bei der Polizei werden gerne mit der Aussage, die Polizei sei Spiegelbild der Gesellschaft, verharmlost. Doch tatsächlich ist die Polizei kein gesellschaftliches Spiegelbild sondern lediglich Teil dieser Gesellschaft. Innerhalb der Polizei gibt es nämlich kaum AusländerInnen, es herrscht nach wie vor eine Männerdominanz und die soziale Struktur ist ebenfalls eine andere als in der übrigen Gesellschaft. Unbestritten bleibt natürlich, daß die Polizei gesellschaftlichen Einflüssen ausgesetzt ist. In der Hessischen Polizeirundschau 8/94 wurde ebenfalls in Frage gestellt, die Polizei sei ein Spiegelbild der Gesellschaft. Der Beitrag verdeutlicht aber eine weitaus andere Sichtweise. Danach unterscheiden sich PolizistInnen ganz erheblich von der Gesellschaft »hinsichtlich ihres Engagements für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat, das jede rassistische und aggressive nationalistische Einstellung und/oder Aktivität ausschließt; bezüglich der allgemeinen Intelligenz und der kognitiven Leistungsfähigkeit aufgrund des der Ausbildung vorgeschalteten Ausleseverfahrens mittels Intelligenztests, Konzentrations- und Leistungstests, des Rechtschreibtestes; bezüglich der körperlichen Leistungsfähigkeit, denn Sport nimmt einen hohen Rang in der polizeilichen Ausbildung wie auch während des polizeilichen Alltags ein; bezüglich der gesundheitlichen Situation, denn zu Beginn der Ausbildung steht eine umfassende ärztliche Untersuchung, und die geforderte Polizeidienstfähigkeit erfordert eine gute Gesundheit«. Mit derartigen beruflichen Voraussetzungen werden PolizeibeamtInnen zu einer Elite stilisiert, die in anderen Bereichen und auf andere Berufe ebenso zutreffen können und trotzdem keine Besonderheiten darstellen. Wenn letztendlich noch die Behauptung aufgestellt wird, PolizistInnen würden sich besonders für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat engagieren, so daß rassistische und aggressiv nationalistische Einstellungen ausgeschlossen sind, so stimmt dies in der verallgemeinerten Formulierung nicht. Gerade derartig elitäres Denken innerhalb der Polizei dürfte mit ein Grund für extreme rechtskonservative Einstellungen sein. Bereits in der Ausbildung wird auf Kritik entgegnet: »Sie sind ja freiwillig hier und können jederzeit gehen.« Gleichzeitig wird den PolizeischülerInnen verdeutlicht, daß nur wenige BewerberInnen die Auswahlkriterien erfüllen. Daneben stehen PolizistInnen für Recht- und Ordnung ein, schützen den Rechtsstaat und fühlen sich ständig

alleingelassen und selbst bei Übergriffen wird gelegentlich behauptet, die BeamtInnen handeln aufgrund eines übersteigerten Gerechtigkeitsinn oder sind über die ständigen Einsätze gegen AusländerInnen verärgert. Die sogenannte Formalausbildung, in der PolizeibeamtInnen das Vorgehen bei geschlossenen Einsätzen (z.B. Demonstrationen) lernen, trägt ebenfalls ihren Teil zum späteren Verhalten der PolizistInnen bei. Ein Ausbilder aus der rheinland-pfälzischen Bereitschaftspolizei wußte zu berichten, daß es nicht selten zu Verletzungen von BeamtInnen kommt, wenn der Demonstrationseinsatz mit dem »polizeilichen Gegenüber« geübt wird. In diesen Fällen spielen PolizistInnen die DemonstrantInnen, während ihre KollegInnen gegen sie vorgehen. Regelmäßig würden die Übungen in beinahe ernsthafte Schlägereien ausarten. Trotzdem sind derartige Übungen seit Jahren Teil des Unterrichts.

Tatsache ist, es gibt eine Reihe von Ereignissen und Übergriffen, die auf ein rechtes, rassistisches und fremdenfeindliches Potential schließen lassen. Nach Erkenntnissen der Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen haben sich PolizistInnen gar an pogromartigen Ausschreitungen gegen Roma beteiligt.

Fallbeispiele für Mißhandlungen und rechte Aktivitäten

- Bereits im Mai 1982 wurde in der Polizeizeitschrift »Bereitschaftspolizei-heute« ein ausländischerfeindliches Pamphlet veröffentlicht. In einem fiktiven Brief an seine Ehefrau wird von einem Türken beschrieben, wie gut es einem »türkischen Gastarbeiter« in dem »deutschen Wohlfahrtsstaat« geht. Ein ähnlicher Brief wurde im Landesteil Bremen der Gewerkschaftszeitung »Deutsche Polizei« abgedruckt. Solche Pamphlete tauchten immer wieder in den Dienstgebäuden auf. So auch ein als »Das Neue Deutschlandlied« betiteltes fremdenfeindliches Gedicht, das in der hessischen Polizei kursierte: »Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt; Juden, Russen und Chinesen, alles lebt von Deinem Geld. Polen, Türken, Jugoslawen - und die Schwarzen noch dazu, Deutschland, Deutschland über alles - Du bist doch die beste Kuh«, lautete die erste von drei Strophen.

- Im Sommer 1989 wurden vier Polizisten aus dem Landkreis Ostholstein suspendiert, weil sie an einer Hitler-Geburtstagsfeier teilgenommen hatten, bei der eine selbstgefertigte, als Jude gekennzeichnete Puppe, in den Schwitzkasten genommen wurde. Die Polizisten trugen braune Uniformteile mit Hakenkreuzbinden. Sie wurden zu Freiheitsstrafen zwischen zwei und zweieinhalb Monaten auf Bewährung und Geldstrafen verurteilt.

- Im November 1990 schauten in Eberswalde drei Polizeibeamte zu, wie der Angolaner Amadeu Antonio von Rechten mit dem Schlachtruf »Neger aufklatschen« totgeschlagen wurde. Das Landgericht in Frankfurt/Oder ließ die Hauptverhandlung

gegen die Polizisten nicht zu. Strafrechtliches Verhalten war für das Gericht nicht erkennbar.

- Im Herbst 1991 feierten Polizeischüler in Kassel Geburtstag sangen das Horst-Wessel-Lied und ließen sich beim Hitlergruß fotografieren.

- Im Frühjahr 1992 wurde im Bremer 3. Polizeirevier eine Durchsuchung durchgeführt, weil mehrere nigerianische Asylbewerber mißhandelt worden sein sollten. Sie seien zusammengeschlagen und nackt eingesperrt worden. Das Verfahren wurde später von der Staatsanwaltschaft eingestellt, weil keine bestätigenden Beweise zusammengetragen werden konnten.

- Am 3. Oktober 1992 wurde in München ein Kurde festgenommen, der an einer Demonstration gegen den Rechtsextremismus teilnahm, weil er ein Transparent trug auf dem ein an einem Galgen hängendes Hakenkreuz abgebildet war. Auf der Polizeiwache wurde der Kurde nach eigenen Angaben verprügelt.

- Im Dezember 1992 wurde eine Polizist des Bundesgrenzschutzes aus Frankfurt suspendiert, weil er auf dem Weg zu einer Sonnenwendfeier von 250 Nazis in eine Polizeikontrolle geriet und man bei der anschließenden Wohnungsdurchsuchung Waffen und rechtsextremes Propagandamaterial fand.

- Im Winter 1992 wurde in Rheinland-Pfalz ein Polizeiobermeister suspendiert, weil er fremdenfeindliche Anschläge mit den Worten, »Auf die Bimbos muß draufgeknüpelt werden«, kommentierte.

- Im Frühjahr 1993 deckte das Fernsehmagazin »Kennzeichen D« Mißhandlungen von AusländerInnen durch Berliner PolizistInnen auf. Nach Recherchen der Frankfurter Rundschau wurden 1992 590 Anschuldigungen gegen Berliner PolizistInnen wegen Übergriffen erhoben. In nur 20 Fällen sei »ernsthafter Verdacht« übriggeblieben.

- Im Sommer 1993 wurde ein Polizeischüler aus Niedersachsen zu vier Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und 2400 DM Geldbuße verurteilt, weil er bei einer Geburtstagsfeier in einem Aufenthaltsraum der Landespolizeischule die Gäste mit dem »Hitlergruß« empfangen hatte, mehrfach »Deutschland den Deutschen« und »Ausländer raus« gerufen hatte.

- Im Juli 1993 berichtete der Journalist Thomas Moser im Hörfunkprogramm des WDR von dem 32-jährigen Bauingenieur Manfred M., der in der Stuttgarter Bahnhofswache von PolizistInnen mißhandelt wurde. Während zwei Beamte Manfred M. an den Oberarmen festhielten, schlug ihm ein dritter Polizist fünfmal mit der Faust in den Magen. Eine Polizistin trat ihm mit dem Knie ins Gesäß, während ihre Kollegen lachend zuschauten. Anschließend wurde er am Boden liegend aus der Wache geschleift. Die Vorwürfe wurden vom Grenzschutzpräsidium Süd in München als

unwahr zurückgewiesen. Nach Recherchen von Thomas Moser ermittelte die Kriminalpolizei tendenziös, so daß die Staatsanwaltschaft das Verfahren einstellte.

- Im Herbst 1993 sollen Wuppertaler Bereitschaftspolizisten nach einem Saufgelage mit »Sieg-Heil-Rufen« an einem Abschiebeknast vorbeigezogen sein, wie einem Kritischen Polizisten berichtet wurde.

- Nach Erkenntnissen der Aachener Antifa war ein Polizeischüler aus Aachen Mitglied der DVU.

- Im April 1994 wurde ein hessischer Polizeibeamter zu acht Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt, weil er im Mai 1993 einen 17-jährigen Asylbewerber aus Algerien grundlos mit der Taschenlampe schlug, wodurch der Algerier, der zur Personalienüberprüfung sistiert worden war, eine stark blutende Wunde erhielt.

- Im gleichen Monat verkündete der Hamburger Innensenator Werner Hackmann die Auflösung der E-Schichten bis zum Jahresende. Den E-Schichten wurden immer wieder Mißhandlungen geworfen. Nach den Informationen von amnesty international sind in der Zeit von März 1989 bis Februar 1993 gegen Polizeibeamte der E-Schichten 32 Strafanzeigen wegen Mißhandlungen erstattet worden. So war im August 1989 der Krankenpfleger Lutz Priebe gefesselt und anschließend verprügelt worden. Dabei wurde ihm der Kopf mehrfach auf den Tresen geschlagen, wodurch er einen Nasenbeinbruch, Prellungen, einen Riß an der Lippe und eine ausgereckte Schulter erlitt.

- Im Mai 1994 wurde der Journalist Oliver Neß von Hamburger Polizisten derart traktiert, daß ihm die Bänder seines Fußes rissen. Oliver Neß wollte über eine Demonstration gegen den rechtsradikalen Österreicher Jörg Haider berichten. Gegen fünf Beamte ermittelt die Staatsanwaltschaft. Dabei besteht der Verdacht, die Beamten hätten sich an dem kritischen Reporter rächen wollen.

- Im Juni 1994 wurden in Berlin und Brandenburg gegen Polizeibeamte Ermittlungen wegen Körperverletzung im Amt eingeleitet. Danach sollen vietnamesische Zigarettenhändler von den Polizisten mißhandelt worden sein. Bis zum 14. Juli 1994 wurden in Bernau sechs Polizisten und ein Polizeiangestellter wegen Mißhandlungen vom Dienst suspendiert. In Berlin wird in 51 Fällen wegen Übergriffen von PolizistInnen gegen vietnamesische Zigarettenhändler ermittelt. 10 der Polizisten sind vom Dienst suspendiert. Nach Einschätzung des deutsch-vietnamesischen Freundschaftsverein »Reistrommel« beläuft sich die Zahl der Opfer, die in Berlin und Bernau polizeilich mißhandelt wurden, auf 500.

- Ebenfalls im Juni 1994 wurde ein 17-jähriger Polizeischüler festgenommen, weil er einen Afrikaner mit einem Messer bedroht hatte. Bei der anschließenden Wohnungsdurchsuchung wurde Material der FAP und der verbotenen »Nationalen Front« gefunden.

- Im Juli 1994 wurde »unter Bedenken« ein Verfahren wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt gegen einen Türken eingestellt. Der anerkannte Flüchtling aus Hildesheim wurde im Bahnhof von Hannover ohne Fahrkarte angetroffen und von Polizeibeamten sistiert. Auf der Wache soll der Türke in Handschellen geschlagen worden sein. Das jetzige Verfahren wurde auch eingestellt, weil der Angeklagte seine Anzeige gegen die Polizisten zurückzog.

- Ebenfalls im Juli 1994 wurden zwei niedersächsische Kriminalbeamte aus Soltau von dem Landgericht Lüneburg zu sechs und sieben Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt, weil sie einen Asylbewerber mit Handschellen gefesselt in den Wald führen und dort geschlagen hatten.

- Im gleichen Monat wurden drei Kriminalbeamte suspendiert, weil sie dringend verdächtig sind, in Neustadt bei Hannover einen Studenten aus Israel so heftig verprügelt zu haben, daß er mit Kopfverletzungen stationär in einem Krankenhaus behandelt werden mußte.

- Im gleichen Zeitraum soll ein Polizist bei einer Feier in der Niedersächsischen Landespolizeischule in Hannoversch Münden den rechten Arm gereckt und »Heil Hitler« gerufen haben.

- In Frankfurt am Main erhob eine Anwohnerin Vorwürfe gegen einen SEK-Beamten, der einen Iraner ohne ersichtlichen Grund einen Schlag gegen die Nase versetzt hätte. Ein Frankfurter Polizeisprecher erklärte dazu, daß die SEK-Beamten ein Auto mit drei Iranern stoppten, weil die Insassen die Zivilbeamten angepöbeln und beleidigt hätten. Später hätten sie auf die Polizisten eingeschlagen, worauf sich die Beamten wehrten. Gegen die Iraner lag polizeilich nichts vor.

- Im August 1994 rückte erneut die Bremer Polizei in das Blickfeld der Öffentlichkeit, nach einer verbotenen Kundgebung gegen Neonazis, hätten zwei Polizisten einen Festgenommenen festgehalten, während ein dritter ihm die Faust in den Unterleib schlug. In einem Fernsehbericht war zu sehen, wie Polizisten Demonstranten mit der Faust ins Gesicht schlugen und an den Haaren zerrten.

- Neun Polizisten wurden im August 1994 vorübergehend festgenommen, weil sie drei Skinheads und einen rumänischen Zigarettenhändler mißhandelt haben sollen. Ihre 20-köpfige Einheit wurde aufgelöst.

- Am 22. August 1994 wurde in Leipzig ein Polizist von dem Revier in Markleeberg zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt, weil er mehrere vietnamesische Asylbewerber und einen Deutschen schwer mißhandelt hatte. Außerdem habe sich der 24-jährige Polizist unter anderem der Freiheitsberaubung, der gefährlichen Körperverletzung im Amt und des schweren Raubes schuldig gemacht.

- Am 13. September 1994 verurteilte das Amtsgericht Berlin drei Polizisten wegen Körperverletzung im Amt zu Geldstrafen zwischen 10.500.- DM und 12.600.- DM.

Die drei Polizisten hatten im Dezember 1992 einen 34-jährigen iranischen Studenten mißhandelt, nachdem der bereits von einem Busfahrer verprügelt worden war. Eine 47-jährige Sekretärin hatte den Übergriff beobachtet und sich bei dem Iraner als Zeugin gemeldet.

- Im September 1994 wurde nach monatelanger Vertuschung bekannt, daß zwei Hamburger Polizisten außer Dienst einen Senegalesen zusammengeschlagen haben, weil er eine Mütze mit dem Aufdruck »Gebt Nazis keine Chance« trug. Es sollte nur die Spitze eines Hamburger Polizeiskandals sein. Aufgedeckt wurde der Skandal durch die Anzeige eines Polizeibeamten, der in einer Anzeige von rassistisch motivierter Gewalt in der Polizeiwache 11 berichtete. Ein Vorgesetzter, der die Vorfälle verschwieg, soll Mitglied einer rechtsextremen Wehrsportgruppe sein und seinen Dienst auch beim Staatsschutz versehen haben. Aufgrund dieser Vorfälle trat der Innensenator Werner Hackmann zurück, 27 Polizisten wurden suspendiert und ein Einsatzzug der Polizei wurde aufgelöst. In Hamburg besteht zudem der Verdacht, daß die Täter von Vorgesetzten, Politikern und Justiz gedeckt wurden. Eine Sonderkommission soll 130 eingestellte Ermittlungsverfahren überprüfen.

- Zur Zeit (September 1994) wird in Kiel gegen einen Schutzpolizisten verhandelt, der bereits 1992 einen festgenommenen estnischen Staatsangehörigen in der polizeilichen Gewahrsamszelle mißhandelt haben soll, indem er auf den Festgenommenen einschlug und eintrat. Die Mißhandlung soll darin gegipfelt sein, daß er dem Mann die Dienstwaffe an die Schläfe hielt und schrie: »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus. Wir Polizisten sind alle Faschisten!«

Ein Pakt verhindert offensichtlich Aufklärung

Die vorangegangene Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie gibt aber einen Überblick über die zahlreichen mehr oder weniger öffentlich gewordenen Vorfälle. Obwohl es einige Verurteilungen von Polizeibeamten wegen Mißhandlungen in jüngster Vergangenheit gab, bleibt die überwiegende Zahl der Vorwürfe ohne juristisches Nachspiel. Dies hängt sicherlich auch mit den fehlenden Zeuginnen zusammen. Korpsgeist führt andererseits immer noch dazu, daß PolizeikollegInnen angeblich nichts gesehen und nichts gehört haben und deshalb auch nichts zu sagen haben. Gleichzeitig begeben sie sich mit ihrem Schweigen in eine Abhängigkeit zu den Tätern, weil sie sich durch Strafvereitelung im Amt selbst der Gefahr einer Strafverfolgung aussetzen. Doch ein Ermittlungsverfahren bei der Staatsanwaltschaft bietet noch lange keine Gewähr für ein Gerichtsverfahren oder eine gerichtliche Verurteilung wie ein Fall aus Bremen zeigt. Dort hatten Polizisten 1991 eine teils gewaltsame Demonstration gegen die »Republikaner« aufgelöst. Dabei jagten sie mit Dienstwagen hinter Flüchtenden her. Einer der Flüchtenden stolperte und wurde von

Polizeibeamten krankenhausreif geschlagen. Ohne Vernehmung der beschuldigten Polizisten stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren ein. Zwar sei möglicherweise das zulässige Maß bei der Festnahme überschritten worden, doch lasse sich nicht feststellen, welcher Beamte für welchen Einzelakt verantwortlich sei, meinte die Staatsanwaltschaft. Auf die Frage, warum nicht versucht worden sei, die Vorgänge durch Vernehmungen aufzuhellen, entgegnete der zuständige Oberstaatsanwalt Hans-Georg von Bock: »Ich habe schon häufig Beamte vernommen, und die sagen dann: Ich habe es nicht getan.« Nach Berechnungen des Kriminalsoziologen Manfred Brusten führen gut 6% aller Strafverfahren gegen Polizeibeamte zu Verurteilungen. Allerdings liege die Rate bei den Verfahren wegen Straftaten im Amt deutlicher darunter.

Skandale werden immer wieder heruntergespielt

Selbst, wenn die Übergriffe noch so zahlreich ans Licht der Öffentlichkeit kommen, sprechen verantwortliche Polizeichefs wie der Hannoveraner Polizeipräsident Herbert Sander von Einzelfällen. Und immer wieder wird mit dem Argument beschwichtigt und abgewiegelt: »Die Polizei sei Spiegelbild der Gesellschaft.« Hans-Helmut Kohl kommentierte in der Frankfurter Rundschau in diesem Zusammenhang ganz richtig: »Denn selbstverständlich muß die Polizei besser sein als die Gesellschaft, in deren Dienst sie steht, wacht sie doch über die Einhaltung der Regeln, die sich diese Gesellschaft in Form von Gesetzen für ihr Zusammenleben gegeben hat. Prügelnde Polizisten zerschlagen nicht nur Zähne oder Schlüsselbeine, sondern zugleich den Glauben an den Rechtsstaat.«

Ein Skandal wie in Hamburg offenbart aber gleichzeitig in welcher operative Hektik die politische Führung verfallen kann. Obwohl Kritiker kurz nach der Suspendierung behaupteten, daß nicht alle 27 suspendierten Polizisten strafrechtlich zu belangen sind, wurde die Verwaltungsmaßnahme ein paar Tage aufrechterhalten. Bis der neue Hamburger Innensenator Wrocklage sie aufhob, weil er nach kurzer Zeit schon sagen konnte, daß die Vorwürfe ausländerfeindlicher Übergriffe und rechtsextremistischer Tendenzen gegen die Beamten nicht zu konkretisieren waren. Tatsächlich lagen vier Tage nach dem Bekanntwerden des Skandals in nur vier Fällen konkrete Beschuldigungen vor. Ein Suspendierungs-Schnellschuß kann nach hinten losgehen, wenn die düpierten Polizisten praktisch als Sieger in den Dienst zurückkehren können, weil ihnen nichts nachzuweisen ist oder weil sie schlichtweg unschuldig waren. Ein betroffener Polizeihauptkommissar prognostizierte, daß sich die Reihen »fester schließen« werden. Vielleicht ist ein derartiges Vorgehen aber auch politisch gewollt, denn dort wo alle mit dem entsprechenden Insiderwissen zu Betroffenen werden, gibt es möglicherweise keine Zeugen, die einen noch größeren politischen Skandal heraufbeschwören könnten. Ein Großteil der Hamburger PolizistInnen wurde

suspendiert, ohne daß namentlich gegen sie disziplinar oder strafrechtlich ermittelt wurde. Präventiv kann sich nur konsequentes Durchgreifen auswirken, wenn bei einem Anfangsverdacht konkret ermittelt und bei vorhandenen Beweisen entsprechend durchgegriffen wird. Damit hatte der Hamburger Innensenator jedoch von je her seine Schwierigkeiten. Fünf Jahre nach dem Hamburger Kessel wurden vier verantwortliche Polizeiführer wegen Freiheitsberaubung und Körperverletzung zu Geldbußen verurteilt. Zwei der Verurteilten waren mittlerweile in Pension, die anderen beiden durften weiterhin Karriere machen: Heinz Krappen wurde zum Landespolizeidirektor und Klaus Rürup zum Leiter der Polizeidirektion Ost befördert. Sie hatten das volle Vertrauen des Innensensors. Daß ein derartiger Umgang mit gerichtlich festgestelltem Fehlverhalten auch Auswirkungen bei den übrigen Hamburger PolizistInnen hat, dürfte klar sein.

Viele PolizistInnen haben einseitige Sichtweisen

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß insbesondere PolizistInnen mit einer rechtskonservativen, an law and order orientierten Einstellung, zu Übergriffen neigen. Betroffen sind dementsprechend vorwiegend AusländerInnen, sozial Schwächere und andere Randgruppen. Schon das Duzen von AusländerInnen gibt einen Hinweis darauf, daß PolizistInnen von einer Minderwertigkeit dieser Menschen ausgehen.

Die Rheinland-pfälzische Verwaltungsfachhochschule in Koblenz führte aufgrund einer Studie eine Befragung bei 500 PolizeibeamtInnen durch. 62 Prozent der Befragten bejahten die Frage, ob sie eine Einstellung von AusländerInnen bei der Polizei als problematisch ansehen würden. Rund 65 Prozent bezeichneten Asylbewerber als eine »soziale Bedrohung«. 77 Prozent beklagten mangelhafte Informationen über das Thema fremdenfeindliche Straftaten in der Aus- und Fortbildung.

Eine Studie des Instituts für Sozialforschung der Universität Frankfurt bei der Frankfurter Schutzpolizei kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. Auf der einen Seite kommt es zur Reflexion der PolizistInnen mit einem eindeutig demokratischen Orientierungsmuster. Auf der anderen Seite findet sich ein Potential, »das sich skeptisch bis ablehnend« gegenüber AusländerInnen verhält. Sie empfinden AusländerInnen als störend und halten Kriminalität von AusländerInnen als »naturbedingt«. Diese BeamtInnen tendieren gleichzeitig zur Wahl von rechten Parteien. Der überwiegende Teil der Frankfurter SchutzpolizistInnen lehnt AusländerInnen bei der Polizei klar ab. Diese Denkweisen wurden nach dem Ergebnis der Studie vornehmlich von jüngeren und eher älteren BeamtInnen des mittleren Dienstes geäußert. Gründe dafür sehen die Frankfurter Wissenschaftler in der dienstlichen Situation, wonach die PolizistInnen immer wieder mit ausländischen

Delinquenten zu tun haben, ohne daß sie eine effektive Strafverfolgung durch die Justizbehörden erkennen. Dadurch fühlten sich die BeamtInnen hilflos und überflüssig. Gleichzeitig werden die dienstlichen Erfahrungen auf das allgemeine, alltägliche (private) Leben übertragen, weil sich Kontakte zu AusländerInnen meist auf den dienstlichen Bereich beschränken. Dadurch sehen viele PolizistInnen ausschließlich die Schattenseiten einer multikulturellen Gesellschaft. Die dienstlichen Erfahrungen werden nicht aufgearbeitet. Es erfolgt bestenfalls ein gleichgesinnter Austausch im dienstinternen Bereich oder beim Feierabendbier.

Die faktische Abschaffung des Asylrechts, die Verschärfung des Ausländerrechts, die generelle Durchführung erkennungsdienstlicher Behandlungen bei Asylbewerbern, das Beschwören einer angeblich überdurchschnittlich vorhandenen »Ausländerkriminalität«, Razzien in Flüchtlingswohnheimen und auf Baustellen bestärken PolizistInnen in ihrem Denken von minderwertigen AusländerInnen. Eine überwiegend einseitige Ausbildung, die wenig vom Umgang mit Menschen, von Konflikt- und Streßbewältigung lehrt sowie die Polizeigeschichte fast völlig außer acht läßt, ein in dem Polizeiapparat seit Jahren überliefertes Allgemeinverhalten von PolizistInnen führt bei zu vielen PolizeibeamtInnen zu Sympathien gegenüber rechten Parteien, die schließlich zu einer aktiven Politisierung in rechten Parteien führen können. Internen Umfragen zufolge sympathisieren 15 bis 17 Prozent der PolizeibeamtInnen mit Rechtsaußenparteien.

PolizistInnen und Rechte

Nachdem Ende 1993 von Rechtsextremisten die Haß-Zeitschrift »Der Einblick« veröffentlicht worden war, in der zahlreiche AntifaschistInnen als »Angriffsziele« aufgelistet wurden, kam bei einigen Kritischen PolizistInnen der Verdacht auf, daß viele der im Einblick aufgeführten Personendaten grundsätzlich nur mit Hilfe von BeamtInnen zu erlangen waren. Der Verdacht könnte sich bestätigen, wenn Hinweise aus der jüngsten Vergangenheit auf rechtsextreme PolizistInnen bewiesen würden. Bereits 1983 kam es zu antisemitischen Schmierereien in der Lehrabteilung der Berliner Polizei. Die damaligen Ermittlungen ergaben, daß ein Polizeischüler jüdischen Glaubens von Kollegen über Jahre hinweg gequält wurde. Gleichzeitig wurden Durchsuchungen bei Mitgliedern der rechtsextremen Organisation »Deutsche Arbeiterjugend« durchgeführt, wodurch festgestellt wurde, daß dieser Organisation auch Berliner Polizeischüler angehörten.

Nazistische Äußerungen und Verhaltensweisen konnten schon verschiedentlich im innerdienstlichen Bereich beobachtet werden. Allerdings kann diesen PolizeibeamtInnen nicht unterstellt werden, sie seien Nazis. Ihre Ausfälle sind auf eine oberflächliche Geschichtlichtkenntnis und Geschmacklosigkeit zurückzuführen. So

wollte ein hessischer Polizeibeamter das »Problem Ausländerkriminalität« mit einem Schlauch vom Auspuff in den Innenraum des Gefangenentransportwagens lösen. Der gleiche Beamte grüßte schon mit dem Hitler-Gruß innerhalb der Dienststelle. Ebenso werden immer noch Witze über die Judenvernichtung erzählt, was erschreckenderweise viele erheiternd finden. Ein Vorgesetzter sah sich nicht zum Maßregeln veranlaßt, als derartige Witze von seinen »Mitarbeitern« erzählt wurden. Als jedoch ein Beamter die Füße auf dem Schreibtisch liegen hatte, verlangte der gleiche Vorgesetzte anständiges Benehmen.

Immer wieder geraten PolizistInnen in die Schlagzeilen, weil sie Sympathien Rechten gegenüber zeigen oder kriminellen Aktionen von Rechten zusehen. Im »Stern« war ein BGS-Beamter abgebildet, als er dem Nazi-Führer Heinz Reisz das Megaphon anläßlich der Beerdigung des von Zuhältern erschossenen Rechtsextremisten Rainer Sonntag hielt. Der israelische Journalist Yaron Svoray recherchierte in Zusammenarbeit mit dem Wiesenthalzentrum getarnt als Sympathisant in der rechten deutschen Szene. Yaron Svoray berichtete, daß die Nazis Warnungen vor Hausdurchsuchungen aus den Reihen der Polizei erhielten. Bei einem der Gewarnten soll es sich um Heinz Reisz gehandelt haben. Im September 1992 waren der Bundesregierung sieben rechtsextreme Polizisten bekannt. Maßnahmen gegen diese Polizisten seien der Bundesregierung nicht möglich, weil es sich um Landesbedienstete handelte.

PolizistInnen bei den Reps

Einer der ersten Polizeibeamten, die als Republikaner-Funktionär bekannt wurden, war der Polizist und Vorsitzende des Berliner Rep-Landesverbandes, Bernhard Andres. Andres geriet wegen angeblicher Tätlichkeiten und finanzieller Unregelmäßigkeiten in die Kritik, konnte sich aber 1989 noch im Vorstand behaupten. Im gleichen Jahr ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen Andres wegen des Verdachts der Unregelmäßigkeiten bei der Wahlkampfkostentrückerstattung. Letztlich mußte er die Rep-Fraktionsführung im Berliner Senat wegen des eröffneten Strafverfahrens niederlegen. Gegen Andres wurde schon vor seiner »politischen Karriere« strafrechtlich und disziplinar ermittelt.

Funktionäre der Reps gerieten immer wieder mit dem Gesetz in Konflikt und standen damit zu der Rep-Propaganda von Gesetz und Ordnung im Widerspruch. In Bayreuth wurde ein Polizist und Republikaner-Mitglied wegen Nötigung und Freiheitsberaubung angeklagt. Der Polizist soll in zwei Fällen Ausländer eingesperrt haben, ohne daß eine gesetzliche Grundlage bestand. Doch Andres und der Bayreuther Polizist sind bei weitem nicht die einzigen Polizeibeamten mit einer Affinität zu den Republikanern, die die PolizistInnen ganz offen umwerben. 1990 berichtete das Parteiorgan »Der Republikaner« von anhaltendem Zulauf von der Polizei.

Bis 1990 war der Kripobeamte Peter Köhler Landesvorsitzender der Republikaner in Baden-Württemberg, danach Europaabgeordneter. In Dachau wurde der Polizeiobermeister Gernot Jellinek 1989 Kreisvorsitzender der Reps. Der Kreisvorsitzende der Reps in Hannover Land, der Polizeibeamte Werner Rieb erklärte 1989, daß ein »beträchtlicher Teil der Kollegen« in Niedersachsen hinter den »Republikanern« steht. Zur Bundestagswahl 1990 kandidierten sieben Polizisten für die Reps. Hinzu kommen eine Reihe von PolizistInnen in kommunalen Bereichen und auf Länderebene.

Polizeioberkommissar Thomas Schröder, bis 1986 Mitglied der Jungen Union, war bis August 1991 Landesvorsitzender der Republikaner in Schleswig-Holstein. 1990 hatte Thomas Schröder in einer Gruppe um den ehemaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Republikaner Emil Schlee versucht, Parteichef Schönhuber zu stürzen. Schröder wurde 1993 im Verfassungsschutzbericht von Schleswig-Holstein genannt und versieht als stellvertretender Hundertschaftsführer beim Bundesgrenzschutz seinen Dienst, wo er auch für die Ausbildung von Polizeianwärtern zuständig ist. Er soll einen strammen rechten Kurs, weit rechts von den »Republikanern« vertreten. Schon 1979 wurde er inmitten einer Demonstration der NPD gegen die Mauer gesehen. Schröder ist heute Vorsitzender des »Arbeitskreises für deutsche Politik« (AfdP), ein seit zwei Jahren bestehender eingetragener Verein. 1991 wollte der Verein die »Möglichkeit der Zusammenarbeit patriotischer Parteien und Organisationen« ausloten. Seitdem bemüht sich der Verein die Arbeit der DLVH-Fraktion (Deutsche Liga für Volk und Heimat) im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu fördern. Die DLVH ist Nachfolgerin der DVU (Deutsche Volksumion) im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Der entsprechende Wechsel erfolgte durch die Übertritte der Abgeordneten von der DVU zur DLVH. An AfdP-Veranstaltungen nehmen aus den unterschiedlichen rechtsextremen Organisationen bis zu 40 Personen teil. Bemerkenswert für den Verfassungsschutz ist die Teilnahme vieler jüngerer Menschen. Thomas Schröder sagte selbst, daß mindestens ein Drittel aller Bundesgrenzschützer Sympathisanten der Reps sind. Dies verwundert kaum, sind die militärischen Strukturen beim Bundesgrenzschutz noch immer stark vorhanden. Nach wie vor gibt es Ehrenformationen bei der Vereidigung und die Verpflichtung zur Anrede mit dem Dienstgrad.

Mittlerweile wird gegen Reps innerhalb der Polizei punktuell etwas unternommen. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) schloß die reinland-pfälzische Kriminalobermeisterin Gabriele Bannier aus. Die Republikanerin zog nach den Kommunalwahlen am 12. Juni 1994 in das Stadtparlament der Landeshauptstadt Mainz als eine der beiden SpitzenkandidatInnen ein. Der Bremer Polizeipräsident Rolf Lüken versucht bereits zum dritten Mal Ralf Riedemann aus dem Polizeidienst zu entfernen.

Riedemann ist Landesvorsitzender der Reps und Bundestagskandidat. Nach Lükens Auffassung sind die Reps verfassungsfeindlich und begründet damit seinen Entlassungsversuch. Es ist jedoch zweifelhaft, ob der Entlassungsversuch vom Erfolg gekrönt sein wird.

Fazit

Die Polizei ist nicht rassistisch, nicht fremdenfeindlich und nicht rechts. Sie ist aber auch nicht demokratisch und hier gilt es anzusetzen. Es nutzt wenig, PolizistInnen, die den Reps angehören aus dem Dienst zu entfernen, wenn gleichzeitig eine zumindest rechtskonservative Einstellung bei zu vielen PolizistInnen vorherrscht, ohne daß sie Mitglieder rechtsradikaler Partei sind. Bereits im Vorfeld müssen die Voraussetzungen für rechtes Gedankengut abgeschafft werden. Die vorhandenen hierarchischen Strukturen fördern nicht nur solch eine Einstellung, sie sorgen auch für eine große Berufsunzufriedenheit. Deshalb ist der Abbau der Hierarchie zwingend. Es kann nicht von Nutzen sein, wenn in einer 60-köpfigen Dienststelle acht Führungsbeamte »herrschen«. Immer noch durchlaufen PolizistInnen eine Ausbildung, die in erster Linie auf Gehorsam ausgelegt, auswendig gelerntes Wissen abverlangt und wenig selbständiges und kritisches Arbeiten lehrt. Die Polizeischulen müssen geöffnet werden. Die Ausbildung ist extern zu verlagern. Kontakte mit anderen gesellschaftlichen Strömungen, Bürgerrechtsbewegungen und multikulturellen Organisationen sind verstärkt zuzulassen. Das Beamtenrecht ist grundlegend zu reformieren sowie das rigide Disziplinarrecht aufzuweichen. Die Abschaffung der Dienstgrade wird hilfreich bei der Lösung militärischer Strukturen sein. AusländerInnen als PolizeibeamtInnen werden die Polizei in jeder Hinsicht bereichern. Der gesellschaftliche Weitblick der PolizeibeamtInnen muß geöffnet werden. Wenn die Polizei im Denken der PolizeibeamtInnen mit rechter Einstellung keine Veränderung hervorrufen kann, wird sie genau so wenig in der Lage sein, den demokratischen Rechtsstaat zu schützen, wie die Polizei der Weimarer Republik dies nicht verstand. Die Preußische Polizei stand überwiegend rechts, Polizeioffiziere waren republikfeindlich und ganze Polizeidienststellen sympathisierten mit den Nationalsozialisten. Anderes als systemkonformes Denken konnte sich nur außerhalb der Institution entwickeln. So gab es den Revier-Oberleutnant Wilhelm Krützfeld, der Revierleiter in Berlin-Mitte war. In der Reichspogromnacht am 9. November 1938 sollten Polizisten auf Befehl des Polizeipräsidenten einen Bogen um jüdische Einrichtungen machen. Als jedoch Wilhelm Krützfeld erfuhr, daß die Neue Synagoge in seinem Revierbereich von den Nazis angezündet worden war, zwang er mit ein paar Beamten und vorgehaltener Waffe die Nazis zum Rückzug und veranlaßte die Löschung des Feuers. Wilhelm Krützfeld wurde 1943 aus gesundheitlichen Gründen in

den Ruhestand versetzt. Polizeigeschichte sollte auch die Zeit vor 1945 umfassen, denn aus der Geschichte kann gelernt werden.

Quellen: Antifa INFO-Blatt, Antifaschistische Nachrichten, Lübecker Antifaschistische Zeitung, Unbequem, taz, Frankfurter Rundschau, Spiegel, Stern, Tempo, Wiesbadener Kurier, Lübecker Nachrichten, »Festung Europa« (Rotpunktverlag), »Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit« (Campus Verlag), »Rechtsextremismus in der Bundesrepublik« (Fischer Verlag), »Der Pakt« (Verlag Die Werkstatt) Hessische Polizeirundschau, Kriminalistik, Deutsche Polizei, Bereitschaftspolizei-heute, Contact, Woche im Bundestag, Verfassungsschutzbericht 1993 für Schleswig-Holstein.

26. Oktober 1993

Die DVU in der Bremischen Bürgerschaft: 2 Jahre Mißbrauch des Parlaments

Vor genau einem Jahr hat die Fraktion Die Grünen in der Bremischen Bürgerschaft eine Studie des "taz"-Journalisten Jochen Grabler vorgestellt mit dem Titel "Mißbrauch des Parlaments. Ein Jahr DVU-Fraktion". Die öffentliche Resonanz auf diese Untersuchung war groß. Und sie zeigte Wirkung auf die DVU selbst: nachweislich verschärfte sie die innere Widersprüche in der Fraktion. Heute ist die DVU nur noch eine Gruppe mit drei Mitgliedern.

Wir legen heute die Fortschreibung nach zwei Jahren vor. Sie zeigt: Daß die DVU Spitze ist im Abzocken öffentlicher Gelder, in Faulheit und Demagogie, das waren keine Anfangsfehler, sondern Absicht und Methode. Vieles wissen wir heute noch genauer. Die Skandalchronik der DVU in der Bremischen Bürgerschaft, die Jochen Grabler vorlegt, ist ausführlich und lang. Wir wünschen uns, daß sie verbreitet wird. Es wäre fatal, wenn von einem Überdruß an politischen Skandalen ausgerechnet die DVU-Leute profitieren würden, die sich so gern als Saubermänner präsentieren. Wir wünschen uns, daß auch die Kenntnis über den Mißbrauch des Parlaments durch Nichtstun und durch Brandreden der DVU verbreitet wird. Die Wähler der DVU sollten wissen, was mit ihren Stimmen angefangen wird; sie sollten wissen, wie der Staat aussehen würde, den die DVU machen will.

Die Zwischenbilanz, die wir heute vorlegen, ist auch eine Rechenschaft darüber, wie die anderen Parteien mit der Existenz der DVU umgegangen sind, und wie sie mit ihr umgehen sollten. Im großen und ganzen ist diese Bilanz für uns positiv. Für mich würde ich die wichtigsten Folgerungen so zusammenfassen: Erstens: sich niemals von der DVU mit dem Geist des Hasses, des Unrechtes und der Ausgrenzung anstecken lassen. Jede undemokratische Reaktion kommt am Ende den undemokratischen Kräften zugute.

Zweitens: nicht aufgeregt mit den Flügeln schlagen, sondern den argumentativen und sachlichen Streit mit der DVU suchen, so schwer es auch fällt. Dieser Streit muß immer wieder öffentlich geführt werden, weil einzelne Meinungen der DVU natürlich weit verbreitet sind. Die DVU versucht sie nur zu einem System des Hasses zu bündeln.

Drittens: mit den Menschen reden, nicht nur über sie. Das gilt auch für die Abgeordneten der DVU. Wir sollten ihnen die Ruhe der Ausgrenzung und die Pose der Underdogs nicht gönnen.

Viertens: Über die Worte und die Taten der DVU öffentlich berichten.

Die Studie, die wir heute vorlegen, ist wiederum eine Untersuchung über die DVU im Parlament und keine über rechtsextremes Denken in der Bevölkerung. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge, und inwieweit die Demontage der DVU Auswirkungen auf kommende Wahlen hat, ist eine offene Frage. Denn die Stimmen für die DVU waren ja nicht Ergebnis der Arbeit der DVU; sie kommen zu einem guten Teil aus tiefsitzender Verunsicherung über die Entwicklung der deutschen Gesellschaft. Deswegen gibt es gegen sie auch keine schnell wirkenden Patentmittel.

Was wir tun können und müssen, ist soweit wie möglich die Verbindung von aggressiver Unsicherheit und Protest zu politischen Systematiken des Hasses wie der DVU zu stören. Das versuchen wir mit dieser Arbeit.

Die vorliegende Studie über das zweite Jahr Mißbrauch des Parlaments durch die DVU hat wiederum Jochen Grabler verfaßt, in Zusammenarbeit mit mir.

Hermann Kuhn, MdBB

Die DVU in der Bremischen Bürgerschaft: Mißbrauch des Parlaments im zweiten Jahr

Von Jochen Grabler
in Zusammenarbeit mit
Hermann Kuhn

Der Schock war groß, als die DVU im September 1991 als Fraktion mit sechs Abgeordneten in die Bremische Bürgerschaft, das Parlament des Landes Bremen, einzog. Jetzt, gut zwei Jahre danach, ist die Aufregung längst verklungen. Der rechte Rand der Bürgerschaft wird nicht mehr als unmittelbare Bedrohung ernstgenommen. Die DVU - inzwischen nur noch halb so stark und nur noch Gruppe - ist offenbar so weit demontiert, daß ein großer Teil des Parlaments und der Medien eine Auseinandersetzung nicht mehr für dringend hält.

Die Bedrohung sackt in der Wahrnehmung eine Etage tiefer - und nimmt weniger faßbare Formen an. Einerseits scheinen DVU und Co. kein Thema mehr zu sein, andererseits wird aber immer noch das Potential beschworen, das die DVU gewählt hat und (vielleicht) wieder wählen würde. An diese Menschen müsse man herankommen - dieser Satz gehört zum Standardrepertoire der Bremer Politiker. Und er ist vorzugsweise verbunden mit der Bemerkung, daß man die Ängste dieser Wählerschichten ganz ernst nehmen müsse. Jetzt sei es an der Zeit, in den Stadtteilen mit hohem DVU-Wähleranteil aktiv zu werden usw. usf. Nur passiert ist in dieser Richtung wenig. Auch wenn die Absichtserklärung zum politischen Gemeingut geworden ist - keine politische Gruppierung hat in den vergangenen beiden Jahren diese Arbeit zu ihrem Schwerpunkt gemacht.

Politik ist in der Defensive, das Unbehagen am Politischen wächst mit dem Gefühl, die Brände der neunziger Jahre könnten nicht mit dem dicken Wasserstrahl aus der Konjunkturpumpe der achtziger Jahre gelöscht werden. "Gespaltene Diskurse" hat ein Beobachter schon vor sechs Jahren anläßlich des Republikaner-Erfolges bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus diagnostiziert. Öffentliche Meinung der Straße und veröffentlichte Meinung der Medien und politischen Institutionen klaffen seit Jahren auseinander. Die Sehnsucht nach "Klartext" wird nach wie vor von der politischen Rechten bedient.

Die DVU hat in der Bremischen Bürgerschaft einen Skandal nach dem anderen produziert; es ist aber keineswegs sicher, daß dies erkennbare Auswirkungen auf die Kreise hat, die der DVU 1991 ihre Stimme gegeben haben. Keine Partei in der Bremischen Geschichte hat sich so schamlos selbst bedient wie die DVU; keine war so stinkfaul und hat sich vor jeder Sacharbeit gedrückt; keine hat ihre Parlamentsarbeit so auf gemeine und gehässige Hetzreden reduziert; und keine hat sich in so rasender Geschwindigkeit selbst dezimiert. Und trotzdem ergibt eine kleine Umfrage quer durch alle politischen Lager dasselbe Bild: Alle gehen davon aus, daß sich das rechte Wählerpotential eher stabilisiert hat. Und wenn es nicht die DVU ist, die die Stimmen beim nächsten Mal abfischt, dann ist es eben eine andere Gruppierung. Der Zusammenhang zwischen Wahlentscheidung für die DVU (oder andere Rechte) und der Tätigkeit der Gewählten ist offensichtlich loser als bei anderen Parteien.

Dennoch ist es dringend notwendig, die Arbeit der DVU zu analysieren und öffentlich zu bewerten. Zwei Jahre sitzt die DVU jetzt in der Bremischen Bürgerschaft - in den Grundzügen ist die Bewertung der ersten Studie vom Herbst 1992 nachhaltig bestätigt worden, vieles ist noch deutlicher gewor-

den. Insbesondere der Umgang mit Fraktions- bzw. Gruppenzuschüssen dokumentiert, daß die DVU nach wie vor mit normaler parlamentarischer Arbeit nichts im Sinn hat. Dieser Umgang ist keineswegs ein Verkehrsunfall unerfahrener politischer Kräfte. Er hat Methode: Die DVU hat alles getan, Fraktionsgelder jenseits der Zweckbestimmung zu verwenden. Und dort, wo sie erwischt wurde, hat sie entweder erst nach langem Widerstand nachgegeben, dann aber wieder Mittel und Wege gefunden, an der Legalität vorbei zu operieren. Oder sie hat versucht, alle parlamentarischen Spielregeln auszuhebeln. Mißbrauch des Parlaments ist der Kern des politischen Handelns der DVU. Und deshalb müssen diese Affären die Öffentlichkeit noch lange interessieren.

Schmiergeld und Selbstbedienung:

Die DVU und das Geld

Die DVU ist die geldgierigste Fraktion, die die Bremische Bürgerschaft je gesehen hat. Im vergangenen Jahr gab es dafür erst etliche Indizien; heute kann dieser Satz als bewiesen gelten. Es ist kein Zufall, daß der Bremische Rechnungshof immer noch keinen Einblick in die Bücher der DVU erhalten hat. Viermal hat der Rechnungshofpräsident Hartwin Meyer-Arndt den Blick in die Bücher angemahnt, sowohl beim Münchner Blohm-Anwalt Manfred Roemer als auch bei der Bürgerschafts-Gruppe der DVU selbst. Kein einziges Mal hat er bislang eine Antwort bekommen. Einmal hatte er bei Roemer telefonisch nachgehakt, woraufhin der sich beschwerte, der Rechnungshof wäre mit der DVU besonders streng. Und Marion Blohm wertete in der September-Sitzung der Bürgerschaft, es sei eine Lüge, daß der Rechnungshof nicht prüfen könne. Die Frist, die Meyer-Arndt bis Mitte Oktober setzte, ist jedoch wiederum verstrichen.

Vor nichts scheint die DVU mehr Angst zu haben als vor dieser Prüfung. Aus gutem Grund, denn sie hat genug zu verbergen.

Politisches Schmiergeld

Die Konflikte um die Fraktionsfinanzen begannen schon kurz nach der Wahl: Auf der einen Seite stand der DVU-Abgeordnete Karl-Heinz Vorsatz, auf der anderen der Parteivorstand im fernen München und dessen Vertraute Marion Blohm und Hans-Otto Weidenbach. Der Streit zwischen parlamentarischer Arbeit und Fundamentalopposition, die das Parlament nur benutzt. Vorsatz wollte, daß die Fraktion ein Büro eröffnet, Mitarbeiter einstellt, kurz: Einen Apparat aufbaut, mit dem sie sich in die politische Sachauseinandersetzung begeben konnte. Das genau wollten der Parteivorsitzende Frey, die Fraktionsvorsitzende Blohm und Weidenbach verhindern.

Die Entscheidung fiel in der Fraktionssitzung am 30. Januar 1992. Mit der kompletten Fraktion tagte der Parteivorsitzende Frey und der Fraktionsgeschäftsführer Eggers, ebenfalls aus München. Punkt eins der Tagesordnung war die Bürofrage. Marion Blohm argumentierte heftig gegen die Eröffnung einer Geschäftsstelle: "Der Arbeitsaufwand sei nicht so hoch, daß ein täglicher Geschäftsbetrieb erforderlich sei", vermerkt das Protokoll. Außerdem gebe sie "die Sicherheitslage" zu bedenken. Jeder Abgeordnete könne einen Arbeitsplatz einrichten, dazu könne die Fraktion Gelder geben. Schließlich gebe es auch noch die Möglichkeit für jeden Abgeordneten, für Bürausstattung bei der Bürgerschaft Mittel zu beantragen.

“Herr Vorsatz entgegnet, daß der Arbeitsaufwand enorm sei”, heißt es im Protokoll weiter. Für ihn sei das eine Grundsatzentscheidung. Ohne Sachkenntnis könne man nicht im Parlament arbeiten. Dann ergriff der Parteivorsitzende persönlich das Wort. Das Protokoll: “Herr Dr. Frey teilt die Ausführungen der Vorsitzenden. Auch nach seiner Ansicht könne ein ‘Riesen-Apparat’ nicht sinnvoll sein. (...) Außerdem sei die Fraktion gut beraten, wenn sie in puncto Aufwendungen nicht Repräsentation, sondern das wirklich Notwendige in den Vordergrund stellen würde. Die DVU-Fraktion sollte durchaus demonstrativ zeigen, daß sie anders sei als die Etablierten.”

Wie anders als alle anderen die DVU ist, zeigt sich in dem gefähten Beschluß. Erstens: “Ein Zentralbüro der Fraktion wird grundsätzlich abgelehnt.” (Gegenstimme von Karl-Heinz Vorsatz) Zweitens, auf Antrag des Fraktionsgeschäftsführers: “Gewährt wird ein Sicherheitszuschlag von 20 Prozent der Diäten ab 1. 2. 1992 an jedes Fraktionsmitglied.” Drittens: “Ab 1. 4. 1992 erhalten die Mitglieder der DVU-Fraktion, unter der Voraussetzung, daß alle Möglichkeiten über die Bürgerschaft ausgeschöpft wurden, bis zu DM 1.500,- monatlich als Zuschuß für ihre Fraktionsarbeit. Über die Verwendung der Zuschuß-Mittel ist abzurechnen.”

Alle drei Abstimmungen fielen unter einen einzigen Tagesordnungspunkt. Das war kein Zufall. Was der überstimmte Karl-Heinz Vorsatz nicht wußte, das war der perfide eingefädelte Zusammenhang zwischen Fraktionsbüro und Sicherheitszuschlag. Vor der Sitzung hatte Frey nämlich alle Fraktionsmitglieder ins Intercity-Restaurant eingeladen - alle außer Vorsatz. Und dort wurde den Parlamentariern ein Handel vorgeschlagen: Wenn sie gegen den hartnäckigen Vorsatz stimmten, dann bekämen sie als Bonbon den Sicherheitszuschlag, und das waren genau 807 Mark und 40 Pfennige, Monat für Monat. Den passenden Antrag dazu hatte der Frey-Statthalter Eggers schon in der Tasche. Der Handel klappte, die Abstimmung endete 4:1.

Vorsatz war in der Fraktion erfolgreich isoliert worden. Sein weiteres Schicksal ist bekannt. Er wollte sich nicht mit seiner Niederlage abfinden und geriet immer tiefer in den Konflikt mit seiner Fraktion, vor allem mit Marion Blohm und seinem ehemaligen Weggefährten aus der NPD, Hans-Otto Weidenbach. Zu allen politischen Differenzen warf Vorsatz Weidenbach Verrat vor: Der sei nur noch pro forma NPD-Landesvorsitzender und in Wahrheit schon Handlanger Freys. Dabei hatte Vorsatz mit dem Bündnis DVU/NPD seinen Traum von der vereinigten Rechten verwirklicht gesehen. “Wie Geld doch korrumpieren kann”, war der Vorsatz-Kommentar zu Weidenbach gewesen. Viele alte “Kameraden” aus der NPD hatten sich gewundert: Weidenbach war die Wohnung gekündigt worden, weil sie verkauft werden sollte, und plötzlich konnte der arbeitslose und finanziell klamme Weidenbach seine Wohnung kaufen.

In der Auseinandersetzung um das Fraktionsbüro wurde Weidenbach zum größten Widersacher von Vorsatz. In der Fraktionssitzung vom 9. 4. 92 schwingt sich Weidenbach zu einer Suada auf: “Herr Vorsatz habe wiederholt gegen die Fraktionsdisziplin gehandelt und sich darüber hinaus unkameradschaftlich verhalten. Er (Weidenbach, J.G.) habe den Eindruck, Herr Vorsatz stelle persönliche Interessen vor die Anliegen der DVU-Fraktion.

Die Fraktion habe vor allem wegen des 'Dauerbrenners Geschäftsstelle' einen Beschluß gefaßt, der für alle bindend sei." Protokollant war wie immer Hans-Otto Weidenbach. Am Ende verließ Vorsatz den Plenarsaal der Bürgerschaft, sobald Weidenbach ans Rednerpult ging, und umgekehrt. Aber da hatte die Fraktion schon im Mai Vorsatz schriftlich das Mißtrauen ausgesprochen und ihm den Vorsitz der Stadtbürgerschaftsfraktion entzogen. Nach einer Herzattacke im Plenum starb Vorsatz im September 1992.

Der öffentliche und politische Druck auf die DVU war zu dieser Zeit größer geworden. Das fehlende Fraktionsbüro wie das Erschleichen einer Sozialwohnung durch den Abgeordneten Nennstiel waren Gegenstand öffentlicher Debatte. Dazu kam eine Affäre um Anzeigen in den Frey-Blättern "Deutsche Wochenzeitung" und "National-Zeitung" während des Wahlkampfes in Schleswig-Holstein. Die Grünen hatten aufgedeckt, daß diese Anzeigen aus Fraktionsmitteln bezahlt und bundesweit geschaltet waren. Das war illegal. Die DVU reagierte erst, als ihr von der Bürgerschaftsverwaltung die Fraktionsmittel gesperrt wurden. Am Ende mußten die Ausgaben für die Annoncen zurückgezahlt werden, und die DVU-Fraktion eröffnete ein Büro - der Form halber.

Nur Kosmetik: Der Bürotrick

Von den Sicherheitszuschlägen in die Taschen der Abgeordneten wußte die Öffentlichkeit noch nichts, mit der Eröffnung des Büros schien dem Gesetz Genüge getan - aber eben nur scheinbar. Jetzt stellt sich heraus, daß die DVU mit ihrem Büro genauso umgegangen ist, wie seinerzeit Marion Blohm mit ihrem Hauptwohnsitz: Nach außen sieht es legal aus, aber hinter den Kulissen stimmt nichts.

Das Büro, das die DVU Fraktionsbüro nennt, ist nämlich alles andere als das. De facto handelt es sich dabei um eine Bürogemeinschaft von Marion Blohm mit ihrem Vater Horst Maybauer, im Nebenerwerb DVU-Stadtrat in Bremerhaven, und mit zwei Mitgliedern der Bremerhavener DVU-Stadtverordnetenfraktion. Beschäftigte, etwa wissenschaftliche Mitarbeiter, gibt es dort nicht. Schlüsselgewalt für die Fraktion hat allein Marion Blohm, sonst gibt es nur Schlüssel für die Bremerhavener Stadtverordneten. Kein Wunder, denn die anderen Fraktions- bzw. Gruppenmitglieder aus der Bürgerschaft hatten im Büro im fernen Bremerhaven nichts zu suchen. Das beweisen die Aussagen der beiden Ex-DVU-Parlamentarier Peter Nennstiel und Klaus Blome. Der eine war zwei-, der andere "höchstens viermal da". Zweimal habe die Fraktion dort getagt. Und öfter sei auch Elfriede Budina, die für Karl-Heinz Vorsatz in die Bürgerschaft nachgerückt ist, nicht dort gewesen. Peter Nennstiel: "Ein Scheinbüro, das war doch klar."

Im Klartext heißt das: Was aus Bürgerschaftsmitteln für die Arbeit in der Bürgerschaft bezahlt wird, das wird ganz anders genutzt, nämlich überwiegend als Geschäftsstelle für die Bremerhavener Kommunalpolitiker. Von der Nutzung für die Partei abgesehen. So schlau sich die DVU das auch ausgedacht haben mag: das dem Rechnungshof und dem Bürgerschaftspräsidenten zu erklären wird schwierig werden.

Nie wieder laufen - die Partei fährt Bus

Eine eher unscheinbare, aber doch kennzeichnende Episode sei noch erwähnt. In ihrer Fraktionssitzung am 20. 8. 1992 beschloß die DVU, daß ihre Vorsitzende fortan nicht mehr laufen solle. "Zwecks unabhängiger Transportmöglichkeiten im Rahmen der Fraktionsarbeit wäre die Beschaffung eines preisgünstigen (gebrauchten) Kleintransporters nötig", protokolliert Hans-Otto Weidenbach. So wurde beschlossen. Marion Blohm hatte ein billiges Modell an der Hand: einen Ford-Transporter zu einem Preis zwischen 20 und 25.000 Mark. Der Verkäufer war ein Bremerhavener Autohändler, befreundet mit Blohms Vater Maybauer, der in Bremerhaven ein Taxigeschäft unterhält. In der Schwacke-Liste, der gebräuchlichen Werttabelle für Gebrauchtfahrzeuge, stand zu dieser Zeit der Wagen mit einem Wert von 15.000 Mark zu Buche.

Seitdem steht der Bus in der Blohmschen Garage und allein der DVU-Sprecherin zur Verfügung. Welche Fraktionstätigkeiten mit dem Wagen abgewickelt wurden, ist unklar. Sicher ist nur, daß der Wagen an Sonntagen zum Einsatz kam, wenn es galt, interessierte BremerhavenerInnen zum DVU-Stammtisch in die Habenhauser Pappelstuben zu fahren, eine eindeutig illegale Parteiunterstützung auf Fraktionskosten.

Am Tag des Kaufbeschlusses besprach die DVU im übrigen ihr Auftreten in den Haushaltsberatungen, in denen sie dann über Verschwendung und Mißwirtschaft der "Altparteien" vom Leder zog.

Ein Sicherheitszuschlag, eine fahrlässige Unterschrift

Als öffentlich wurde, daß sich die DVU-Fraktionäre 1992 Monat für Monat über 800 Mark in die eigene Tasche gesteckt hatten, gab es für einige DVU-Abgeordneten allen Grund zur Nervosität. Daß der Sicherheitszuschlag illegal war, das war schnell klar und führte nach einiger Zeit zur Sperrung der Zuschüsse durch die Bürgerschaftsverwaltung, bis die gezahlten 44.000 Mark einbehalten waren. Im Untergrund aber schmorteten noch drei Unterschriften aus dem April. Da hatten nämlich Marion Blohm als Sprecherin der Gruppe und Hans-Otto Weidenbach und Klaus Blome als Rechnungsprüfer dem Bürgerschaftspräsidenten mit ihrer Unterschrift versichert, daß alle Fraktionsmittel im Jahre 1992 ordnungsgemäß ausgegeben worden seien. Eine glatte Lüge.

Ein Fall für den Staatsanwalt, meint der Präsident der Bremischen Bürgerschaft, denn Klaus Blome gab nach seinem Austritt aus der DVU an, er habe die Erklärung blanko unterschrieben: "Ich habe keine Belege gesehen." Der Fraktionsgeschäftsführer Eggers habe ihm erklärt, das sei so üblich, es gehe schon alles mit rechten Dingen zu. Stutzig sei er erst geworden, als der Rechnungshof trotz mehrfacher Anfragen immer noch nicht habe in die Bücher sehen dürfen. Gleichzeitig habe ihm Eggers einmal erklärt, die Unterlagen seien schon auf dem Weg zum Rechnungshof. Und als er bei Marion Blohm angefragt habe, habe die ihn angeherrscht: "Die prüfen uns, wenn wir das wollen."

Blome wurde die Sache zu heiß, und er trat mit Veröffentlichung und Fraktionsaustritt die Flucht nach vorne an. Wie weit ihm dabei sein Absprung und die Offenlegung des Konflikts helfen können, das bleibt abzuwarten. In der Pflicht sind dabei neben Blome auch Marion Blohm,

Hans-Otto Weidenbach und der vereidigte Wirtschaftsprüfer Roemer. Der hatte geprüft und für gut befunden, und die drei Abgeordneten haben ihre Unterschrift geleistet, obwohl jedem Beteiligten damals klar gewesen sein muß, damit dreist zu lügen. Diese Geschichte ist lange noch nicht zu Ende, zumal eine anonyme Anzeige an die Steuerfahndung dazu geführt hat, daß zumindest Klaus Blome nicht entrichtete Einkommenssteuer auf den Sicherheitszuschlag nachzahlen muß.

Erosionen - die DVU zerbröckelt

Das zweite Jahr im Parlament beendet die DVU mit einem personellen Aderlaß ohnegleichen. 1991 war sie mit sechs Abgeordneten gestartet, nach den Austritten von Hans Altermann schon kurz nach der Wahl, Peter Nennstiel im Januar 1993 und Mitte Oktober 1993 Klaus Blome hat sich die DVU halbiert. Alle drei Ausgetretenen haben sich mittlerweile der National-Konservativen Gruppe (NK) angeschlossen. Die NK stand einige Zeit der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" des ehemaligen Republikaner-Europaparlamentariers Harald Neubauer nahe. Auch Hans Altermann tauchte in den Liga-Publikationen auf, doch mittlerweile ist dieser Kontakt abgerissen. Altermann ist im Juli 1993 aus der Liga ausgetreten.

Hans Altermann hatte nach vier Jahren Einzelkämpferdasein in der Bürgerschaft fest damit gerechnet, Fraktionsvorsitzender zu werden, und sah sich plötzlich durch ein geschickt eingefädelt Manöver der Münchner Parteiführung ausgebootet. Vorsitzende wurde Marion Blohm.

Es war vor allem der autoritäre Führungsstil des Kreises um die Fraktionsvorsitzende und die Verengung auf das Ausländer- und Asylthema, die den beiden Abgeordneten Blome und Nennstiel DVU-Partei und Fraktion verleidet haben. Peter Nennstiel hatte schon im Herbst 1992 angedroht, daß er die Fraktion verlassen werde, wenn sich der Stil der Reden nicht ändern werde. Nennstiel war Gründungsmitglied der Bremer DVU, er bezeichnet sich selbst als "gemäßigten Rechten". Hetzreden im Stile Weidenbachs und Blohms waren ihm nach seinen eigenen Aussagen zuwider. Im "taz"-Interview unmittelbar nach seinem Austritt sagte er: "Wenn da einmal eine Debatte über Asylproblematik gemacht wird, dann ist das in Ordnung, aber wenn jetzt bei jeder Sitzung nur immer auf dem Thema Asyl herumgeritten wird, dann verliert das an Glaubwürdigkeit."

Nennstiel wurde nach der Bekanntgabe seines Austritts von der DVU unter Druck gesetzt, doch er hielt stand, ganz im Gegenteil zu Klaus Blome. Blome hatte am 2. 6. dieses Jahres seinen Übertritt zu Altermann erklärt, nur um diesen politischen Kurzausflug schon nach drei Tagen wieder zu beenden. Die Münchner DVU-Zentrale hatte ihn massiv unter Druck gesetzt. Grund für seinen Übertritt war sicher auch das Fehlen jeder Gleichberechtigung, geschweige denn Demokratie innerhalb der Gruppe gewesen. Einerseits war Blome wie Nennstiel Gründungsmitglied und hatte sich im Wahlkampf engagiert, aber innerhalb der Gruppe hatten nur zwei das Sagen: Marion Blohm und Hans-Otto Weidenbach. "Ich habe kein Interesse, mich als Marionette verkaufen zu lassen", hatte Blome nach seinem ersten DVU-Austritt zur "taz" gesagt.

Unmittelbarer Auslöser des Übertritts war eine Rußland-Reise, an der die vier DVU-Gruppenmitglieder und der Bremerhavener DVU-Stadtrat Horst Maybauer teilnahmen. Die Reise ging nach Kaliningrad und Moskau, wo sich die Polittouristen auch mit Wladimir Schirinowskij trafen, dem Vorsitzender der nationalistischen Liberal-demokratischen Partei Rußlands. Schirinowskij hatte im Sommer 92 Deutschland besucht und einige DVU-Veranstaltungen bestritten. Bei einem ersten Gegenbesuch in Moskau überbrachte der Sohn Freys eine sechsstellige Summe zum Aufbau der Schirinowskij-Partei. Neben den politischen Terminen der Bremen/Bremerhavener Delegation gab es auch nette Abende im Kreis russischer Freunde. An einem dieser Abende kam es allerdings zum Raufhändel. Maybauer hatte im alkoholisierten Zustand damit geprotzt, er sei Mitglied der Leibstandarte Adolf Hitler gewesen. Das hatte Blome verärgert; er forderte Maybauer auf, mit diesen Geschichten aufzuhören. Schließlich sei man in einem Land, das von den Hitler-Truppen angegriffen worden sei. Doch Maybauer war nicht zu bremsen. Daraufhin ist es erst laut und dann handfest geworden. Blome selbst bestreitet diese Geschichte inzwischen, er hat sie unglücklicherweise selbst in Umlauf gebracht.

Kurz nach der Reise ist Blome ausgetreten. Doch der Druck Freys war groß, und die Angebote verlockend. Also schickte Blome am Tag nach seinem Übertritt ein Fax an den Bürgerschaftspräsidenten: "Mit sofortiger Wirkung und heutigem Datum schließe ich mich wieder der DVU-Gruppe in der Bremischen Bürgerschaft an." In einer Presseerklärung machte er seinen Übertritt zum "planmäßig geschürten Mißverständnis" "interessierter Kreise". "Der Versuch, mich durch Intrigen auszuschalten, ist damit gescheitert, ebenso die Hoffnungen des politischen Gegners, daß die Partei geschwächt werde."

Alle persönlichen Differenzen könne man problemlos ausräumen, hatte ihm damals Parteichef Frey versprochen. Außerdem, so Frey, solle Blome fortan eine größere Rolle innerhalb der DVU spielen. Als Bonbon durfte Blome vier Wochen in einem der Häuser Freys am bayrischen Pilsensee verbringen.

Aus der größeren Rolle wurde allerdings nicht viel: aus dem versprochenen Einsatz im Hamburger Bnrgerschaftswahlkampf so wenig wie aus Blomes Träumen, in anderen Landesverbänden als Statthalter eingesetzt zu werden. Blome war bis zu seinem Austritt stellvertretender Landesvorsitzender der Bremer DVU, hinter dem Münchner Eggers. Weidenbach war schon im vergangenen Jahr von Frey zum Landesvorsitzenden in Niedersachsen bestellt worden, und nach dem Auseinanderbrechen der Schleswig-Holsteinischen Landtagsfraktion auch als Landesvorsitzender in Kiel. Blome ging leer aus.

Dabei stand Blome nach dem Verlust seines Arbeitsplatzes enorm unter Druck. Nach seinen eigenen Angaben war das auch das Leitmotiv eines Gespräches mit Frey in dessen Münchner Büro kurz nach seinem Wiedereintritt. Er sei sehr beunruhigt über seine Zukunft, habe er Frey mehrmals gesagt. Doch der habe ihn immer wieder beschwichtigt: "Sie können sich darauf verlassen", habe Frey gesagt, "wir kommen wieder ins Parlament. Und wenn Sie sich loyal verhalten, werden Sie immer wieder als Kandidat aufgestellt." Blome habe auch in der Folgezeit immer wieder seine Zukunfts-

ängste geäußert. Aber trotzdem hätten sich alle Ideen aus München über seinen Einsatz als leere Versprechungen entpuppt. In seinem Urlaub habe er sich schließlich zum zweiten Übertritt entschlossen.

Blome begründet das mit dem Konflikt um die Prüfung der Fraktionsfinanzen: Er habe im April blanko unterschrieben, daß alle Fraktionsmittel ordnungsgemäß ausgegeben worden seien. Sven Eggers habe ihm damals gesagt, daß dieses Verfahren üblich sei. Dann habe sich aber die DVU-Führung gewiegert, dem Rechnungshof Einblick in die Akten zu gewähren, obwohl ihm das mehrfach zugesagt worden sei. Diesen Umgang mit den staatlichen Prüfern habe er nicht mehr mittragen können. - Sicherlich eine Flucht nach vorne, motiviert von der Angst, für die Unterschrift zur Verantwortung gezogen zu werden.

Mandats- erschleichung? Der Fall Marion Blohm

Im Januar 1993 machte die "taz" damit auf, daß Marion Blohm das Bürgerschaftsmandat möglicherweise aberkannt werden müsse, weil sie nicht die notwendige Voraussetzung erfüllt habe, um gewählt zu werden: den Wohnsitz im Lande Bremen seit mindestens drei Monaten. In DVU-Kreisen wurde als sicher erzählt, daß die Abgeordnete den Wohnsitz in Bremerhaven nur zum Schein genommen hatte, um den Bestimmungen des Wahlgesetzes Genüge zu tun. In Wahrheit aber habe sie weiterhin mit ihrem Ehemann im niedersächsischen Langen gewohnt.

Aufgrund der Zeitungsberichte erhob der Bürgerschaftspräsident Einspruch beim Wahlprüfungsgericht, und die Staatsanwaltschaft ermittelt seitdem wegen des Verdachts auf Wahlfälschung. Die strafrechtlichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen, aber im Juli tagte das Wahlprüfungsgericht, und es kam nach eintägiger Beratung zu dem Urteil: Die DVU-Abgeordnete hat ihr Mandat rechtswidrig erworben und muß die Bürgerschaft verlassen. Noch hat sie allerdings ihr Mandat noch inne, weil sie Beschwerde beim Staatsgerichtshof eingelegt hat, der bis heute (Okt. 93) noch nicht entschieden hat.

Das Urteil des Wahlprüfungsgerichts hatte in den Medien kein ungeteiltes Echo. Das Mandat wurde nicht wegen bewußter Täuschung mit einer Pro forma-Anmeldung aberkannt, sondern wegen eines antiquierten Paragraphen im bremischen Meldegesetz. Der besagt, daß der erste Wohnsitz bei Verheirateten automatisch dort ist, wo die Familie; und das ist in der Regel, wo der Ehemann lebt. Das heißt: Ein Ehepartner, der sich in seinem politischen Engagement im Konflikt mit dem anderen Ehepartner befindet, kann seinen ersten Wohnsitz wo auch immer anmelden. Wenn es bei der politischen Arbeit auf die Wohnsitzfrage ankommt, wie beim bremischen Wahlgesetz, bleibt er immer davon abhängig, wo der Rest der Familie wohnt, es sei denn, er erklärt die Trennung auf Dauer. Das genau hatte Marion Blohm nicht getan, auch nicht vor Gericht.

Die Frage der Trennung war das einzige, wofür sich das Wahlprüfungsgericht interessierte. Sämtliche Recherchen und Zeugenvernehmungen zur Frage, wo denn Marion Blohm tatsächlich gewohnt hat, waren nur Nebensache. So steht nach wie vor Aussage gegen Aussage: Auf der einen Seite Marion Blohm, ihre Familie und politischen Freunde, die Stein und Bein schwören,

daß die Abgeordnete lange vor der Wahl von Langen nach Bremerhaven gezogen sei. Auf der anderen Seite ehemalige politische Weggefährten, die glaubhaft versichern, Marion Blohm habe die Bremerhavener Adresse nur zum Schein und auf Druck der DVU-Zentrale angegeben. In Wahrheit habe sie weiter in Langen gewohnt. Nach Marion Blohms Aussagen sind dies nur Racheakte ehemaliger Mitglieder.

Hans Altermann gibt an, während des Wahlkampfes habe er Marion Blohm jeden dritten Tag in Langen besucht. Während des Bürgerchaftswahlkampfes hatten einige DVU-Aktivistinnen engen Kontakt zur Kandidatin Blohm. Schließlich verwaltete sie auch den Wahlkampfbus. Der stand in der Garage in Langen, "aus Sicherheitsgründen", wie Marion Blohm angibt. Innerhalb der DVU war bekannt, wie man Marion Blohm in Langen erreichen konnte. Eine Zeugin: "Das verabredete Zeichen fürs Telefon war dreimal klingeln lassen, dann auflegen, dann wieder anrufen. Dann war sie selbst dran."

Marion Blohm hatte allen Grund zur Vorsicht: Zum einen war ihr klar, daß ihre Angaben zum Wohnsitz möglicherweise vom Wahlleiter überprüft würden. Zum anderen aber stand sie unter enormem internen Druck. Mehrfach war sie vom Parteichef Frey ermahnt worden, "die Sache mit dem Wohnsitz" in Ordnung zu bringen. Der Kreisvorständler Klaus Müller habe, so Hans Altermann, mehrfach den Umzug nach Bremerhaven angemahnt, doch ohne Erfolg, so daß sich Müller an den Bundesvorstand wandte. Der reagierte: Frey persönlich schrieb einen Brief an Blohm und den Bremerhavener DVU-Kreisvorstand: Sie solle endlich umziehen, sonst, so drohte Frey, verliere sie ihr Mandat. Eine Kopie des Wahlgesetzes legte er bei. Frey drängte: Die Dreimonatsfrist war schon angelaufen und auf die Pro-forma-Anmeldung allein wollte er sich nicht verlassen. Dieser Brief von Frey schlummert noch in den DVU-Akten.

Über die vielen Einladungen gewundert: DVU in den Ausschüssen

Die DVU ist die faulste Fraktion, die die Bremische Bürgerschaft je gesehen hat. Über ihre Arbeitsverweigerung in Ausschüssen und Deputationen (in Bremen Ausschüsse mit Regierungsvorsitz) hat die erste Bilanz vor einem Jahr berichtet. Die DVU versteht die Bürgerschaft weiterhin als Bühne für Reden zum Fenster hinaus (über den Hörfunk); mit der Arbeit an Sachfragen hat sie nichts im Sinn.

Die Kritik, nicht in den Parlamentsausschüssen und Deputationen zu arbeiten, hat die DVU getroffen. Daß ihre Sitze oft leer bleiben, daß sie fast immer schweigen, wenn sie mal erscheinen: das sei Absicht und besonders demokratisch. Das hat Hans-Otto Weidenbach in der Bremer Fernsehsendung "Swutsch" gesagt und später in der Bürgerschaft wiederholt: "Darüber hinaus dürfen Sie sicher sein, das Bemühen der Altparteien, wichtige Anliegen unseres Volkes in irgendwelche Ausschüsse und Deputationen abzuschieben, wobei dann die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, machen wir von der DVU nicht mit." (Protokolle der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft, 1358; im folgenden nur mit Seitenzahl zitiert). Im Klartext: Wo gearbeitet wird, daran hat die DVU kein Interesse.

Die Beteiligung der DVU-Deputierten ist von einigen Ausnahmen abgesehen dürftig, und wenn sie anwesend sind, sind sie nur selten vorbereitet. Und

wenn sie vorbereitet sind, können sie noch seltener eine sachlich fundierte Meinung äußern. Auch wenn sie es im Einzelfall wollten, wie sollten sie es können? Weder hat die DVU Beziehungen zu gesellschaftlichen Bewegungen, die Kenntnisse zur Verfügung stellen könnten, noch hat sie einen eigenen Fraktionsapparat dafür aufgebaut. Das hat sie vielmehr ausdrücklich nicht gewollt.

Die Aussagen von Klaus Blome werfen ein Licht auf den Umgang der DVU mit der Parlamentsarbeit. Als die DVU ihren Fraktionsstatus verlor, kam es zu Änderungen in der Ausschußverteilung und -besetzung. Dabei gab Hans-Otto Weidenbach alle Sitze bis auf die Kulturdeputation ab, den größten Teil mußte Blome übernehmen: "Marion Blohm hat beim Bürgerschaftspräsidenten die Liste eingereicht, wer jetzt welchen Ausschuß und welche Deputation macht." In der Fraktion sei das nie diskutiert worden. "Ich habe immer nur die Einladungen bekommen. Ich wußte gar nicht, wo ich Mitglied war und wo Stellvertreter." Er habe gar nicht zu allen Sitzungen gehen können, selbst wenn er gewollt hätte.

Ein paar Schlaglichter auf die Tätigkeit der DVU in den Ausschüssen: In der Finanzdeputation und damit auch im Haushaltsausschuß war die DVU durch Klaus Blome vertreten. Der kam sporadisch, zu den Haushaltsberatungen erst gar nicht. Die Anträge zum Haushalt werden dann wohl wieder per Fax aus München kommen. Ebenso selten war Blome in den Deputationen für Häfen, Schifffahrt und Außenhandel und für Wirtschaft. Im Datenschutzausschuß war er noch nie, ebenso wenig wie im nichtständigen Ausschuß zur Reform der Landesverfassung. Einen Antrag hat auch seine Stellvertreterin Frau Budina bei ihrem einzigen Auftritt nicht gestellt. Als der Bericht des Ausschusses aber im Plenum debattiert wurde, hat die Abgeordnete eine juristische Stellungnahme vorgelesen, in München aufgeschrieben, von der sie selbst kein Wort verstanden hat.

Im Parlamentsausschuß "Ausländerintegration" ist die Abgeordnete Blohm fast nie gewesen, im Ausschuß für Bundes- und Europa-Angelegenheiten überhaupt nie. Ein starker Gegensatz zu dem demagogischen Getöse der DVU in diesen Fragen. In der Wissenschaftsdeputation hat Elfriede Budina die Nachfolge von Vorsatz angetreten. Sie schließt sich in der Regel stumm der CDU an. Was sollte sie auch anders tun, ohne jede fachliche Zuarbeit aus einer Fraktion, die nicht einmal ein eigenes Büro unterhalten will und jede sachliche Äußerung als "Verrat" ansieht? So werden neue Abgeordnete wie Elfriede Budina der Kritik ausgeliefert.

Die Deputierten, die nicht Bürgerschaftsabgeordnete sind, sondern als "sachkundige Bürger" von der DVU-Fraktion entsandt sind, sind in ihrer Deputation öfter anwesend, beteiligen sich an der Sacharbeit aber ebenso wenig. Das gilt für Herrn Lütjen (Bau), Herrn von Seggern (Sport) wie Frau Weidenbach (Soziales), die allerdings für ihre Deputiertenbezüge sehr, sehr selten in die Sitzungen kommt.

Die öffentliche Rede im Parlament

Den größten Teil ihrer Energie richtet die DVU auf die Reden im Plenum der Bürgerschaft. Landes- oder Kommunalpolitik allerdings kommen bei ihr so gut wie nicht vor. Sie schweigt immer dann, wenn es darum geht, ein

konkretes Problem zu bereden, und sie kommt immer dann in Fahrt, wenn es um die "Wahrung deutscher Interessen", den Vertrag von Maastricht, sowieso den Themenkomplex Asyl/Multikulturelle Gesellschaft oder, am liebsten, um sie selbst geht.

Es ist dieses sehr enge Themenspektrum, auf das sämtliche Reden zugespielt werden. Darüber hinaus wissen die DVU-Redner nichts zu sagen. Verkehrspolitik, Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik - Fehlzanzeige. Nach wie vor kennt die DVU vor allem ein Thema, egal zu welchem Anlaß geredet wird: In der Debatte zum Sanierungsprogramm für das Land Bremen kritisierte Marion Blohm, daß 60.000 Deutsche Sozialhilfe bekämen, während "80 Millionen Mark für Nichtdeutsche und Überfremdungszwecke" aufgewendet würden. Ihr Vorschlag: "Die Scheinasylanten auf Diät setzen". Mehr hatte die DVU zum Sanierungsprogramm und zur Zukunft des Landes nicht zu sagen.

Die tödlichen Anschläge auf Ausländer änderten kaum etwas an der Sprache in den Reden, wenn die DVU-Abgeordneten immer wieder auf das Thema Asyl kamen. Nach Aussage von Klaus Blome hatte es innerhalb der DVU nach Mölln die Order gegeben, vorerst "eine weiche Welle" einzulegen. Blome: "Dann gab es aber ganz schnell wieder diesen verhetzenden Ton." Ein Beispiel dafür lieferte Marion Blohm: "Gleichzeitig aber kassieren modisch gekleidete, vom Urlaub in der angeblichen Verfolgerheimat braungebrannte Asyl lumpen bei zwei, fünf oder sogar zehn Sozialämtern ab." (1346) Der amtierende Parlamentspräsident Nölle (CDU) brauchte in dieser Szene erst eine Aufforderung der Grünen Karoline Linnert, bis er die Tirade Marion Blohms halbherzig rügte: Sie solle sich "einer gepflegten Sprache in diesem Hause" befleißigen.

Mit großer Freude zitierten DVU-Abgeordnete Mitglieder anderer Parteien als Kronzeugen für ihre Auffassung der Asylpolitik, am liebsten Sozialdemokraten: Heinz Kühn, Friedhelm Farthmann, Georg Kronawitter. Nach wie vor galt dabei die rhetorische Linie: Nichts gegen die "anständigen Ausländer", aber "man soll die Scheinasylanten an Kopf und Kragen packen und dann hinauswerfen", wird Farthmann genüßlich zitiert.

Das zweite große Thema, das sich aus der Asyldebatte und der Ausländerfeindlichkeit entwickelte, war die Gewalt - die Gewalt gegen Ausländer und die alltägliche Gewalt in der Gesellschaft. Nach den Anschlägen auf das Asylbewerberheim in Rostock trat die DVU-Fraktion geradezu mit geschwellter Brust und rotzfroh vor die Bürgerschaft; sie spürte offensichtlich Rückenwind. Erst als nach den weiteren tödlichen Anschlägen auf Ausländer die demokratischen Organisationen und die Menschen selbst sich in vielfältiger Form zu Wort meldeten, in eindrucksvollen Aktionen wie den Lichterketten, geriet die DVU in der Öffentlichkeit unter starken Rechtfertigungsdruck. Der Zusammenhang zwischen den Parolen der Brandsetzer und denen der DVU im Parlament war zu offensichtlich.

Seit Anfang 1993 startete die DVU den breit angelegten Versuch, sich von den Angriffen zu entlasten, den Begriff der "rechtsextremen Gewalt" wieder aus der Welt zu schaffen und die Verantwortung auf den politischen

Opfer werden zu Tätern gemacht. Und umgekehrt

Gegner umzulenken. Der erste Schritt: Die Gewalttäter aus dem politischen Zusammenhang herauszulösen. Weidenbach: Es habe sich um "Exzeßstaten unpolitischer Randalierer, Rauschtäter oder sogar von Medien engagierter und bezahlter Jugendlicher" gehandelt. (2030) Also eher eine Inszenierung zur Verleumdung der DVU. Zweitens: Die Opfer seien vielleicht auch selber schuld; viele Anschläge würden gerade von Ausländern verübt, das nennt die DVU "inländerfeindliche Gewaltakte". "Gewalt produziert oft weitere Gewalt. Daß der türkische Vater des bei dem furchtbaren Verbrechen von Mölln ums Leben gekommenen Mädchens (...) wegen Förderung der Prostitution, räuberischer Erpressung und schwerer Körperverletzung rechtskräftig vorbestraft ist, (...) gehört zu den Tatsachen, die von Medien und maßgeblichen Politikern etablierter Parteien vielfach verschwiegen werden." (2031) Merke: Kein Wunder, daß so einem die Bude angesteckt wird.

Drittens: Das eigentliche Opfer der erhöhten Gewaltbereitschaft ist: die DVU. Weidenbachs Rede zu Mölln (!) gipfelte in dem Satz: "Wollen Sie etwa durch verleumderische Falschbehauptungen verantworten, daß Gewalttäter aufgestachelt werden und Kinder von DVU-Mitgliedern Opfer der Flammen werden?" (1579) Und viertens und vor allem hat die DVU eine Reihe von Gewalt-Debatten (mit-)inszeniert: "Gewalt in den Medien", "Gewalt gegen Frauen", "Gewalt an Schulen", "Absage an Behindertenfeindlichkeit". Diese Debatten gingen immer so: In der Gesellschaft ist die Gewaltbereitschaft und die Gewalt selbst gestiegen; ein Schreckensszenario wird gezeichnet. Das sei, so die DVU, Ergebnis der Untergrabung der traditionellen Werte durch die etablierten Parteien vor allem der Linken; das ist Ergebnis "amerikanischer Kultur", der Politik der "multikulturellen Gesellschaft". "Es gibt eine politische Urheberschaft etablierter Parteien und politisch Herrschender für ein erschreckend steigendes Klima der Gewalt in diesem Lande." (2070)

So bringt die DVU es fertig, in den Debatten über die Anschläge von Mölln und Solingen als Konsequenz bei der Abschaffung des Asylrechtes (2031) und der Bestrafung der "Etablierten" zu landen. Weidenbach: "Staat und Polizei sind aufgefordert, gegen Gewalttäter und geistige Veranlasser aus den Altparteien mit der ganzen Härte des Gesetzes vorzugehen." (1578) Die letzte Konsequenz: Mölln als Anlaß, die Wiedereinführung der Todesstrafe zu fordern. Die Widersprüche, Unsicherheiten und Brüche unserer Gesellschaft werden denjenigen angelastet, die zu dieser Gesellschaft stehen und meinen, daß ihre Konflikte geregelt und ausgehalten werden müssen. Die DVU verspricht wie schon einmal die radikale Rechte, man könne diese Widersprüche und Unsicherheiten durch Gewalt beseitigen - wie etwa den Drogenmißbrauch durch zwangsweise durchgeführte Therapien in geschlossenen Anstalten. (1240)

Zu erwarten ist, daß die DVU die Debatten über die Gewalt von rechts weiter einreihen wird in die Auseinandersetzung über "Innere Sicherheit". Und mit der Rhetorik gegen liberalen Strafvollzug, für harte Strafen und mehr Polizeipräsenz befindet sie sich dann in der Gesellschaft beispielsweise der CDU, die nur allergrößte Mühe hat, sich bei dem Thema inhaltlich abzugrenzen, weil auch sie immer wieder der Versuchung erliegt, Gewalt in der Gesellschaft als Verantwortung der Regierung darzustellen. Hierher gehört auch das Thema Drogen, bei dem die DVU ganz auf der Linie der

CDU liegt, wenn sie das hohe Lied der Kleinfamilie singt, die zerbrochen (worden) sei und ihre Kinder der Sucht überlassen habe. Da klingt Marion Blohm wie die Kabarettversion der CDU-Abgeordneten Motschmann: "Diese bedauernswerten jungen Leute haben sich alles nehmen lassen, was ein Leben überhöhen kann, den Glauben, die Liebe zu Vater und Mutter und die Liebe zu Volk und Vaterland und auch in der Ehe." (1483)

Mit der offenen und untergründigen, immer aber verletzenden und aufstachelnden Hetzrede gegen die Asylsuchenden setzt die radikale Rechte bei dem Gefühl der Unsicherheit vieler Menschen an. Es ist eben nicht absehbar, ob der (für viele mehr als relative) Reichtum unserer Gesellschaft auf Dauer sein wird. Die Denkfigur ist so einfach wie gefährlich: Wenn es die Asylsuchenden (und die Ausländer) nicht mehr gibt, können wir wieder sicher sein. Die DVU vertritt wie die Rechte gegenwärtig insgesamt eher einen aggressiven Nationalismus der Besitzstandsverteidigung, einen Nationalismus, der andere ausschließen und draußen halten will.

Der traditionelle deutsche Nationalismus, der Grenzen revidieren und expandieren will, spielt demgegenüber zur Zeit nur eine geringe Rolle. Dennoch ist unübersehbar, daß die DVU mit einer Reihe von Anträgen versucht hat, die CDU/CSU am rechten Rand zu beerben mit der Forderung, die Frage der deutschen Grenzen offen zu halten. So stellte sie einen Antrag, im Grundgesetz müsse der Geltungsbereich für den "deutschen Osten" offengehalten werden, trat mit dem Antrag "Hilfe für Kaliningrad" unvorholbar für eine massive deutsche Wiederbesiedlung dieses Gebietes ein und forderte in einer Entschliebung, es müsse Schluß gemacht werden mit dem "Bußen für Hitler" (1371).

Reden über sich selbst

Am liebsten versucht die DVU, den Vorwurf, sie hätte mit ihrer Propaganda die Gewalttaten provoziert, umzudrehen und sich selbst zum Opfer des Terrors zu machen. Nahezu jede Kritik, gerade wenn und weil sie einhellig von allen anderen Parteien kommt, versucht sie rhetorisch in eine Hetzkampagne gegen sich selbst umzudefinieren. Es gehört offensichtlich zum Kern dieser Partei und ihrer Wirkung auf Wähler, den Geruch von "Schlecht-Behandelten und Zu-kurz-Gekommenen" zu verbreiten.

Beispiel dafür war die Debatte um die "Machenschaften des Präsidenten" (gemeint war der Präsident der Bremischen Bürgerschaft). Die DVU gefällt sich nach wie vor in der Pose der verfolgten Unschuld. Ihre Redner würden ständig gerügt, Zwischenrufe gegen sie nie, das war der Vorwurf ans Bürgerschaftspräsidium. Und damit reproduzierte die DVU ein Propagandamuster, das sie schon im ersten Jahr in der Bürgerschaft weidlich benutzt hat und das sinngemäß so geht: "Wir hier unten gegen die da oben. Wir reden für die kleinen Leute 'ungeschminkt, klar und unmißverständlich' (1536) gegen die etablierten Politiker da oben, die ständig versuchen, uns deshalb zu 'Abgeordneten zweiter Klasse' zu machen und unsere Wähler zu Wählern minderen Rechts." Die "Etablierten" seien es, die sich von ihren politischen Wurzeln entfernt hätten, die DVU dagegen bewahre das politische Erbe "der einstigen SPD unter Dr. Kurt Schumacher, der früheren CDU und CSU etwa unter Professor Erhard und Dr. Schäffer, der damaligen FDP unter Dr. Mende." (1537) Auch die Studie der Grünen Fraktion über

die DVU im ersten Jahr wurde von Weidenbach in einer Fernsehdebatte als Verleumdung bezeichnet, im gleichen Atemzug aber in wichtigen Teilen bestätigt, was etwa die Nichtarbeit in den Parlamentsausschüssen betraf.

Bei aller verständlichen, auch immer wieder in Zwischenrufen geäußerten Empörung der Parlamentarier über das Auftreten der DVU hat die Bürgerschaft jedoch ganz im Gegensatz zu den Behauptungen der DVU deren parlamentarische Rechte in keiner Weise beschnitten. Sie hat auch die vielen sich wiederholenden Anträge der DVU nicht etwa wie der Landtag in Kiel in "Sammeldebatten" abgefertigt, sondern immer eine sachbezogene Debatte geführt, wenn auch häufig mit verkürzter Redezeit, um die Arbeitsfähigkeit der Bürgerschaft zu erhalten. Jede Ungleichbehandlung der DVU würde auch nur von der Rechten genutzt werden, um bei ihren Wählern die Stimmung zu schüren, sie und ihre Stimme und ihre Partei würden als "zweite Klasse" behandelt.

An den Schwierigkeiten der Bremer Bürgerschaftsfraktionen beim Umgang mit der DVU hat sich seit dem letzten Jahr wenig geändert. Nach wie vor versucht die CDU inhaltliche Nähe in etlichen Punkten durch zur Schau gestellte kulturelle Distanz und intellektuellen Dünkel wettzumachen. Garniert wird diese Politik durch gelegentliche Verbotsforderungen gegenüber der DVU (Bernd Neumann) oder den ganz tiefen Griff in die politische Mottenkiste. Ihren spektakulärsten Beitrag in der Auseinandersetzung mit der DVU hat die CDU mit der Debatte um den Radikalenerlaß geleistet - mit geringem Erfolg. Als ihr Antrag, den Radikalenerlaß wiederzuleben und ihn verschärft auf Rechte anzuwenden, in der Bürgerschaft debattiert wurde, da sprachen die Koalitionsparteien deutlich dagegen. Seitdem redet kein Mensch mehr von Radikalenerlaß oder Verbot. So ganz ernst kann es den Christdemokraten damit auch nicht gewesen sein. Hauptsache, die Entschlossenheit wurde wenigstens symbolisiert.

Nach wie vor hat die SPD die größten Schwierigkeiten, eine angemessene Antwort auf die Herausforderung DVU zu finden. Daß es in großem Ausmaß ehemals sozialdemokratische Wähler waren, die der DVU den Einzug in die Bürgerschaft ermöglicht haben - von diesem Schock hat sich die SPD immer noch nicht erholt. Und wie im ersten Jahr ist das ein Punkt, auf dem die DVU gerne herumreitet, insbesondere dann, wenn sie Aussagen von Sozialdemokraten findet, die ihrer Auffassung von Asylpolitik entsprechen. Die DVU ist die bessere SPD, das versucht sie zu suggerieren, sie bewahrt das Erbe Kurt Schumachers. Und sie gibt auch gerne mal einen Tip. Marion Blohm: "Die APO-Opas haben der SPD Ohrpax in die Gehörwindungen gesteckt. Deshalb hören weite Teile der Sozialdemokraten nicht mehr, was das Volk, was die Arbeiterschaft sagt und denkt. Befreien Sie sich vom Politgeschwür der sogenannten Neunzehnhundertachtundsechziger!" (1982) Keine andere Partei wird so von der DVU angesprochen.

Im Augenblick zeichnet sich eine Offensive der Sozialdemokraten "gegen Rechts" ab, mit allem drum und dran: Das geht von Symboldebatten für das Verbot der Reichskriegsflagge bis hin zu rhetorischem Aktivismus, man müsse jetzt aber viel viel mehr für die Stadtteile mit hohem DVU-Wähleranteil tun.

Der Umgang mit der DVU

Die FDP kümmert sich nur am Rande um die parlamentarische Rechte und steigt nur dann in eine Debatte ein, wenn die DVU den Anlaß zur gesellschaftsliberalen Profilierung bietet. Sie konkurriert nicht um dieselben Wählerschichten, ihr Klientel ist nur mäßig beunruhigt durch das Auftreten der DVU. Es ist den FDP-Abgeordneten nicht immer gelungen, ihre liberale Linie angesichts der Provokationen der DVU zu wahren; das zeigte etwa der Zwischenruf von Magnus Buhler: "Keine Toleranz für Intoleranz!" (1534)

Die Grünen blieben auch im vergangenen Jahr der Linie treu, die Auseinandersetzung mit der DVU in der Sache zu suchen, so abstrus sie auch oft war, und sie auch an ihren eigenen Versprechen und Behauptungen zu messen. Das ist und war die Linie, die die DVU bislang in die größten Beweisnöte gebracht hat. Außerdem ist es erheblich dieser Linie zu verdanken, daß sich die Widersprüche innerhalb der DVU stetig verschärft haben. Aber wieviel davon bei den Wählern angekommen ist, bleibt fraglich.

Im zweiten Jahr der Legislaturperiode gab es einen Fall von inhaltlicher Nähe zwischen der DVU und Teilen der Grünen Partei, was bei den Grünen zu erheblichen Irritationen geführt hat, die sich aber weitgehend in internen Zirkeln abspielten. Wie viele Grüne wettete die DVU gegen den Einsatz von deutschen Soldaten im Ausland (Weidenbach: "Kein neues Blutvergießen deutscher Soldaten für kriegerische und für fremde Interessen!") und gegen den "US-Kapitalismus, der in den letzten 100 Jahren offenbar immer wieder den Krieg brauchte, um seine Wirtschaft zu beleben" (2089). Manchmal allerdings sind die Ähnlichkeiten nur oberflächlich und auf den ersten Blick, zum Beispiel als sich in der Debatte um Kurdistan der DVU-Abgeordnete Blome wunderte, "daß sich die Grünen für die Parole 'Kurdistan den Kurden' begeistern können, während sie die Welt zusammenbrechen sehen, wenn die DVU im Einklang mit der deutschen Volksmehrheit meint, daß Deutschland in erster Linie das Land der Deutschen bleiben möge." (2177)

Daß es ein führender Staatsrechtler der Bundesrepublik war, der über Jahrzehnte die DVU in Rechtsfragen beraten hat, hat die Öffentlichkeit aufgeschreckt. Ein selbstkritischer Blick in die Reden der DVU hätte schon länger zeigen können, wie fließend die Grenzen zwischen der DVU und den anderen Parteien zuweilen sind - bei aller Differenz im Grundsätzlichen.

Ein besonderes Problem ergibt sich für die politische Auseinandersetzung mit der DVU im Parlament durch die Tatsache der Koalitionsregierung. Manche Themen können durch Grüne oder SPD offensichtlich nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt werden, weil es schwer fällt, einen Koalitionskonsens herzustellen. Dadurch kommt die DVU in die Lage, Themen zu auf die Tagesordnung zu bringen, wie etwa die Frage der Blauhelmeinsätze oder die Frage von Armut und Sozialabbau. Nach den Erfahrungen der ersten zwei Jahre sollte sich die Ampelkoalition die Frage stellen, ob sie gut beraten ist, nur solche Fragen zur Debatte auf die Tagesordnung zu bringen, in denen schon Konsens herrscht. Das Parlament hat nicht nur die Funktion der Beratung und Beschlußfassung, sondern auch die Aufgabe der öffentlichen politischen Debatte. Mehr Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Ampelfraktionen würden die Möglichkeiten der DVU weiter einengen und ihre Selbstdarstellung als Opposition endgültig zerplatzen lassen.

Die Bedeutung der Medien

Ebenfalls wenig geändert hat sich am Umgang der Öffentlichkeit mit der DVU. Recherche und Berichterstattung sind leider nach wie vor Minderheitenprogramm. Die Motive dafür sind ernst zu nehmen und ehrenwert; nach wie vor gibt es die Furcht, die DVU durch Berichterstattung "hof-fähig" zu machen. Über das Für und Wider dieser Position wird unter den Medienleuten immer wieder diskutiert. Wir sind anderer Auffassung. Hans Altermann hatte als Einzelkämpfer im Parlament keine Presse. Doch nach vier Jahren Strategie des Totschweigens ist die DVU in Fraktionsstärke in die Bürgerschaft eingezogen.

Die großen Bremer Medien haben bestenfalls zum Thema gemacht, was denn seit der Wahl in den Stadtteilen mit hohem DVU-Stimmenanteil passiert ist - herzlich wenig, insbesondere gemessen an den vollmundigen Erklärungen nach dem Schock der Wahlnacht. Recherchen und Berichterstattung über die DVU selbst werden nur geleistet, wenn es sich absolut nicht vermeiden läßt, wie beim Wahlprüfungsverfahren gegen Marion Blohm.

So ein Umgang der Medien mit der DVU ist die Katzentisch-Politik mit anderen Mitteln. Es scheint sich nichts geändert zu haben seit den Zeiten, als sich Hans Altermann in die Buten&Binnen-Wahldiskussion hineingeklagt hatte, um dann am Nebentisch plaziert zu werden. Im Gegenteil: Die hysterische Absage der Parteidiskussion im Vorfeld der Hamburg-Wahl, weil sich die DVU in die Sendung eingeklagt hatte, läßt Schlimmeres vermuten. Die Grünen loben in Hamburg die Fünf-Prozent-Hürde, die vor ein paar Jahren noch ein undemokratisches Relikt war, und schon jetzt wird in den Fernsehanstalten gegrübelt, wie "die Rechten" im Superwahljahr 1994 vom Bildschirm fernzuhalten seien. Wenn die Frage so behandelt wird und nicht als Rückzug *aller* Parteien aus ihren Privilegien, dann wird dies eine prächtige Vorlage für die DVU, ihre Tiraden gegen das Kartell der Etablierten an den Wähler zu bringen.

Im Zeitalter des großen Unbehagens gegenüber dem politischen System gilt der Satz: No news is good news. Politik muß sich heute rechtfertigen und steht unter der hochkritischen Beobachtung der versammelten Journalistenschar. Es scheint, als käme dabei keine Partei so gut weg wie die DVU. Weil die Medienleute sowieso nichts von ihr erwarten, kann sie fast ungestört von kritischer Berichterstattung tun und lassen, was sie will. Ihre Wähler werden davon weitgehend verschont. Dazu kommt natürlich der Teil der Presse, der ohnehin mit Gedanken der DVU sympathisiert.

Wie hätten die Bremer Medien reagiert, wenn eine andere Fraktion mit Sicherheitszuschlägen so unbekümmert in die Staatskasse gegriffen hätte? Und wie hätten die Medien reagiert, wenn beispielsweise Herr Scharping dem einen Teil der SPD-Fraktion Geld angeboten hätte, damit der gegen den anderen Teil abstimmt? Genau das ist in der DVU passiert.

Parlamentsdebatten haben ein relativ bescheidenes Echo in der Bevölkerung. In der Auseinandersetzung mit der radikalen Rechten haben die Medien die Schlüsselrolle.

Dipl. Phil. Bernd Wittich

Hochdorferstr. 2
67127 Rödersheim-Gronau
Tel. 06231-1256
Fax. 06231-3239
btX. *062313239#

Analysen, Literaturrecherche, Vorträge, Seminare, Moderation, Kontaktvermittlung
Forschung zur politischen Kultur der DDR an der Universität Mannheim
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Arbeitsbereich IV: Geschichte der DDR
Mitglied der Redaktion der Zeitschrift 1989: im Luchter-Verlag

Dienstadtadresse: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Arbeitsbereich IV, Steubenstraße 46, 68131 Mannheim

Einige einführende Überlegungen zur antifaschistischen Bildungsarbeit

Warum genügt es uns nicht von demokratischer Bildungsarbeit zu sprechen?

Ist es das Bild, die Erfahrung mit und in der Demokratie die das Antifaschistische als die Demokratie ergänzend oder vollendend erscheinen läßt?

Oder meint antifaschistisch-demokratisch etwas anderes als Demokratie? Ist es legitim, wenn AntifaschistInnen sich als das demokratische Gewissen der Gesellschaft darstellen?

"Gegen Vergessen - Für Demokratie" als Leitsatz von politischer Bildungsarbeit unter Berufung auf die historischen Erfahrungen mit Antifaschismus und Faschismus muß Auswirkungen auf die Methoden und die Inhalte solcher Bildungsarbeit haben.

Kann Bildungsarbeit dem Anspruch erzieherisch zu wirken enttaten? Ist Antifaschismus Moral und Politik, Verstand und Gefühl fordernd, so werden die antifaschistischen Botschaften notwendig ambivalent sein.

Es gilt an Vergangenes, an Opfer, Kämpfer und Täter zu erinnern.

Genau besehen, kann sich jedoch nur der Zeitzeuge erinnern. Wir - die Nachgeborenen - müssen die Bedeutung und Deutung von Vergangenen für Heutiges erkunden. Unsere Fragen müssen nicht die der voraus- oder vorangegangenen Geschlechter sein. Um neue Antworten zu finden, ist es notwendig klare Fragen an die Vergangenheit zu stellen. Aber die historische Reflexion (und die historische Bildung) wird die philosophische, die sozialökonomische, die soziologische und die psychologische Dimensionen benötigen. Antifaschistische Bildungsarbeit wird auch handlungsorientierter Formen für das Einüben von gewaltfreien und toleranten Handeln benötigen.

Was war Faschismus - was kann heute als faschistisch gelten?
Wer war ein Faschist, wie wurde man Faschist?

Können oder müssen Faschisten zu Antifaschisten umerzogen werden?

Was war Antifaschismus, wer waren Antifaschiste? Was erreichte der Antifaschismus?

Mir scheint, ohne Selbstreflexion, Distanz zu sich selbst kann Antifaschismus sich nicht gesund entwickeln.

Ist es überhaupt korrekt von einem Antifaschismus zu sprechen, oder gab es nicht zahlreiche Antifaschismen? Aber, wenn Antifaschismus eine "Bündniskategorie", eine "Konsensformel", verbietet sich dann nicht die plurale Sicht?

Was bedeutet die Politik der Antithese für die Befestigung der Feindbilder, für die möglichen Blockaden des politischen Denkens?

Und- was sind realistische Ziele antifaschistischen Denkens- und Handelns?

Ist der Anspruch des Buchenwaldschwurs, den Faschismus mit der Wurzel für immer auszurotten realistisch?

Literaturempfehlungen:

Faller, Kurt; Wittich, Bernd: Abschied vom Antifaschismus, Frankfurt/Oder 1994, ca. 300 S., Frankfurter Oder Editionen

Krahulec, Peter; Schopf, Roland; Wolf, Siegfried: Buchenwald - Weimar April 1945. Wann lernt der Mensch? Ein Grundlagenbuch für Gruppenarbeit und Selbststudium, Münster/Hamburg 1994, 316 S., LIT Verlag

Niethammer, Lutz (Hrsg.): Der gesäuberte Antifaschismus, Berlin 1994, Akademie Verlag

ideen-Redaktion (Hrsg.): Wer sich des Vergangenen nicht erinnert..., Göttingen 1993, 91 S., Lamuv

Im folgenden drei Texte:

1. Moralische und wissenschaftliche Konflikte mit einem Tabubruch - Widerstand und "Kollaboration" im KZ
2. Zur antifaschistischen Geschichtspolitik in der SBZ/DDR
3. Dokumentation: Ein Protokollauszug - War die kommunistische Lagerpolitik im KZ-Buchenwald richtig?

1. Der Wissenschaftler und der "Zeitgeist" - Forschen, Lehren und Gewissen

Ich kann als Sozialwissenschaftler, der einen historischen Gegenstand bearbeitet, das Geschehene nicht ungeschehen machen. Aber ich entscheide mich für Forschungsmethoden und mit ihnen und entlang meiner erkenntnisleitenden Interessen

für eine bestimmte Auswahl und Konstruktion des historischen Materials. Die Transparenz des Denkens beginnt bei der Offenlegung der Fragen und der damit verbundenen Absichten.

Allerdings kann ich nur begrenzt die politische Ausbeutung meiner Erkenntnisse und der erschlossenen Quellen in der Öffentlichkeit beeinflussen.

Welche Interessen verfolge ich? Welche Fragen stelle ich mir? Welcher Methoden bediene ich mich zu ihrer Beantwortung?

Das vom politisch-ideologischen Antifaschismus gezeichnete Bild vom Antifaschismus bedingt, daß die Realgeschichte des Antifaschismus nicht für das gezeichnete Bild allein sprechen kann. Gegenwärtig hegemoniale politische Interessen versuchen, die Geschichte "für sich" sprechen zu lassen, aber die Geschichte des Antifaschismus, seine Realgeschichte und seine Ideologiegeschichte, muß für etwas Anderes als das Gewesene und das Seiende zum Sprechen gebracht werden. Ich frage, was muß vermieden werden, um nicht in einen neuen Faschismus abzugleiten, was kann getan werden, um nicht wieder im Stalinismus anzukommen? Wie kann aus unserer deformierten Welt mit deformierten Menschen und blockierten Gedanken und Gefühlen Zukunft und Lebensfähigkeit hervorgehen? Noch gründet jede bestehende politische Ordnung auf der Todesandrohung gegenüber ihren Mitgliedern. Wir wissen und haben Teil an der Definition der Bedingungen, unter denen unsere Soldaten, Polizisten, Geheimpolizisten, Verwaltungsbeamten oder Verkehrsteilnehmer im höheren gemeinschaftlichen Interesse das Risiko des Tötens und Getötetwerdens eingehen. Unser Staat als eine wesentliche Institution des gesellschaftlichen Zusammenhalts beruht auf dieser Tatsache, die wir Verdrängen und die wir zwar angesichts der Überreste eines KZ nicht leugnen können und doch gerade an diesem Ort um so leichter aus unserer Wirklichkeit verbannen.

Eine Analyse der Vergangenheit unter dem Gesichtspunkt von Geschichtspolitik wird also erhellen müssen, wer die leitenden Fragestellungen definiert hat, wer auf diese Fragen geantwortet hat, wie diese Antworten von wem rezipiert wurden, welche politische und individuelle Nutzenanwendung erfolgte. Von beachtlichem Wert wird es sein, gründlich zu bedenken, welche Fragen an die Historie nicht gestellt wurden, welche Fragen bekämpft oder tabuisiert wurden. Untersuchungen über Geschichtspolitik werden übergreifend nach der sozio-kulturellen Funktion von Tabus zu fragen haben. Zu vermuten ist, daß relativ stabile Identitäten der Tabus bedürfen bzw. solche produzieren. Die politische dualistische Verwertung ambivalenter Überlieferungen und Erfahrungen benötigt die Tabusetzung. "Glasnost" ist keine Norm zur Aufrechterhaltung von Herrschaft.

Immer gehört zum lernenden Umgang mit Geschichte, sich die eigenen Fragen bewußt zu machen und fremden Fragen nicht auszuweichen. Aber es muß auch geprüft werden, ob diese Fragen mit einer begründbaren Aussicht auf Antwortfindung an

den verfügbaren historischen Stoff gestellt werden können. Mir scheint, schnell gerinnen einfache Analogieschlüsse zu Lehren, schnell verwandeln sich die Erfahrungen mit dem Faschismus in seiner Epoche in spiegelbildliche Umkehrschlüsse und beherrschende Sichtweisen. An herausragender Stelle sei hier die aus dem Kampf gegen den Faschismus folgende Lehre genannt, nach der angeblich die politisch-organisatorische und ideelle Einheit der Arbeiterbewegung die entscheidende Vorsorgemaßnahme gegen die Wiederholung von totalitärer Gewalt sei. Mit dieser Lehre werden die Überreste der Arbeiterbewegung in der SBZ/DDR in die geschlossene Vorstellungswelt des Marxismus-Leninismus stalinischer Prägung getrieben, um sich dann gehorsam oder unterstützend im ummauerten Inselchen einzurichten, gewissermaßen als Selbstgefängengabe und -gefängennahme. Insassen und Personal unterscheiden sich in der Institution DDR nur noch graduell. (Wittich 1992,*3748)

Die Analyse des Nachkriegsantifaschismus (Hierin besteht seine wesentliche Qualität, nämlich Nachkriegsantifaschismus und weniger Nach-Totalitarismus-Antifaschismus zu sein.) wird seine Stellung zu Krieg und Frieden und zum Pazifismus beachten müssen. Der ideologische Zugang zu diesen moralisch-politischen Positionen dürfte sich beim kommunistischen Kader des Exils und des inneren Widerstandes von dem des Kriegsverwundeten oder Bombengeschädigten, ganz zu schweigen vom 5-nach-12-Kämpfer, erheblich unterscheiden.

Auch wird zu fragen sein, inwieweit der militante Antikommunismus als eine Lehre aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ebenso selbst noch wurzelt in dem Totalitarismus seiner Vorgänger.

Bei allem ist zu bedenken, daß die Intentionen der Akteure und die erzielten Wirkungen sehr weit auseinander liegen können. Nichts erscheint mir abwegiger, als aus Machtmißbrauch, oder meinen wir nicht eher die Funktionen und Dysfunktionen von Macht, von gewaltförmiger, entfremdeter Ordnung der Gesellschaft, die uns nur heute - nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus, nach der Verfehlung eines emanzipierten Aufbruchs - als Mißbrauch erscheinen, auf kriminelle Energie zu schließen oder aus Verfehlung der Ideale einzig auf beteiligte Ursachen wie den Verrat oder die Machtversessenheit rückzuschließen. (vgl. Pinker 1992,*4441)

Neue Antworten sind nicht zu erwarten, wenn wir unsere Gewiheiten durch der gegnerischen Wirklichkeit entnommene Steine bedienen und diese zu Mauern gegen die Zweifel aufhäufen. Die linksradikale Herausgeberin Zorn demonstriert das Verfahren in anschaulicher Weise und m.E. sehr zum Nachteil demokratischen Engagements.

Was im Ergebnis des Handels, auch des wissenschaftlich begründbaren politischen Handelns real geschieht, ist nur als Resultante widerstrebender Kräfte aufzufassen.

Eine deutsche Wende - ohne Stunde NULL

Auf Beschluß der Zittauer Stadverwaltung wird der Adolf-Hitler-Ring am Montag, 20.08.1945 in Ernst-Thälmann-Ring umbenannt.

Es ist der 18. Tag nach Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens, wenige Tage vorher sprachen Pieck und Grotewohl auf einer Kundgebung in Berlin zu den Beschlüssen der Alliierten.

Sühne sollten die "unerhörten Verbrechen gegen unser Volk und gegen andere Völker" (die Reihenfolge!, B.W.) finden. Es galt die Forderung, das Volk müsse die "Verantwortung für die Ergebnisse des Hitlerregimes" tragen und geleitet sein vom Haß auf das "Naziregime und seine Helfershelfer".

An der getroffenen Namenswahl, mehr noch an der Art der Ablösung von Hitler zu Thälmann macht sich die neue Ordnung kenntlich: Der Übergang der Macht von den Nazis auf die Nazigegner, nun zieht mit ihnen die neue Zeit, und wer dem neuen Morgenrot entgegen marschieren will, muß sich rasch und ohne zu zögern einreihen, festen Schritts.

"Die Hitler kommen und gehn, aber das deutsche Volk, (der deutsche Staat) bleibt." Diese Stalin-Worte spannt die Besatzungsmacht - dem Regenbogen gleich - im Trümmerfeld Berlins als Transparent eigenhändig oder duldet doch zumindest die helfenden Hände. Das weckt schwach Hoffnungen bei den Veränstigten oder stärkt den vorhanden Willen, den "Freunden" hilfreich zu sein. Das deutsche Lebensrecht meint Entrümmerung und Wärmestube, Brot und Ämter, Mitarbeit und Mitsprache in eigener Sache. In einem weniger staatspolitischen Charakter tragenden Dokument betont das Thüringer Anti-Nazikomitee am 3. Juli sein Verhältnis zum Volk und dem nachrückenden (eigentlichen) befreienden Besatzer. Die Anti-Nazis seien voll Freude und Scham.

"Voll Scham, weil es uns nicht gelungen ist, aus eigener Kraft diesen weltverbrecherischen Militarismus zu zerschlagen und der Hitler Tyranei ein Ende zu setzen und der Welt diese Katastrophe zu ersparen.

Das bekunden wir im Namen aller - selbst derer, die zwölf Jahre hindurch gegen die Hitlerdiktatur kämpften -, die guten Willens sind und aus dem Schuldbekenntnis zu einer antifaschistischen und ganz neuen demokratischen Denkungsart und Freiheit gelangen wollen. '...Scham ist eine Art Zorn, der in sich gekehrte. Und wenn eine ganze Nation sich wirklich schämte, so wäre sie der Löwe, der sich zum Sprunge in sich zurückzieht. Ich gebe zu, sogar die Scham ist in Deutschland noch nicht vorhanden, im Gegenteil, diese Elenden sind noch Patrioten. 'Von echten Patriotismus gegen den Nazismus beseelt, werden wir die Wiedergutmachung, den Wiederaufbau Deutschlands und die Sicherung des Weltfriedens ermöglichen.

Aus solcher Erkenntnis werden wir den neuen deutschen freiheitlichen und friedliebenden Menschen formen und bilden, werden wir im unerbittlichen Kampfe zur restlosen Beseitigung des Nazismus jedwede Wiederholung eines Überfalles auf die Sowjetunion und andere friedfertige Staaten und Völker unmöglich machen helfen.

So arbeiteten, so wirkten und kämpften wir Antifaschisten vom ersten Tage der Befreiung an, die wir der Roten Armee und ihren Verbündeten zu danken haben. So treten wir aktiven Antifaschisten erneut vor die Thüringer Bevölkerung und rufen sie auf, uns auf diesem Wege aus der Katastrophe zu folgen. So werden wir sie immerfort arbeiten und kämpfen lehren bis zur völligen Überwindung des volksfeindlichen Nazismus.

Versammelt im Geiste einer zähen Kampfgemeinschaft und aufrichtiger Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden gegen den Nazismus, für Wiedergutmachung und Friedenssicherheit aus vollen Kräften, treten wir vor die Soldaten der Roten Armee und ihre Führung und grüßen sie."

Die Stimmen, die immer wieder die fehlende innere Wiedergutmachung beklagen, Klemperer spricht 1947 in Dresden von der "innere(n) Reparationsschuld", die es abzutragen gelte und Max Seydewitz stellt die fehlende Bereitschaft fest, den OoF als den unangenehmen Mahnern Gehör zu schenken (Zweite Landestagung 1947 in Sachsen), verstummen erst in der sozialistischen Aufbaurethorik nach Zerstörung der VVN 1953.

Bevor die innere Bearbeitung von Geschichte beginnt, wird Geschichtspolitik praktiziert, die äußere Wiedergutmachung anbietet. Die antifaschistische Nachqualifikation kann man sich als Aktivist erarbeiten. Hierbei ist der Fall des Erfurter Auschwitzofenmonteurs nur ein in seiner Symbolik überhöhtes Beispiel. Die Erfurter Firma Töpfer & Söhne hatte mit besonderer Initiative an der Erfindung, Produktion und Installation der Leichen-Verbrennungsöfen in Auschwitz mitgewirkt. Jüngst berichtete nun die Presse, daß einer der Monteur nicht nur unbestraft blieb, sondern recht bald in der SBZ für seine neuen Arbeitsleistungen zum Wohle der antifaschistisch-demokratischen Ordnung prämiert wurde.

Überhaupt scheint mir die rechtliche, moralische und politische Stellung des Mitläuferproblems zentral. Ist der Mitläufer, per Definition, der Unschuldige? Oder, anders gefragt, welche Geltung hat das kantsche Diktum von der selbstverschuldeten Unmündigkeit? Und weiter überlegt, sind nicht gerade die Mitläufer die Ungeläuterten, weil deren Wandlung einer (äußeren) Revolution bedurft hätte? Anna Seghers ist eine der wenigen Mahnerinnen, die nicht vorschnell antifaschistische Mahnung und Söhne durch Aufbauyrik ersetzt wissen will.

Geschichtspolitik fragt nicht mehr nach der widersprüchlichen Beziehung zwischen Objekten und Subjekten antifaschistischer Umerziehung. Die politische Sprache nimmt die OoF

als "unsere Opfer" in Besitz, und die Opfer oder richtiger die politisch Kämpfenden unter ihnen bieten sich ihrerseits als Träger der Entlastung an, bereit für und mit dem Volk die Karre aus dem Dreck zu ziehen, die gefallene Nation aus den Trümmern und der Schande zu erlösen. Die ODF machen sich zu den Fürsprechern der Mitläufer, für die sie das Kreuz bereits getragen haben. Statt selbst sprechen können und sprechen müssen, bedeutet Geschichtspolitik auch Fürsprache der Sieger und Mitsieger über die Besiegten-Befreiten. Auf recht unterschiedliche Weise bleibt den Akteuren oben und unten so verborgen, daß mit diesem Volk kein sozialistischer Staat zu machen ist.

Sehr früh setzt so eine möglicherweise aus Humanität und Machtkalkül betriebene Selbstinstrumentalisierung der Leidensgeschichte der politischen ODF ein. Nicht erzählbar ist der Schuldvorwurf, die Angst, das Mißtrauen, der Faschismusverdacht, die Verwunderung, wo die Ratten nun plötzlich geblieben sind. Man mag aus dieser Perspektive nahezu erleichtert gewesen sein, sie im Westen Deutschlands in und aus den Tunnellöchern kriechen zu sehen. Die symbolische Realität der Erbschaft des Dritten Reiches jenseits der Grenzen nahm die diffuse Angst vor der Unentdeckbarkeit, der List der braunen Saat und entthob der Notwendigkeit, nach der Verankerung des Faschismus in der Psyche der Menschen zu fragen.

Zwar waren sich manche Remigranten und aus den KZs Befreite darüber im Klaren, daß sie die Welt in Deutschland aus einer anderen Perspektive sahen, als die Mehrheit des deutschen Volkes der endsieg-entschlossenen 5-nach-12-Krieger (Der eigentliche Grund der fehlende Stunde Null ist der Krieg 5 nach 12.), aber ihr notwendiger Wille zur Macht und zum Wiederaufbau überlagerte, verdrängte dieses Wissen um die sehr unterschiedlichen Erfahrungen. Hierin liegen einige der personalen Gründe, warum die Geschichte der NS-Diktatur zum SS-Staat verkürzt wurde und warum das Faszinosum Faschismus und sein Alltag tabuisiert wurden.

Der politische Gebrauch von Geschichte durch in diesem Sinne gegenüber der Volksmehrheit Fremde, äußere Kräfte im Verein mit den Besatzern begünstigten das nebulöse Schweben und Verstreuen der Geschichtsbilder über der Erlebnis- und Gefühlswelt der Deutschen, die diesen Geist nicht in ihren Körper einlassen konnten. Auch wird man berücksichtigen müssen, daß die Versuche, mittels geschichtlicher Erfahrungen eine neue Gesellschaft zu gründen (oder altes zu verteidigen, hier liegt eine Schwäche der bürgerlich-demokratischen Tradition), nach 1945 (bis etwa 1947) von dem Chaos der Zerstörung, der sozialen Not in Trümmerwüsten, dem Hunger und der Krankheit, den Millionen Flüchtlingen und den Nöten der Kriegsheimkehrer, der Witwen und Alleinerziehenden überlagert waren.

Wer sind nun die richtigen Antifaschisten?

"Die VVN stellt den Versuch einer organisatorischen Zusammenfassung der politischen Kräfte und Traditionen der

deutschen Widerstandsbewegung gegen die nationalsozialistische Diktatur dar."

Weiter wir ausgeführt, daß die schon im beginnenden kalten Krieg liegende Gründungsphase von Konflikten um das Übergewicht der Kommunisten begleitet war.

Stimmt es, wenn er behauptet, daß es diese Konflikte nur im Westen gab? Ist es richtig, wenn der kalte Krieg zum Zwecke dieser Deutung in die Argumentation eingeführt wird? Und wie ist mit dem Sachverhalt umzugehen, daß aus der (relativen) Überlassung des aktiven Antifaschismus an die Kommunisten vor 1933 und bis zum 8. Mai 1945 das Übergewicht in der politischen Willensbildung aus diesen Mehrheitsverhältnissen nach 1945 vielleicht wie selbstverständlich folgte?

Und kann es für die Analyse zulässig sein, das widerspruchsvolle Verhältnis der ODP und der VVN gegenüber den Besatzungsmächten und mit ihnen zur Mehrheit der deutschen Bevölkerung zu übersehen? Auch dürfte der Konflikt zwischen Inlandwiderstand und Exil, i.B. dem Moskauer, von beträchtlichem Einfluß gewesen sein.

Ich glaube, eine solche Reduktion von Komplexität ist einer überwiegend auf politische Institutionen und Ideologiekritik fixierten Geschichtsschreibung geschuldet. Ich strebe einen eher sozialgeschichtlichen Zugang zur Entschlüsselung des politischen Lebens an. Dabei wende ich mich zunächst einer häufig übersehen Fragestellung zu:

Welcher Art war der psychische Zustand der aktiven Antifaschisten? Was waren die mentalen Bedingungen, der Hintergrund für ihre antifaschistischen Motive und Handlungen?

Begeben wir uns in den April 1945.

Intern sind sich wohl viele Buchenwalder Kommunisten einig: "Wir erkennen niemanden an, außer unsere Parteileitung von Buchenwald."
(ZPA I2/3/155, Bl. 158, weiter zum Selbstverständnis ebenda Bl. 94)

Erst 1966 wagt Ulbricht die Veröffentlichung seines Briefes an Pieck vom 17. Mai 1945: "Wir müssen uns Rechenschaft legen darüber, daß die Mehrheit unserer Genossen sektiererisch eingestellt ist und daß möglichst bald die Zusammensetzung der Partei geändert werden muß durch Hereinnahme aktiver Antifaschisten, die sich jetzt in der Arbeit bewähren. Manche Genossen führen unsere Politik mit Augenzwinkern durch, manche haben den guten Willen, aber dann ist bei ihnen doch die Losung 'Rot Front', und manche, vor allem in den komplizierten Bezirken Charlottenburg und Wilmersdorf, reden über Sowjetmacht und ähnliches. Wir haben energisch den Kampf gegen die falschen Auffassungen in den Reihen unserer Genossen geführt, aber immer wieder tauchen neue Genossen auf, die mit den alten Fehlern von vorne beginnen. Diese kurzen Andeutungen zeigen Dir, welche

Bedeutung die ideologische Umerziehung unserer Generation hat. Wir führen jetzt jeden Sonntag Beratungen durch, um den Genossen des Abc unserer Politik beizubringen. In Berlin wird die Eröffnung der Volkshochschule vorbereitet, in der antifaschistische Lektionen gehalten werden. Was wir brauchen, das ist vor allem eine antifaschistische Literatur, die für breite Massen bestimmt ist."

Natürlich stimmt es, daß die KPD in Buchenwald ihre erste legale Parteiaktivtagung im April 1945 mit "Rot Front!" beendete, auch wenn zugleich immer wieder betont wird, daß gerade Walter Bartel die Buchenwalder Illegalen mit der Volksfrontkonzeption des VII. Weltkongresses vertraut machte. (ZPA 12/3/155, Bl. 199, ebenda) Freilich, das Vertrauen wollte in der Illegalität und dem Überlebenskampf nur schwer gedeihen. Die SPD erschien manchen der führenden Kommunisten doch recht unwürdig, statt politischem Lagerkampf gab sie sich zufrieden mit "Sozialarbeit", und statt nach den Normen und der Soziologie der Illegalität unmöglichen gleichberechtigten Mitwirkung gab es die partielle kontrollierte Zusammenarbeit durch die KPD mit der SPD, wachend, daß die SPD-Mitglieder keinen oder geringen Einfluß in politischen Grundsatzfragen nehmen können. Zumindest liegen dafür auch Zeugnisse vor, wobei die Interpretationen sowohl die strategische Intention der Volksfront wie die legitimatorischen Bedürfnisse der Berichterstatter zum Zeitpunkt ihrer Berichterstattung über die Geschichte ihres Verhältnisses zur Sozialdemokratie berücksichtigen müssen.

(Überdies sei hier vermerkt, daß die Vokabel "sektiererisch" im ideologischen Stalinismus Ulbrichts völlig opportunistisch nur die Abweichung von der jeweiligen aktuellen Parteilinie meint. Sie gibt eine andere, vermeintlich demokratische Mehrheit vor, die doch im diktatorischen Zentralismus keine reale Existenz erlangt. Im Ritual der Selbstkritik hat die Eigencharakteristik "sektiererisch" oft die Funktion, unter Verzicht auf die Ursachenanalyse für das so bezeichnete Verhalten die prinzipielle Parteiergebenheit zu bekunden oder zu erpressen. Dies geht stets einher mit dem Verzicht auf Selbstreflexion und erfordert einen ahistorischen Umgang mit der eigenen politischen Geschichte. Dies Verfahren ist selbst ein markanter Bestandteil der "inneren" Geschichtspolitik. Die Binnenlegitimation der Partei kommt nicht ohne Fälschung der Geschichte im Sinne steter Kontinuitätsverweise im Hinblick auf die aktuelle Linie aus. Das politische Bewußtsein der Involvierten verliert so seine historische Dimension. In der Tat darf idealiter gefolgert werden, daß stalinistische Politik in der Grundtendenz ahistorisch ist. Die Vokabel "sektiererisch" zeigt dies Verfahren auf der subjektiven Ebene an. Es ist das Bekenntnis - nicht die Erkenntnis - zum (manchmal rettenden) jähen "Schwenk".

Bereits im KZ oder im Exil begann nach der Wende im II. Weltkrieg 1943 bei manchem Kader, ein Selbstbewußtsein als zukünftiger Träger der neuen Macht zu reifen. Das ist hier nicht als Karrierestreben zu denunzieren, sondern daraus folgt lediglich, daß sich die Gruppe illegaler Führer

auch nach den Regeln allgemeiner Prozesse der Machtbildung in Gruppen verhielt.

Die zeitgenössische Deutung ist wohl die Bereitschaft einer Minderheit der OoF im Nachkriegsdeutschland, politische Verantwortung zu übernehmen, woran es keinen Zweifel geben kann.

Aber selbst die internationale Solidarität - eine lebensrettende und mit dem Tode bedrohte Realität - erhält so ein zusätzliches Kalkül. Die geretteten Ausländer konnten zeugen und bürgen für die moralische Integrität der deutschen Funktionshäftlinge, für ein neues Deutschland. Ihre deutschen Kampfgefährten konnten namens des anderen Deutschland Mitsprache für das gefallene Deutschland erwarten und einfordern. Da ich hier Widerspruch erwarte, sei noch angemerkt, daß das politische Verhalten ungünstigenfalls eher zufällig mit den moralischen Strebungen zusammenfällt. Im Extremfall kann das politische Ziel die moralische Entscheidung völlig unmöglich machen.

Der Zeitzeuge vermag sich sicher auch zu erinnern, daß die Solidarität der antifaschistischen DDR immer ganz klar an die Förderung der eigenen politischen Orientierung oder doch zumindest der Verschaffung günstigerer Existenzbedingungen für das eigene Regime gebunden war. Auch die Asylpolitik der DDR wandte sich nur den politischen Freunden zu.

Die Beschäftigung mit den Buchenwalder OoF erhellt innere Konfliktfelder, die der alleinige Blick auf die Berliner OoF-Tradition vielleicht verdeckt. Die politisch-ideologische Außenwirkung der OoF war wesentlich geprägt vom Hauptausschuß "Opfer des Faschismus", der unter Vorsitz von Otomar Geschke vom Berliner Magistrat am 14. Juni 1945 gegründet wurde.

Neben der durch alliierte Gesetzgebung unterstützten Förderung nach sozialer und ökonomischer Betreuung hat der Berliner OoF-Hauptausschuß das politisch-moralische Anliegen nach Rehabilitierung der Opfer und nach gründlicher Entnazifizierung artikuliert. Robert Havemanns Versuch, einen überparteilichen Bund der ehemaligen deutschen politischen Gefangenen im Sommer 1946 zu begründen, scheiterte vermutlich nicht zuletzt an dem von ihm vorgesehenen Gebot, keine parteipolitischen Stellungnahmen durch die hohe moralische Reputation der Verfolgten zu sanktionieren. Hier wird schon deutlich, daß der Kommunist Havemann um die Gefahr der Verknüpfung von parteipolitischer Machtpolitik und Vergangenheitsbearbeitung wußte. Was moralisches Anliegen war, wurde jedoch folgerichtig zur Geschichtspolitik, einem Politikfeld, in dem der ideelle, moralische, personelle und institutionelle Umgang mit Geschichte der Begründung von Machtansprüchen, der Formierung einer neuen (partei)politischen Elite (Binnenlegitimation) und der Erhöhung der Chancen ihrer Durchsetzbarkeit im Volk und gegenüber der internationalen Öffentlichkeit, i.S. den Besatzungsmächten, diene.

Die Hypothek

Nun nähern sich diese Ausführungen einem Tabubruch. Peter Weiss war nicht der Erste, der sich fragte, wie der schonungslose Blick auf die eigene Geschichte zwischen Antifaschismus und Stalinismus zu solchen Konsequenzen geführt werden kann, daß mittels historischer Wahrheit nicht zugleich die sozialistische Hoffnung irreversiblen Schaden nimmt, sondern in der Art der Wahrheitsfindung zugleich das Neue keimt. Der Titel seines Romans Ästhetik des Widerstandes macht klar, daß die Aneignung von Geschichte die Formen und Horizonte eines politischen Umgangs überschreitet. Nach den Erfahrungen mit der Geschichtspolitik der KI, der KPD und SED sowie mit der heutigen Art, in den Medien Vergangenheit zu verwursten, ist klar, daß es nicht genügt, unter Berufung auf Lenin zu erklären:

"Wir dürfen unsere Fehler nicht verheimlichen, weil der Feind das ausnützen könnte."

Die Wirkungen von Vergangenheitsreflexion sind offensichtlich in der Persönlichkeit jedes Menschen, in politischen oder sozialen Bewegungen bedeutend komplizierter, als es Lenins politische Nutzen- und Kostenrechnung aufdeckt.

Dieter Strützel - ein Jenaer Hochschullehrer und einstiger SED-Genosse - empfindet die Ästhetik des Widerstandes in den 80er Jahren zunächst als "das verwunschene Buch". Aber gerade durch die Aneignung der Tiefen dieses Buches wird es sein geistiger und mentaler Begleiter durch die Wirklichkeit als im Zusammenbruch der DDR andere Genossen in Tiefen stürzen, aus dem künstlichen Gleichgewicht des synthetischen Weltbildes geraten, sich selbst und die gesellschaftlichen Bezüge verlierend, mit der Partei und DDR meinend, jede Identität zu verlieren.

Die Aufrechterhaltung des Tabus, nicht nach den Zusammenhängen zwischen Faschismus - Antifaschismus - Stalinismus und bürgerlicher Gesellschaft im 20. Jahrhundert zu fragen, verschärft die mentale und intellektuelle Blockade linken Denkens im realen Sozialismus (nicht nur) der DDR.

Die Nichtaneignung des wirklichen Antifaschismus ist Teil der deformierten Vergesellschaftung in der SBZ/DDR. Für die die DDR gestaltenden Opfer des Faschismus bedeutet dies häufig Leiden unter den Schweigegeboten, Selbstinstrumentalisierung der Lebensgeschichte im Dienst der jeweils aktuellen Parteipolitik, Verlust oder ausbleibender Gewinn der Selbstreflexionsfähigkeit und eines kritischen politischen Bewußtseins. Die Konfliktverdrängung reduziert überdies drastisch die soziale Kompetenz der OoF, denn ihre politische Praxis kann nicht das Leben in seiner Widersprüchlichkeit und Pluralität annehmen, ihr Denken scheint sich, auch auf Erfahrung gestützt, der Multiperspektivität von Mensch und Gesellschaft zu verschließen. Die Konstellation "Wer-Wen" ist die brutal erlebte, erlittene und erkämpfte Wirklichkeit, und so soll es bleiben, diesem Ziel hat die Ge-

schichtsforschung und Transformation in Leitbilder und Geschichtsbewußtsein zu dienen.

Die Verfolgung Biermanns und Havemanns sind dafür Symbolhandlungen, und die Unterstützung des Panzersozialismus in der CSSR als Ausdruck prinzipienfester antifaschistischer Politik der SED/DDR ist die nicht umgehbare Realität der politischen Geschichte des Antifaschismus der SED und der DDR. Es ist Gysi und anderen zuzustimmen, wenn erst nach dem Ende des DDR-Sozialismus Sozialismus in Deutschland wieder möglich geworden ist. Dazu gehört dann jedoch ein anderer Umgang mit der Vergangenheit der eigenen Bewegung und des deutschen Volkes, i.B. zu lernen, die Gefährdungen der eigenen Person und Bewegung im Zivilisations- und Emanzipationskampf wahrzunehmen.

Selbstverständlich bedeutet der nun vorgenommene Blick auf die Befindlichkeit eines Teils der antifaschistischen Kader eine Verengung. Natürlich ist zu fragen, inwieweit die Prägung der Moskauer Exilanten im kafkaschen Milieu des Hotel Lux, der Henkersdienst im kleinen Sekretariat zu mit der KZ-Gewalt verwandten Prägungen führten. So gesehen ist Ulbricht natürlich für die ratsuchende Kritik am Verhalten politischer Funktionshäftlinge der falsche, aber doch der auf ganz eigene Weise verständnisvolle Adressat.

Weiterhin muß betont werden, seitdem der deutschen oder antikommunistischen bzw. antisemitischen Öffentlichkeit ins Bewußtsein geriet, daß im KZ die Wahrscheinlichkeit groß war, daß politischer Widerstand bedeutet, keine ungeteilte Humanitas praktizieren zu können und daß die Widerständler oder auch nur jene, die ihr Überleben mit List betrieben, nahezu unvermeidlich schicksalhafte Prägungen und seelische Deformationen erfahren, seit diesem öffentlich bekannten Sachverhalt suchen die Teilhaber am Nationalsozialismus daraus Entlastung zu schöpfen. Dieses amoralische Treiben versteht sich auch als Geschichtspolitik, in der die Opfer zu Tätern werden, die eben wegen dieser Taten zu Recht Opfer gewesen sind. Hierbei bleibt selbstverständlich zunächst unbedacht, ob Klassenhaß, Pauperisierung, tiefe menschliche und soziale Entfremdung der KPD nicht Menschen zutrieb, die soweit zerstört waren, daß sie nur allzuwillig dem Schrecken der bürgerlichen Gesellschaft lieber ein Ende mit Schrecken bereiten wollten - und gerade dann im Stalinismus eine unterschiedene Waffe erkannten - als die Schrecken von Krieg, Obdachlosigkeit, Hunger und Arbeitslosigkeit auf Dauer oder doch wiederkehrend zu ertragen.

Als Hannah Arendt es wagte, die Einbindung der Judenräte in das von den Nazis organisierte und von der Bevölkerungsmehrheit mitgetragene System der Judenvernichtung zu thematisieren, nicht um zu denunzieren oder zur Täterentlastung aufzubereiten, sondern um die Folgen der NS-Gewalt in den Seelen jüdischer Menschen, in der israelischen Gesellschaft zum Zwecke der Heilung zu benennen, sah sie sich wüsten Verleumdungen ausgesetzt. Heute mag mancher deutsche Historiker auch aus diesen

Gründen erklären, warum ihm die Bearbeitung des Themas nicht zusteht. Warum jedoch die Parteihistoriker der SED darüber schwiegen und weiter schweigen, ist nicht nur mit Loyalität gegenüber den NS-Opfern zu erklären. Aber dazu später.

Die deutsche Jüdin Hannah Arendt konnte und mußte jedoch darüber reden, weil eine wirklich neue Gemeinschaft nicht mit dem unbearbeiteten Erbe der NS-Gewalt begründet werden kann und weil sie nicht glaubte, daß Auschwitz einmalig sein müsse. (Aufschlußreich der Schriftwechsel Arendt - Jaspers im Jahre 1963) (Es ist also auch zu fragen, ob nicht gerade diese Verstrickung in das System der Gewalt lehrt, daß der Widerstand frühzeitiger, entschiedener, massenhafter aber aus ganz individuellen Antrieben erfolgen muß. Bevor das Grauen der KZ und mit ihnen die Gefährdungen der Kollaboration in die Welt "organisiert" wurden, war politischer Widerstand ungleich leichter und die moralische Not sowie die zu erleidende seelische Gewalt ungleich geringer. Auch die moralischen Prüfungen dürften für die politischen Gegner einer Diktatur oder von Fremdenfeindlichkeit wesentlich menschlichere Dimensionen haben. Zu den deutschen Lebenslügen gehört wohl noch, daß der Widerstand um Goerdeler auch der moralischen, der menschlichen Fundamente entriet, als er nur allzu taktisch und begrenzt das System der Nazis anfocht. (So im Urteil von H. Arendt)

Es ist Zynismus, Ausdruck unverantwortlicher Amoralität, wenn die Folgen auf Seiten der Opfer von deutscher Disziplin und Gründlichkeit im Dienste des Nationalsozialismus durch Täter und Mitläufer zur Entschuldung verwandt werden. Die politische Kultur der Bundesrepublik im Sinne des Grundgesetzes von 1948 kann nicht bewahrt werden, wenn das Scheitern der kommunistischen Antifaschisten in der SBZ/DDR mißbraucht wird zur Beseitigung jeder Möglichkeit, sich auf die Erinnerung an den NS zu besinnen, um Verantwortung gegenüber sich selbst, dem anderen Menschen und dem Gemeinwesen herauszubilden und zu mobilisieren.

Bereits nach dem 8. Mai 1945 entzogen sich die Mitläufer dieser Verantwortung, sie überließen den Antifaschismus gewissermaßen den Widerständlern und Remigranten, wenn nicht gar versucht wurde, Widerstand, Fahnenflucht und Exil als Vaterlandsverrat zu geißeln. Eine solche, Entlastung von Schuld und Verantwortung suchende Welt war wenig geeignet, einen positiven Resonanzraum für die seelische Gesundung der Häftlinge der Konzentrationslager zu bilden. Im Gegenteil, die perfide Bereitschaft, die Not der Opfer noch in die eigene Entlastung zu wenden, verschloß den Häftlingen den Mund. Erst auf dieser Grundlage wird deutlich, wieso dieses Thema überhaupt zum Gegenstand von Geschichtspolitik mißbraten konnte. Einige der hinter den Tabus der Vergangenheit liegenden Problemlagen erweisen sich m.E. als völlig ungeeignet, politischer Verwertung zu dienen. Indes ist klar, daß der gegenteilige Effekt auch provoziert ist durch die zu generalisierende Inanspruchnahme der KZ- und NS-Opfer zur Legitimierung einer neuen Diktatur.

Eugen Kogon ahnte früh den doppelten Preis, den die zum Aufbau und in die Ämter eilenden oder geschobenen, noch gestern im KZ geschundenen und selektierten Menschen dafür zahlen werden.

Aber Harry Kuhn berichtete in der ersten legalen Sitzung des Parteiaktivs im befreiten KZ Buchenwald am 12. April: "Über den Kampf der Partei im KZ mit den kriminellen, asozialen und nationalistischen Elementen brauche nicht viel gesagt zu werden. Jeder von uns habe ihn miterlebt und mitgekämpft und freue sich des Sieges, den wir auch an dieser Front errungen haben." (ebenda Bl. 196)

Die Parteikontrollkommission der KPD Parteiaktiv Buchenwald bleibt auf dieser Linie und berichtet am 27. April 1945 nichts über diese Probleme an ihre Leitung der illegalen Arbeit im Lager. Schweigepflichtübertretungen werden parteierzieherisch geahndet, angedroht ist der Ausschluß aus dem Kollektiv, und im Falle mangelnder Beteiligung am illegalen Kampf erfolgen Streichungen. Arno B. wird in der Ausschlußbegründung zitiert mit seiner Aussage: "Er habe viele Fehler der Partei gesehen und darum nicht mitarbeiten können." Andere Genossen mögen andere Gründe gehabt haben, nahezu unmöglich erscheint es bei den von der SS und dem deutschen Volk außerhalb des Stacheldrahtes gesetzten Bedingungen, die Art und die Erfolge des Widerstandes im KZ zu beurteilen. Menschlich verständlich ist die Bindung an das Rettungskollektiv Partei, und politische Häftlinge werden durchaus ihre Chancen als Teilhaber an Macht und Ämtern ins Auge gefaßt haben. Die Befreiung war schließlich ihr Neuanfang, das Ziel ihrer Hoffnungen in größter Not.

Toni W. berichtet "Über das Verhalten einer Reihe von deutschen Kommunisten im KZ Buchenwald" (ZPA I2/3/155, Bl. 75ff). Der Kampf um die richtige politische Linie wurde, seinem Bericht zufolge, manchmal von schwersten Verbrechen gegen die Menschlichkeit begleitet. Und zugleich bekennt er im schwörenden Stil: "Ich ...erklärte die Pakt-Abschließung so, wie man es jetzt im Buch von Stalin 'Über den Vaterländischen Krieg des Sowjetvolkes' lesen kann." Offensichtlich ist er sich der Ungeheuerlichkeit seines Vorwurfs im Klaren. Er versucht den roten Terror unter den Extrembedingungen des KZ zu kritisieren und muß zugleich seine Loyalität gegenüber dem größten Henker der sozialistischen Bewegung - Stalin - und seiner deutschen Helfer versichern.

Eine knappe Bemerkung zum Sachverhalt, dessen verfälschende Präsentation ja die Bildzeitung übernahm und worauf ein Teil der linken Presse mit der bekannten Abwehr reagierte. Eine Abwehr der ganzen Tiefe und des Folgenreichtums des Faschismus und eine Abwehr der Erkenntnis, daß es keine politische Ideologie, auch nicht die kommunistische, vermochte, Menschen unter den extremen Bedingungen des faschistischen Terrors einen "richtigen Weg" zu weisen. Der Buchenwalder Historiker Harry Stein verfehlt mit seinem in der Berliner Zeitung vom 7.3. 1994 zitierten Tribut an den Zeitgeist "Die Heldengeschichte ist passé" den Gehalt der

zur Diskussion stehenden Dokumente. Saloppe Stellungnahmen über die Kader des Realsozialismus nach dem Muster "Der Lack ist ab" als Grundtenor der Enthüllungsliteratur seit der Wende sind dem Thema KZ unangemessen.

In seiner Substanz hat Eugen Kogon das Wesentlichste dazu u.a. unter dem Gesichtspunkt der Psychologie der KL-Gefangenen 1945/1946 veröffentlicht, freilich war Kogon wohl gerade deshalb in der DDR des Verrats geziehen und sein Buch totgeschwiegen (Es erfolgte eine Veröffentlichung in der SBZ, das Buch gehörte nicht zum Lesekanon etwa der Geschichtslehrausbildung in der DDR, und es befand sich auch nicht in den Handapparaten der Bibliotheken.) bzw. aus dem geistigen Leben verdrängt. Kogon formulierte seine Erwartungen an den Umgang mit den KL-Häftlingen damals schon im Zwiespalt zwischen menschlichem Hoffen auf die Chance zur Gesundung für die ehemaligen politischen KL-Häftlinge und einem politischen Pragmatismus, der eher resigniert vor der Last der Verantwortung für den Neuaufbau, die die Deutschen und die Besatzer nun den Überlebenden zuschoben.

"Und wie sehr war unter den deutschen KL-Gefangenen zu sichten! Ehe sie in wirklicher Wiedergutmachung mit der ihnen zukommenden Chance an soziale und politische Führungsplätze gestellt wurden - was ebenfalls ohne Vorsorge geschah, so daß der Zufall von Beziehungen und die alte Kunst der Rücksichtslosigkeit den alleinigen Ausschlag gaben -, mußten ihre Seelen geheilt, ihre Kräfte geschult und der Rang ihres Wertes beglaubigt werden. Dann, nur dann konnte eine Auswahl ehemaliger KL-Häftlinge der Sache der Demokratie in einem zu erneuernden Deutschland aufgrund des Schlechten, das sie erlebt und verarbeitet hatten, zum Guten gereichen."

Funktionshäftlinge wirkten an der Seite der SS und mußten einwilligen, so ein KZ-Häftling in seinem Geständnis vor der KPD-Führung: "bittere Zeugenschaft auf sich zu nehmen, um bei faßt jeder Gelegenheit retten zu können, was zu retten sei". (ZPA I2/3/155, Bl. 246) Auf die SS war nur Druck auszuüben, wenn diese das sichere Gefühl hatte, "einer geschlossenen Front gefährlicher Männer gegenüber zu stehen" (ebenda Bl. 248). Helmut T. hoffte auf Entlastung durch die Partei. In seiner Not gibt er der Partei Einblick in seine "Arbeit". Er stützt sich auf die Erinnerung an "die rauhe Wirklichkeit" der "katastrophalen Lagerverhältnisse", von SS-Terror und deren kriminellen Helfern und bekennt: "Unser Ziel war die Erhaltung der Genossen um jeden Preis." "So schwer das auch für uns war." Da "uns also unsere Genossen mehr wert waren als alle anderen, mußten wir einen Schritt gemeinsam mit der SS gehen". Er wurde zum Henker für die antifaschistische Sache. Die Partei läßt ihn mit der seelischen Not im Stich, denn sie glaubt an moralische Grundsätze für ihre Politik wider besseren Wissens. Später wurde aus Helmut T. Rolf Markert, die neue Identität mußte für ihn eine Äußerliche bleiben. In der Interpretation der Bedeutung seiner Rolle als Henker im Auftrage der KPD für seine Karriere zum Chef der Bezirksverwaltung des MfS in

Dresden wird m.E. die Gefahr der politisch gewollten Spekulationen besonders deutlich. Selbstverständlich gehörten zum Rollenverständnis des MfS-Kaders Parteiergebenheit, unbedingte Treue zur "Sache", die Bereitschaft zur Teilung der Humanitas (Giordano 1987), aber nicht die Fähigkeit zum eigenhändigen Töten. Helmut alias Rolf ist jedoch eine Symbolgestalt für das Tragen der Last des Faschismus, die mit einem stalinistisch motivierten Antifaschismus nicht erleichtert werden kann. Für mich ist das Erschreckende nicht zuerst das Ungeheure des KZ, sondern der inhumane Umgang mit dessen Folgen. Warum wurde Helmut alias Rolf die Bürde solch totalitärer Macht aufgeladen? Freilich auch, weil seine KZ-Erfahrung mit dem Faschismus ihn in der Unmöglichkeit ungeteilter Humanitas zu bestätigen schien, und so nahm er die ihm angebotene Macht und fand seinen Lebenssinn nicht in Freiheit und Menschlichkeit. Sein Leben blieb ruhelos.

An dieser Stelle sei mir eine persönliche Bemerkung zum Erleben der so antifaschistisch geprägten DDR gestattet. Bei meinem Dienst im MfS wurde ich gehalten, gegenüber der Partei in der Sache aufrecht zu sein, aber niemals niemals über die konkrete "Arbeit" zu sprechen. Hier wird die Konspiration zum kollektiven Verhaltensmuster abgesicherter Konfliktverdrängung. Mir bereitete die Verdrängung von Konflikten und somit auch die Konspiration sagbare Pein, umgekehrt hätte mir aber gerade die Wahrung der Konspiration diese erleichtert. Vielleicht hört dann ja eines Tages nach dem Ende des lauten öffentlichen Wortes auch die innere Stimme des Gewissens auf.

Bruno Apitz deutete eine Dimension dieser Konflikte zwischen Motiven und Methoden des Widerstandes an, als er die Konstellation zwischen W. Bartel im Einsatz für die Ausschließung der Gefährdung der illegalen Organisation - gegen die Rettung eines Kindes - und eine entgegengesetzte Haltung, die Rettung des Kindes mit der illegalen Organisation, darstellte. Apitz gestaltete einen symbolischen Sieg der Humanität, der den Häftlingen in der Lagerrealität oft versagt bleiben mußte. Diese Idealisierung kann erst 1958, und dies zunächst in einer Minimalauflage, das Licht der Öffentlichkeit erreichen. Zu klären wird sein, warum dies so war. Möglicherweise wollte W. Bartel als ein politisch Verantwortlicher für die präventiven Morde in Buchenwald schon die Anfänge der Problematisierung einer Mitverantwortung der illegalen KPD verhindern. In der Tat ist dieser Sachverhalt nicht geeignet, daraus politische Erkenntnisse für eine zivilisierte Gesellschaft zu gewinnen, es sei denn die Einsicht, daß die Prägungen auch die Humanität der ODP schwer beschädigten. Es ist überliefert, daß W. Pieck im Zusammenhang mit dem Tod Busses in Wokurta (UdSSR) bemerkte, er sei wohl nun das letzte Opfer des Faschismus. In einem solchen, dialektischen Sinne hätte er recht.

Ich folgere aus diesen Zusammenhängen, eigentlich ließ sich die Geschichte des Lebens und Sterbens, des Geopfertwerdens,

des Opfern und Kämpfens im KZ nicht erzählen. Dem angemessen, suchten die OdF in der Anfangsphase auch nicht nach Namen und Symbolen für das im KZ Geschehene.

Das Schweigen organisieren - die gesteuerte Erinnerung an das KZ

Verleger Karl Dietz, von der SPD zur SED kommend, geht's an. Für seine Reihe "Das aktuelle Traktat. Schriften zu geistigen Fortschritt" schreibt er 1947: "Alles, was im öffentlichen Interesse liegt, soll in dieser Schriftenreihe seine Tribüne finden. Sie will den Horizont der Gegenwart ableuchten und ihre Probleme offen zur Diskussion stellen. Sie will darüber hinaus jeder Aktualität auf den Grund gehen und ihr Wesentliches feststellen, das wert ist, ein Teil des allgemeinen Wissens und Bewußtseins zu werden. In dieser Weise wird sie an der Nahtstelle von Gegenwart und Zukunft am endlosen Gewebe der Zeit mitwirken und dem Leben dienstbar sein. Ihr Programm ist nirgends eingeschränkt, ihre Methode ist die der sachlichen Feststellung, der absoluten Wahrheit und der entschiedenen Parteinahme für den Fortschritt unserer Kultur und Zivilisation." Nach dem bisher Berichteten dürfte einsichtig sein, daß die Erfahrungen mit dem Krieg, dem KZ und GULAG, dem Terror im Hotel LUX und die Ausgrenzung ins und im Exil kaum nach solchem Maßstab kommunizierbar waren.

Karl Dietz entstammt einer religiös-sozialistischen Linie, die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit war ihm ein bedeutender Wert. Sein Themenkatalog, freilich schon aus dem ab Ende 1948 nicht mehr einlösbaren Verlagsprogramm, umfaßte eine mit dem Autor Paul Ronge geplante Abhandlung zur Todesstrafe und zur Kriegsdienstverweigerung. Themen, die nach der Nazizeit für eine humanistische Nachkriegsordnung außerordentlich bedeutsam waren, aber die nicht zuletzt mit Hilfe von Geschichtspolitik aus der Agenda gedrängt wurden. Die Folgerungen der Träger der neuen Geschichtspolitik hießen bald (wieder) "Der Friede muß bewaffnet sein" und "Todesstrafe für die Feinde des Volkes". Diese Politik wurde selbstverständlich mit der historischen Erfahrung der NS-Zeit (und der Weimarer Republik) begründet.

Hier soll nicht weiter darauf eingegangen werden, aber der Apparat der SED und Persönlichkeiten aus den Reihen der OdF organisierten mit nahezu allen Mitteln das Schweigen ihrer Kameraden über die widersprüchliche Wirklichkeit der Konzentrationslager, über Kollaboration, NS-Täterbiographien und allem, was vom einseitigen Bild des KZ- oder SS- bzw. Terrorstaates abwich. Diese Geschichtspolitik produzierte dauerhafte Tabus, begünstigte die tiefe Verinnerlichung von Gewalterlebnissen, zerstörte den schmalen antifaschistischen Konsens und nährte den Mythos vom verführten und durch Terror zum Nationalsozialismus gezwungenen deutschen Volk.

Ein politisches Vermächtnis von W. Wolf

"Haben wir genug getan?" Zunächst konnte ich diese Frage von Walter Wolf (ehemaliger Häftling des KZ Buchenwald und

erster Volksbildungsminister im Land Thüringen) überhaupt nicht annehmen. Ich verstand sie nicht, hielt sie für den Ausfluß eines überhöhten Anspruchs im Rückblick auf die Vergangenheit. Dann bemerkte ich, daß vor mir ein konstruierter Nachlaß liegt, dessen Botschaft bedeuten könnte, wir konnten in Buchenwald nicht moralisch sauber bleiben, die SS war zu stark, das Volk außerhalb des Stacheldrahts zu fanatisiert, wir selbst mit unseren moralischen Ansprüchen überfordert, und für die letzte Lebenszeit W. Wolfs wird man sagen können, er ahnte, wir sind vielleicht auf dem Wege tragisch zu scheitern, und es zeigte sich auch in Buchenwald. Walter Wolf wußte als Mitglied der Thüringer Kommission zur Darstellung der Geschichte des Widerstandes in Buchenwald um die historische Wahrheit. Er verschloß sie in seinem Herz, obwohl sehr Nahestehende von ihm manchmal mahnende Worte über die Folgen vergessener Geschichte zu hören bekamen. "Wenn ihr nur wüßtet...", pflegte er in solcher Bedrängnis zu sagen. (Wolf BWA 32-II/64; 87; 53; 47) Heute wissen wir, sofern die schriftlichen Überlieferungen und der Verstand die Wirklichkeit des KZ zu erfassen vermögen, aber was sollen wir mit diesem Wissen tun? Genügt es, Berichterstatter zu sein? Und berichten wir nicht stets nur das, was wir sehen?

Die Buchenwalder Heldengemeinschaft um Walter Bartel wurde zwangsläufig, infolge der Nichtvermittelbarkeit des Erlittenen, zum Schutzbündnis des Schweigens. Dort, wo heute die Journaille die kommunistischen Buchenwalder als Täter ausmacht, sind sie dennoch Objekte faschistischer Politik gewesen, auch wenn die eigene, von der LAG orientierte ideologische Geschichtsschreibung sie eher als freie Akteure schilderte. Auch der Antifaschismus im KZ war strategisch defensiv, daran kann auch nichts die heroische Tatsache der illegalen Bewaffnung als Symbol des Kampfes- und Überlebenswillens und die Fähigkeit zum Selbstschutz in der Stunde der Befreiung des KZ Buchenwald ändern.

Die Partei bewahren oder ein Kind.

Walter Wolf ringt um die Normen einer antifaschistischen Moral, begründet diese mit Verhaltenskonflikten in Ausnahmesituationen im KZ und weiß um die Unzulänglichkeit seiner Überlegungen. Er verweist auf Kogons Vorwürfe und sagt dem Nachgeborenen, stelle dich dieser Frage, ich wollte sie immer lösen, schon im KZ las ich alte Philosophen zur Ethik, aber ich blieb allein mit meiner Gedankenwelt. Die Aufgabe blieb ungelöst, Wolf versuchte gar auf den Erfahrungen mit der Destruktivität des KZ die Ermutigung zum antifaschistisch-sozialistischen Schöpferium zu gründen. Er versuchte das kämpferische Leben unter der Last des "Trotz alledem" ins Positive der Ermutigung "Freie Deutsche Jugend Bau auf" zu wenden. Damit ist das Potential des Lernorts KZ überfordert und mißverstanden. Terror, Notwehr und Überlebenskampf sind nicht Hebamme des schöpferischen neuen Menschen, wie ihn der kommunistische Pädagoge als Zielvision vor Augen hatte. Ich meine, wir müssen uns auch dann auf Geschichte gründen, wenn sie nicht im Vorwärtsschreiten unter Inanspruchnahme des guten Endes "überwunden" werden

kann. Geschichtspolitik bedarf der Besinnung auf Niederlage und Erfolg gleichermaßen.

Nachkrieg:

"Ich spreche sehr ungern ...", beginnt der Brief eines Häftlings an die Partei. (Bl. 75)

Noch am 25.10.1945 sondiert Bartel die Richtung der Angriffe: "französische und polnische Faschisten". (ebenda 243)

Aber es muß zur Partei gesprochen werden, denn eine Woche nach Beginn des Buchenwaldprozesses in Dachau macht die SPD vier Tage vor der ostdeutschen Parteienvereinigung zur SED am 18.04.1946 auf amerikanische Berichte über die mutmaßliche illegale Tätigkeit der Kommunisten in Buchenwald aufmerksam. Bartel alarmiert am 25.04.1946 Pieck, Grotewohl, Dahlem und Gniffke.

Zuerst schlägt er vor, diese SPD-Mitteilung an den "Pranger zu stellen". (ebenda Bl. 91)

Am 14.09.1946 ersucht ein Genosse H.N. W. Pieck, ihn aus der mißlichen Situation, von den Amerikanern wegen Verbrechen in der illegalen Arbeit im KL Buchenwald angeklagt zu werden, zu befreien. (ebenda Bl. 220f)

Emil Carlebach und Walter Bartel organisieren maßgeblich das Schweigen und sind so gezwungen, die Geschichtsschreibung der Buchenwalder permanent zu kontrollieren. Bartels Verdienste um diese Geschichtsschreibung sind also stets verbunden mit dem Reden über NS-Verbrechen, Leid und Widerstand, aber ebenso mit dem Schweigen über alles, was die (sich wandelnden) politisch benötigten Bilder oder die persönliche Unverletzbarkeit von widerständigen und mit den Kommunisten solidarischen Häftlingen beeinträchtigen könnte. Zwangsläufig zwingt dieses Vorgehen dazu, abweichendes Verhalten von Mithäftlingen politisch-moralisch zu ächten, auszugrenzen, zu vergessen und erneut (wenn auch auf andere Weise) zu verletzen.

Heute wissen wir besser, warum W. Ulbricht, dem zwar das KZ-Leben fremd war, aber der um seine Mitwirkung bei den Moskauer Exzessen wußte, zwar antifaschistisches Gedenken förderte, aber seriöse wissenschaftliche Forschung zum Leben im KZ, zum wirklichen politischen Kampf im KZ nicht zu fördern bereit war. Im Gegenteil, es ist sicher anzunehmen, daß Ulbricht sein Wissen nutzte um Teile des antifaschistisch legitimierten KPD-Kaders im Nachkriegsdeutschland zu neutralisieren und zu disziplinieren. Das Buchenwald der 50er und 60er Jahre wird unter dem Druck Ulbrichts eingedeutet zur Siegesgeschichte unter Führung der Partei. Nachfragen zu den Ursachen der Niederlagen des Antifaschismus, Nachfragen zum Schicksal Thälmanns und zur Hoffnung auf ein demokratisches Nachkriegsdeutschland unter den Buchenwalder Sozialisten und Kommunisten werden so leichter tilgbar.

In der unmittelbaren politischen Tätigkeit setzte sich wohl die Idee durch, belastete Genossen aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen. In besonders harten Fällen wurden die bewaffneten Organe vereidigter Schutzraum und neues Wirkungsfeld dieser Genossen. Ob es dabei um Erfahrungsverwertung mit illegalen Kampfmethoden ging oder nur um die Absicherung vor unerfreulichen Fragern - auch der Schwatzhafte ist hier in der Kampfgemeinschaft der Wachsamsten am besten vor sich selbst geschützt - muß vorerst unbeantwortet bleiben. Klar ist indes im Ideologischen, daß der antifaschistische Widerstand immer zur moralisch-politischen Legitimation des Ministeriums für Staatssicherheit gehörte. Möglicherweise korrespondierte manche Erfahrung und Prägung aus der Illegalität mit den übermenschlichen Ansprüchen der "Stähler" aus Moskau.

Franz Dahlem legt am 27. Januar 1947 fest, daß eine Kommission aus den Konzentrationslagern Buchenwald, Dachau e.t.c. diese Dinge bespricht und Vorschläge zur Abwehr macht. Gleichzeitig sollen prominente KZler aus anderen Ländern gegen die antikommunistische Hetze der Amerikaner eingesetzt werden. (ebenda 72)

Damit war ein Pyrrhussieg im kalten Krieg errungen, Teile der Illegalen blieben mit ihren traumatischen Erfahrungen allein, gefesselt an ein Schweigegebot. Das doppelt tragische Schicksal von Kommunisten wird nahezu zwanghaft übersehen, aus dem doch unendlich viel erfahrbare wäre über für die zur Erneuerung Deutschlands ungeeigneten politischen Mittel und Methoden. Auch darf vermutet werden, daß diese kämpfenden Opfer des Faschismus nicht fähig sein konnten, eine neue Ordnung auf Menschlichkeit zu gründen. Das KZ war kein Ort, in dem der neue Mensch gedieh. Ihr Selbstanspruch überforderte sie. Die ihnen auferlegte Geheimhaltung schloß zugleich ihre psychologische Betreuung aus.

Teile der antikommunistischen Öffentlichkeit haben sicher in höchster Erregung auf Beweise des verbrecherischen Wesens des Kommunismus und die in Wirklichkeit paradiesischen Verhältnisse in deutschen Konzentrationslagern, in denen sogar Bordelle das Leben versüßten, gelauert. Stark war und ist der Drang, weiter glauben zu wollen, daß in den KZ eh nur Verbrecher einsaßen und daß es dort "gar nicht so schlimm" gewesen sei.

Wahr ist aber auch, daß dem gewonnenen symbolischen Kapital dieses Widerstandes die Seelen der Menschen abhandeln gekommen waren. Ob den Nichthäftlingen der KZs, dem heutigen Wissenschaftler oder Publikum eine für andere als den Antwortsuchenden selbst gültige Antwort auf die Frage zusteht, um welchen Preis durfte und darf in vergleichbarer Situation das eigene Überleben organisiert werden, ist für mich sehr fraglich.

Natürlich ist zur Kenntnis zu nehmen, daß Teile der überlebenden kommunistischen Kader die betend in den Tod Gegangenen, die sich "tatenlos" abschlachten ließen, gering achteten, sie waren nur Opfer, sie hatten nicht gekämpft.

Dabei geht es nicht um die psychologische Frage, ob nach dem erlebten minütlichen Morden und Siechen die Überlebenden noch mitleidsfähig waren, sondern zu beurteilen ist die Anmaßung, daraus Folgerungen nach den Maßstäben einer politischen Ideologie zu befestigen. Die Schwierigkeit wird darin bestehen zu erkunden, wer aus dem Elend des KZ die Geschichte der "totalen Helden" erfand und wer dieser totalen Helden im deutschen (Jung)volk und im politischen Apparat der SED bedurfte.

2. Geschichtspolitik

Nun weiterführende Überlegungen zum Begriff und Phänomen der Geschichtspolitik

Abschließend einige Bemerkungen zur Geschichtspolitik, die sich nur zum Teil aus den analysierten Beispielen ergeben, die aber in einem weiten Kontext zum Vergleich der Nachkriegszeit mit der Gegenwart herausfordern. Erkenntnisleitend wende ich meine Hypothese an, der nach die politische Kultur der DDR ihre bestimmenden Merkmale durch die Implementation des Stalinismus mit Hilfe des Antifaschismus unter den besonderen Bedingungen zweier deutscher Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen gewann. Dabei sind die gegebene Wechselbeziehung von Antifaschismus und Stalinismus sowie die strukturellen und genetischen Defizite des Antifaschismus gleichermaßen zu berücksichtigen.

Eine weiterführende Analyse der **Geschichtspolitik** vermittelt antifaschistischer Erfahrungen wird sich an den daraus zeitgenössisch durchgesetzten Hauptlehren orientieren können:

etwa an der Einheit der Arbeiterbewegung, der Vermeidung des Auseinanderredens, dem Blockcharakter der Bündnispolitik oder der Absage an die bürgerliche Demokratie und dem Mißtrauen ("Wachsamkeit") als ein die politischen Beziehungen in der SBZ/DDR prägendes Merkmal.

Zu fragen ist, welche Tabus gesetzt wurden, welche Fälschungen der Geschichte durch die SED vorgenommen werden mußten, um ihre politische Linie zu begründen. Mir scheint, daß **Geschichtspolitik** zu einem vereinfachten, reduzierenden Umgang mit Geschichte führt. Dieser Handlungstypus der Politik, sich überwiegend auf Feindbilder und Projektionen gründend, kann nur begrenzt die widersprüchlichen Horizonte und moralischen Impulse aus der Geschichte aufgreifen.

Die in der VVN politisch Organisierten, wie die OdF überhaupt, befanden sich rasch angesichts der expandierenden neuen "staatsaufbauenden" Parteien in einer Minderheitensituation.

Sie konnten auf ihren Einfluß in den Parteien als - so der Anspruch - demokratisches Gewissen hoffen, wobei die Fähigkeit dazu a priori gegeben schien.

Die SBZ/DDR war von Anfang an eher Mitläufer- und Tätergesellschaft, als eine durch die politisch bewußten Opfer des NS geprägte Gesellschaft. Zum Selbstverständnis in der VVN mag es durchaus gehört haben, daß i.B. die Kameraden in der SED schon im Sinne ihrer Anliegen wachen und handeln werden.

Geschichtspolitik ist die zum Zwecke der Erlangung oder Ausübung politischer Macht betriebene Bewertung historischer Ereignisse, politischer Kräfte und Personen. Sie stützt sich auf moralische und ideologische Grundlagen und repräsentiert ihr Wirken als

- Personenauswahl
- Konstituierung von mentalen personellen Abhängigkeiten und Unterordnungsverhältnissen ("Lehrer-Schüler")
- Benennung "unabweisbarer" historischer Lehren, ist also Teil des Versuchs, die geistig-kulturelle Hegemonie in der Gesellschaft zu erringen
- Begründung des Pantheon, von Riten und Ikonographie der Gesellschaft oder politischer Gruppen bzw. Verbände/ Institutionen.

Geschichtspolitik ist die instrumentelle Nutzenanwendung von durch Ideologie gebrochenen geschichtlichen Erfahrungen zur Gestaltung von Lebens- und Gesellschaftsplänen.

Geschichtspolitik ist eine spezifische Form der Vergesellschaftung von individueller und kollektiver Erfahrung, i.B. in seinem bewußten Teil der Erfahrungen mit dem politischen Leben. Vergesellschaftet und politisch betrieben werden sowohl die Vermittlungs- wie Aneignungsprozesse.

Geschichtspolitik ist Deutungsmacht, sie definiert, was und aus welchen Ereignissen bzw. historischen Vorgängen etwas Bestimmtes zu lernen ist. In katastrophischen sozialen und politischen Ereignissen liegt das Potential, aus Geschichte zu lernen. Das Dilemma der Politik ist, daß die Lernenden zunächst in Sieger und Besiegte bzw. in oben und unten geschieden scheinen. **Geschichtspolitik** sucht diese Spaltung zu instrumentalisieren und zugleich zu verwischen, sucht sie doch zumindest historische Legitimität oder Massenloyalität.

Geschichtspolitik schafft einen geistigen Raum, eine symbolgeladene Welt zur Binnen- und Außenlegitimation von Herrschaft. **Geschichtspolitik** bedient sich der realen und ideellen Symbole des Antifaschismus und erschöpft zunehmend dieses symbolische Kapital.

Der Rückgriff auf die Lehren der Geschichte hat im linken bzw. kommunistischen Politikverständnis einen besonderen Stellenwert. Dies hat seine Ursache in der Konstruktion der marxistisch-leninistischen Ideologie als auf historischen Quellen und Bestandteilen gründend und in dem Verständnis der

eigenen politischen Rolle als Träger einer eschatologischen historischen Mission der Menschheitsbefreiung. Letztlich ist dies die unhinterfragt von relativ großen Menschengruppen geteilte Überzeugung, die einer Vielzahl von Ereignissen und Handlungen Sinn gibt. Das Symbol der (antifaschistischen) Mission verwandelt sich so in ein Mythos. (Mythos ist im übrigen keine moralisch-abwertende, sondern eine soziologische Kategorie.)

Die Mission der berufenen revolutionären Klasse steht in Resonanz mit der persönlichen Mission der überlebenden Opfer des Faschismus.

Ein Dilemma dieser Interpretation ist die Verklärung der Rolle des deutschen Volkes zum ersten Opfer, der Arbeiterklasse zum Träger des Widerstandes. Resultate dieses Denkens und Erwartens sind zu sehen in der Wort- und Fühllosigkeit für das ganze Ausmaß der geistig-kulturellen, der ideologischen und mentalen Verwahrlosung auch der Arbeiterschaft, der unwiederbringlichen Verluste an linksproletarischen und jüdisch-kosmopolitischen Lebenswelten.

Die historische Legitimität als politisch-ideologische Problemstellung auf der historischen Tagesordnung einer reformerisch oder revolutionär gewandelten deutschen Nachkriegsgesellschaft verdeckt zunehmend das Problem der Legitimation durch Verfahren und Methoden neuer politischer Herrschaft.

Die Geschichtspolitik ist der Führung und den Bedürfnissen des kalten Krieges untergeordnet. In der Konsequenz wird das Emanzipatorische und das Sozialistische zurückgenommen, anstelle es gegen die Feindbilder und Fronten des kalten Krieges mobilisiert wird. Wenn im Antifaschismus Ansätze neuen Denkens und neuer Politik auch zu finden wären, so werden gerade diese verdeckt und unterdrückt entsprechend der Zwänge des kalten Krieges. Der kalte Krieg stabilisiert die dogmatische, die stalinistische, die klassenkämpferische Interpretation von Geschichte. Die Geschichte des Antifaschismus und des kalten Krieges als Fortsetzung des Kampfes zwischen Faschismus und Antifaschismus begünstigt die Implementation des Stalinistischen in die politische Kultur der DDR. Die dieser Geschichtspolitik zugrundeliegenden bzw. durch sie reproduzierten Geschichtsbilder sind sozial, ökonomisch und ideell reduktionistisch.

Die Geschichtspolitik der OdF/VVN trifft auf einen lebensweltlichen Raum, der durch Zerstörung alles Gewohnten geprägt ist. Die Chiffre Sozialismus für den Überlebenswillen eines großen Teils der Bevölkerung deckt sich inhaltlich nicht mit den Konzeptionen der verschiedenen politischen Kräfte, die alle dem Sozialismusangebot nicht entbehren können.

Die Geschichtspolitik der deutschen Kommunisten stellt sich bewußt an die sowjetische Seite. Im Verhältnis zwischen kommunistischen Antifaschisten und sowjetischen Besatzern

überwiegt im Wechselverhältnis zwischen (sowjetischer) Fremdbestimmung und (deutschen) Eigenen die auf Ideologie und realer Optionsreduktion für Alternativmodelle folgende Gemeinsamkeit des Strebens nach politischer Gestaltungskraft für die angestrebte antifaschistisch-demokratische Ordnung. Das einende Band ist die Machtsicherung.

Das sowjetische Beispiel gibt den Rahmen, die Zielgerade, das umfassende Leit- und Vorbild für das eigene Handeln zur Erfüllung der antifaschistischen und der historischen Mission des Proletariats.

Die **Geschichtspolitik** der kommunistischen Antifaschisten ist geprägt von einer erheblich reduzierten Rezeption der antifaschistischen Erfahrungen. Das betrifft sowohl die widerständische Praxis als auch die ideelle Entwicklung des Antifaschismus. (Ziel-Mittel-Dialektik)

Die **Geschichtspolitik** der ODF/VVN hatte ihre politische Hauptkraft in einer kommunistischen Partei, die mit einem eher taktischen Einheits- und Volksfrontkonzept mit dem Kalkül der politischen Verwendung zeitweiliger Verbündeter die zeitliche Dauer, die soziale Tiefe und die universale-globale Geltung der Nachkriegswelten übersieht.

Mit dem durch den Weltkommunismus und seine Gegenspieler vereitelten Versuch der KP der USA, auf Jalta mit einem nationalen und internationalen Konzept des Wandels durch Annäherung der feindlichen Welten zu reagieren, die Antihitlerkoalition zu begreifen als das Ende der Möglichkeit, Humanität zurückzugewinnen oder zu erhalten im Klassenkampf, hat eine geschichtsideoologische Konzeption als Katalysator und eigenständige Antriebskraft auf den Weg in die Sackgasse des kalten Krieges und der Stalinisierung der SED, der SBZ und der DDR geführt.

Geschichtspolitik als Umerziehungsstrategie begünstigt obrigkeitsstaatliche Erziehungskonzepte und führt bis in die Didaktik der Erziehung hinein zu einer der Selbsttätigkeit mißtrauenden Konzeption der Aneignung von Geschichte. Statt historischem Lernen dominieren die Normen setzenden Geschichtsbilder. Die paralyisierte Nachkriegsgesellschaft bedarf der Umerziehungskraft des Staates. Die Entnazifizierung wird mißverstanden als Besetzungsauftrag oder einseitige, von den ODF erhobene Forderung. Im Vergleich zur Politik in den westlichen Besetzungszonen dürfte in der SBZ die politische Mobilisierung zur Teilnahme an der Wiedergutmachung größer gewesen sein. Eine Grenze findet Vergangenheitsbearbeitung dort, wo sie zu den politischen Mobilisierungszielen in Widerspruch gerät. (Bsp. Schuldvorwurf und Staatsräson) Harte Daten, die die Annahme beweisen könnten, daß auch mit der eher moralisch und politisch als wirtschaftlich begründeten Mobilisierung eine stärkere innere Reparation (V. Klemperer 1947) einherging, existieren nicht.

Geschichtspolitik ist betroffen von den Konflikten zwischen den Generationen. Geschichtspolitik in der SBZ/DDR suchte mit der Kontinuitätsthese von deutscher Geschichte, die zur DDR

fürte, diese Konflikte zu verdrängen, zu dämpfen bzw. ihre Austragung zu behindern.

In diesem Sinne ist **Geschichtspolitik** die Institutionalisierung der Niederhaltung der Generationskonflikte. Eine solche Geschichtspolitik setzt voraus, die ganzheitliche Überlieferung des Erinnernten und des Gewesenen zu verhindern.

Geschichtspolitik bedeutet die Ersetzung eines soziokulturellen und gesellschaftlichen Lernens aus Geschichte durch die Staatsaktion. Der Staat sanktioniert die Themen und die Personen, die erinnern und politisieren dürfen.

Die **Geschichtspolitik** der OdF/VVN ist gebunden an die geschichtspolitische Hauptkraft, die KPD und insbesondere die Moskauer Remigranten sowie den kulturpolitischen Apparat der SMAD.

Die KPD entwickelt ihre Geschichtspolitik nach der Wende von Stalingrad wesentlich mit dem NKFD und dem BdO, der Erprobungsraum sind die Gespräche und Umerziehungserfahrungen mit deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR.

Diese Partei hat in der historischen Aufarbeitung mit ihrer strategischen Moskauer Fraktion das Übergewicht. Zugleich ist die Geschichtspolitik in der SBZ/DDR mit legitimatorischen Legenden der BRD-Geschichtsschreiber konfrontiert.

Einflußreiche Arbeiten für das geschichtspolitische Verständnis der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben waren:

Abusch, Alexander: Der Irrweg einer Nation, Berlin 1946.
Girnus, Walter: Wer macht Geschichte? Berlin, Leipzig 1946.
Grotewohl, Otto: Wo stehen wir - wohin gehen wir. Weg und Ziel der deutschen Sozialdemokratie, Berlin 1945.
Norden, Albert: Lehren deutsche Geschichte. Zur politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker, Berlin 1946.
Pieck, Wilhelm: Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf für den Sturz der Hitlerdiktatur, Berlin 1954.
Pieck, Wilhelm: Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. 30 Jahre Kampf, Berlin 1949.
Ulbricht, Walter: Der faschistische deutsche Imperialismus (1933 - 1945), Berlin 1952.

In der Breite haben originär antifaschistische Kader des inneren Widerstandes in Deutschland nur begrenzte Teilhabemöglichkeiten an der wissenschaftlichen Fundierung des parteioffiziellen Antifaschismus. In der ideologisch-erzieherischen "Umsetzung" eines Politikkonzeptes, das mit Hilfe von Antifaschismus Massenloyalität und sich festigende Binnenlegitimation sucht, d.h. Beglaubigung von Politik mit ausgewählten individuellen Erfahrungen und der antifaschistischen Disziplinierung der Kader, dürfen sie sich an der Vermittlung von Antifaschismus beteiligen. Die Teilhabe von ausgewählten antifaschistischen Kadern an der Breitenvermittlung von Antifaschismus wird erst möglich, nachdem das parteioffizielle Bild vom kommunistisch geführten Antifaschismus gegen sie oder an ihnen vorbei oder doch zumindest

ohne deren direktes demokratisches Einverständnis durchgesetzt worden war. Allerdings wird der originäre Antifaschismus Nicht-Moskauer-Herkunft als Schutzschild für die Stalinisierung der SED und der politischen Kultur der SBZ/DDR benötigt. Das Desinteresse an den ODF oder die Abwehr der Anerkennung des Widerstandes als eine Handlungsmöglichkeit im Dritten Reich durch eine Bevölkerungsmehrheit begünstigt den stalinistischen Kurs der antifaschistischen Nachqualifikation durch Aufbauarbeit gegenüber dem originär-antifaschistischen Anspruch nach innerer moralischer Erneuerung und Neuaufbau.

Im berechtigten Kampf der KPD gegen die Umdeutung der deutschen Geschichte als Miseregeschichte und Geschichte von oben geht aber zugleich der Blick auf die Gemeinschaft des Versagens von oben und unten verloren, wird die Erzählung der Geschichte des Volkes und seines Antifaschismus geschönt.

Geschichtspolitik entgeht nicht dem konstitutiven Widerspruch zwischen Moral und Politik, zwischen Geist und Macht. Wenn **Geschichtspolitik** als unverzichtbar gelten sollte, muß dennoch dieser Widerspruch austragbar bleiben.

In der SBZ wurden mittels **Geschichtspolitik** die alliierten Beschlüsse, Potsdam und die Kontrollratsdirektiven zum Zweck einer Revolution von oben und außen interpretiert. Die Potsdamer Beschlüsse beruhen, was die innere Veränderung in Deutschland betrifft - Entnazifizierung und strukturelle Eingriffe zur Kriegsverhinderung - im Wesen nicht auf sowjetisch-kommunistischen Revolutionskonzepten (L: 2 Taktiken), sondern auf von der Frankfurter Schule sozialwissenschaftlich beeinflussten Konzepten und der Abneigung von Roosevelts New Dealer gegen das Big Business. (Badstübner)

Geschichtspolitik diene der Vermittlung von National-Staats-Bewußtsein (Patriotismus), d.h., sie soll identitätsstiftend wirken. Unter den Bedingungen des II. Weltkrieges und der Hoffnung auf einen Antihitlerismus in der deutschen Wehrmacht versucht die KPD, in Moskau ein schwarz-weiß-rotes Identitätsangebot zu konstruieren.

Unter den Bedingungen des Postfaschismus ist der Weg aus der Volksgemeinschaft in die Wir-Identität der sozialistischen Menschengemeinschaft zu beschreiten.

Geschichtspolitik im Zeichen des Antifaschismus operiert mit der Offenheit in der Deutung von Situationen und Begriffen. Sozialismus und nationale Ehre, Kriegsabscheu und Friedenssehnsucht dürften zu den multiplen Begriffen des Vokabulars eines antifaschistisch vorstoßenden Stalinismus gehört haben, ohne sich dabei der tatsächlichen Differenz zur nationalsozialistischen Überlieferung zu vergewissern.

Geschichtspolitik nach der Befreiung/Kapitulation dient der Manipulation eines Konsens, der den Machterwerb und Machterhalt der Kommunisten ermöglicht.

Im folgenden noch einige spezifische oder besonders wirksame Züge der Geschichtspolitik der OdF/VVN:

1. **Geschichtspolitik** der OdF/VVN orientierte auf die Jugend als Träger der Zukunft und besonders von der Naziideologie geprägte Gruppe in ihrer pädagogisch-politischen Dimension. Die Großeltern und Eltern-generation, i.B. in den 40er bis 60er Jahren wird neutralisiert. Der Alltag verschwindet aus den Geschichtsbildern, es erfolgt tendenziell die Reduktion auf politische Geschichte bzw. Geschichte von der Politik. Wie ein Mensch zum Nazi wird, ist in ihr nur verzerrt oder nicht enthalten.
2. **Geschichtspolitik** der OdF/VVN konnte bei den kriegsgeschädigten NS-Mitläufern auf eine gewisse Resonanz, auf partielle Übereinstimmung und Folgebereitschaft rechnen.
3. **Geschichtspolitik** der OdF/VVN konnte sich in ihren Zukunftsvisionen auf die Realgesellschaften der Alliierten - als antinazistische - beziehen. Für erhebliche Teile von ihnen konnte die Sowjetunion als begonnene Zukunft gelten.
4. **Geschichtspolitik** der OdF/VVN erfolgte zentral aus der Perspektive des politischen Widerstandes. Die Dimension der Defensive, der Niederlage des Widerstandes verblaßte angesichts neuer Mitwirkungschancen infolge von alliierter Kriegserfolg und auf totaler Kapitulation gründender Besatzungsherrschaft.
5. **Geschichtspolitik** der OdF/VVN bediente sich der moralischen Legitimation und der Einforderung von Mitwirkungsrechten an der Seite der Besatzer-Befreier. Die Realität eines anderen Deutschland ist Willkommen für den Erwerb neuer Achtung und Mitwirkung in der Gemeinschaft der freien Völker. Die Realität des deutschen Antifaschismus, viele innere Feinde zu haben und eher äußere Freunde, wird so verdeckt.
6. **Geschichtspolitik** der OdF/VVN schloß pädagogische und strafrechtliche Aspekte ein. Die strafrechtlichen Aspekte belasteten die Gesellschaft ebenso, wie sie Entlastung bewirken sollen. Die propagierten Täterbilder, die rasch zu ideologisierten Sterotypen gerinnen, entsprechen nicht der "Nazi"erfahrung mit dem PG, dem Goldfasan oder dem einfachen Volksgenossen von nebenan. Das Leben in der Diktatur wird in einem Bild aus der KZ-Perspektive gezeichnet, wo sich das eigene Leben nicht wiederfindet und nur Platz für Verleugnung bleibt.
7. **Elitenwechsel, Aufstiegschancen** für Unterschichten und die Chance zur Entnazifizierung durch Aufbauarbeit stellen Attraktionen dieser Geschichtspolitik dar.

8. Die **Geschichtspolitik** der OdF/VVN erfolgt im wesentlichen durch die KPD/SPD bzw. SED und die remigrierten Kulturträger in der deutschen Nachkriegsgesellschaft.

9. Die **Geschichtspolitik** der OdF/VVN sucht zunächst, zur Erhaltung der Einheit Deutschlands beizutragen, ist aber auch hier in einer Minderheitenrolle. In dieser Situation bezieht sie unterschiedlich Frontstellung im beginnenden kalten Krieg.

Die national-patriotische Komponente des Antifaschismus wird letztlich im Sinne ihrer Intentionen erfolglos für die Erhaltung der Einheit Deutschlands mobilisiert. Zurück bleibt die Beschädigung der internationalistischen Dimension des Antifaschismus. Als krasses Beispiel muß man sich verdeutlichen: Bei den Nazis wurde die Dresdner Bevölkerung gegen den anglo-amerikanischen Bombenterror ideologisch mobilisiert, sich selbst als unschuldiges Opfer wahrnehmend. In Reaktion auf Wettrüsten und Koreakrieg stellt sich die SED in Sachsen in diese Traditionslinie, indem ab 1952 die US-Bombardements dem faschistischen Krieg gleichgestellt werden. Die Dresdner Bevölkerung folgt diesem Entlastungsangebot, von eigener Schuld ist keine Rede mehr. Max Seydewitz lenkt im Auftrage der Partei publizistisch den Unbill der Dresdner für erlittene Verluste im 2. Weltkrieg auf einen vermeintlichen amerikanischen Agenten, der die Bomber von Weißen Hirsch auf Dresden leitete.

Hier bedient sich die **Geschichtspolitik** historischer Analogieschlüsse unter Vernachlässigung aller real-historischen Zusammenhänge. Die gedankliche Substanz bildet die ideologische Ausformung der leninistischen Imperialismustheorie in einer grob ökonomistischen Lesart.

Geschichtspolitik konstituiert mit der Konstruktion der historischen Legitimität und Realität des anderen Deutschland in Gestalt der DDR die BRD als universalen Feind und Faschismuspächter. Die These vom "anderen Deutschland" in Gestalt der DDR impliziert die radikale Ausschließung des Volkes in der BRD und des Staates BRD vom demokratischen und sozialen Fortschritt in Deutschland. **Geschichtspolitik** legitimiert und befestigt die deutsche Spaltung.

10. Das einzige reale Konsenselement von Antifaschismus - nie wieder Krieg von deutschem Boden - wird im Nachkriegsdeutschland durch beginnendes gegenseitiges Wettrüsten an der Seite der Weltmächte erodiert. Die pazifistischen Ansprüche der **Geschichtspolitik** werden dem bewaffneten Frieden geopfert, und die Kriegserfahrung wird "zur unerwünschten Erfahrung". Die allgemeine Menschenfeindlichkeit der Atombombe entzieht sich dem Blick.

Geschichtspolitik mobilisiert die Ängste vor der Wiederkehr des Faschismus und des Krieges für ein blindes Vertrauen in die SED und die in ihr und von ihr geführten Antifaschisten.

Das Gedenken an die Opfer des Faschismus unter Ausschließung des Gedenkens an die Kriegspopfer (Soldaten), die soziale Fürsorge für die OdF (Nazigegner) unter Vernachlässigung der Kriegsversehrten und Hinterbliebenen stellt die Entfremdung zwischen dem am NS mitverantwortlichen Volk und der Minderheit des Antifaschismus bzw. Antinazismus auf Dauer. Das öffentliche rituelle Gedenken für die OdF kontrastiert mit der Verweisung des Gedenkens an die "eigenen" Toten (des Krieges) in den nichtöffentlichen oder kirchlichen Raum.

Totenehrung oder Totenächtung sind wesentliche Elemente der **Geschichtspolitik**, freilich in ideologischer Auseinandersetzung mit der Tradition des Mißbrauchs von Totenehrung für Militarismus und Chauvinismus in Deutschland. Zeitgenössisch überliefert ist auch die Indifferenz, die "Gleichheit der Toten vor dem höchsten Richter" zu behaupten, um sich auf die Flucht vor der Nachfrage nach verantwortlichem Verhalten zu begeben. Moralische Gleichgültigkeit und politische Indifferenz sind eine Folge der Einebnung der Toten in die Kategorie der "Opfer der Gewaltherrschaft".

Totenehrung oder Totenächtung sind kulturell-politische Ereignisse, die es gestatten, Ideologien lebensweltlich zu verankern.

Das reduzierende Gedenken an die politisch definierten OdF steht im Widerspruch zu einer **Geschichtspolitik**, die bei der Verfolgung des Ziels, politische Opportunität für die neue Macht bei Mehrheiten einzuwerben, das gesamte deutsche Volk zum ersten Opfer des Faschismus umwidmete.

11. Der kalte Krieg schwächt im Osten Deutschlands das bürgerlich-liberale Element des Antifaschismus, und der hemmungslose deutsche Antikommunismus stabilisiert die kommunistischen Feindbilder. Auf diese Weise gerät die antifaschistische Bündnispolitische Substanz der **Geschichtspolitik** in ihr Dilemma, aus der Selbstreferentialität nicht mehr ausbrechen zu können.
12. Die Spontan-Entnazifizierung durch Westflucht, Abschiebe- und Freikaufpolitik polarisiert die deutschen Nachkriegsgesellschaften nachhaltig. Die BRD hat nicht nur infolge sozialökonomischer Kontinuität das größere Problem im Umgang mit den alten Eliten zu bewältigen. Unverdientermaßen wird die Freiheit der DDR von Nazigrößen als der ausschließliche Erfolg der **Geschichtspolitik** in der SBZ/DDR überhöht wahrgenommen. Offen bleibt die Analyse der tatsächlichen Integrationschancen für NS-Führer in der SBZ/DDR. Die NDPD gehört zu den besonderen Instrumenten der Integrationspolitik. In ihrem Wirken ersetzen geschichtspolitische Leitsätze den eigenen programmatischen Anspruch. Als Partei der "Ehemaligen" (PG's und Wehrmachtsdienstgrade) kann sie nur ins politische Leben der SBZ/DDR treten, weil sie die führende Rolle der Arbeiterklasse, der SED, der KPdSU und

der UdSSR zum historischen Axiom erhebt. Sie versteht sich von ihrer Gründung an als treuester Helfer der deutschen und sowjetischen Kommunisten. Diese Haltung ist mißbrauchbar für die Pflege von Opportunismus und für die Manipulation von ehrlichem Schuldbewußtsein zu neuer Gefolgschaftstreue. Mittels Geschichtspolitik wird eine Abhängigkeit konstituiert, die keine Eigenständigkeit als politische Kraft ermöglicht und die kein politisches Selbstbewußtsein gedeihen läßt. (Danyel 1992, *5503)

13. Es bleibt weiter Gegenstand der Forschung, welche Teile der Mitgliedschaft der OdF/VVN ein originäres Interesse an der Umdeutung der Opfer- in eine Kampfes- und Heldengeschichte hatten. Die ideologische Quelle liegt sicher in der Verkopplung von Antifaschismus und proletarischer Befreiungsmision, der Kontinuitäts-erzählung von Müntzer bis Ulbricht. **Geschichtspolitik** der OdF/VVN ist genuin Toten- und Opferehrung. Die Heldenerzählung gehört zu den legitimen und authentischen Mitteln des politischen Widerstandes. In der SBZ/DDR wird sie zu einem tragenden Strang der Staatsräson der DDR.
14. Innerhalb der OdF/VVN beeinflusste **Geschichtspolitik** die Zersetzung der Gemeinschaft der Opfer. Die gültige Opferdefinition überließ weiterhin die Definitionsmacht dem Gegner, dem faschistischen Staat.

Die politische Orientierung auf Geschichte mit dem Ziel, verbindlich Zukunft zu interpretieren, zerbricht den fragilen Konsens des Antinazismus, dessen Motive von Betroffenheit aus dem Anlaß eigener Verfolgung bis zur prinzipiellen antikapitalistischen Position aus Erfahrung oder Ideologie reichten. Für einen ideologischen, prinzipiellen Antifaschismus von Kommunisten folgt einigermaßen zwingend (zumindest im strategischen Kalkül) der Antifaschismus aus dem Antikapitalismus. Dieser Antifaschismus schien auch ohne Analyse des realen Faschismus existieren zu können.

15. In der Bevölkerung nimmt die **Geschichtspolitik** mit antifaschistischem Anspruch Schaden infolge stalinistischer Besatzermaßnahmen, die in Abstimmung, auf Initiative aber auch gegen den Protest der Antifaschisten erfolgten. Das Erwartungsbild, "die Sowjetarmee hilft" uns als Befreier, findet vielfach keine Entsprechung in der erlebten Politik. Genannt seien Vergewaltigungen, Nacht- und Nebelverhaftungen, der manipulative Umgang mit den Kriegsgefangenen, die inhumane Massenausweisung der Deutschen u.a.
16. **Geschichtspolitik** ist auch die Ächtung von Literatur und Kunst als faschistisch oder als Wegbereiter. Hier spielten geschichtsideologische Auffassungen von den Ursachen des Faschismus keine unbedeutende Rolle. Im Sinne der herrschenden Auffassung von der politisch-moralischen Einheit des Volkes im realen Sozialismus wird die Abweichung tendenziell als faschistisch denunzierbar.

17. Die antifaschistische **Geschichtspolitik** trägt wesentlich in ihren Wirkungen zur erfolgreichen Verdrängung der stalinistischen Verbrechen, historischen Fälschungen und pseudewissenschaftlichen Logik bei.
18. **Geschichtspolitik** der SED ist gebunden an ein psychisches Selbstverständnis, daß den Zweifel als Zentrum der geistigen Destruktivität wahrnimmt. Die Hypothese solcher Kategorien, wie historischer Mission oder Gesellschaftsformation sind Zeichen dieses Vorgangs. **Geschichtspolitik** konstruiert mittels selektiver **Geschichtswahrnehmung** ein Kontinuum des revolutionären Potentials und Erfolgs - historischer Optimismus gehört zum Pflichtenkanon der politischen Selbstbespiegelung der DDR, als Krönung der ganzen Geschichte des deutschen Volkes.
19. Die Bestimmung der Folgen von **Geschichtspolitik** in der SBZ/DDR wird die Ambivalenzen der Gesellschaft in Rechnung zu stellen haben. Dabei ist jedoch hervorzuheben, das ihre "guten" Seiten im Dienste eines Nicht- und Antisozialismus (genannt realer Sozialismus) standen.
20. **Geschichtspolitik** ist ein Politikbereich, der zur Kaderselektion und Repression beizutragen hatte. Innerparteiliche Kämpfe oder Ergebnisleistungen gegenüber Stalin wurden oft geschichtsideologisch drapiert. Andererseits ist auch zu vermuten, daß SED-innere Opposition sich an gemeinsamen geschichtspolitischen Positionen erkannte.
21. Die Geschlossenheit der Geschichtsbilder der **Geschichtspolitik** der DDR/SED ist ein charakteristischer Zug des Konservativen im politischen und geistigen Leben der DDR. Der antifaschistische und antinazistische Widerstand war nicht progressiv zu befragen auf sein Emanzipationspotential, auf seine zivilisatorische Vorbildrolle, auf die Betonung von politischer Mündigkeit und Eigenverantwortung, auf seine Mahnung zum Widerstand gegen jedwede Teilung der Humanitas, sondern es wurde ein von der KPD politisch geführter Widerstand von "Soldaten der Kommunistischen Internationale" (Dimitroff) in den Mittelpunkt gerückt. Trug der kommunistische Widerstand durch seine Bindung an den Stalinismus schon den konservativen Keim in sich, so starb sein Fortschrittspotential mit der Verstaatlichung. Antifaschismus an der Macht bediente sich der politischen - d.h., mit den Machtmitteln des Staates durchgesetzten - Verwaltung der Ideale des Antifaschismus. Die Aneignung authentischen Antifaschismus wurde nun, paradoxerweise, aus dem Feld der Politik in die individuelle Aneignung verwiesen. Es verbleiben Freiräume der Kunst und Kultur und die Zufälle tätiger Aneignung. Nicht zuletzt die persönliche Ausstrahlung von Opfern des NS kompensierte zeitweise das spezifisch Politische des Staatssozialismus im Umgang mit Geschichte. Dies jedoch für den politisch intendierten Vorgang einer lebendigen Aneignung antifaschistischen

Erbes (ein sehr selektiver und reduzierter Anspruch gegenüber der Aneignung der historischen Erfahrungen) zu halten, ist ein groteskes Mißverständnis.

22. Geschichtspolitik der SED/DDR ist der Versuch, für Politik und individuelles Handeln Sinn zu stiften. Eine Kritik von Geschichtspolitik wird sich mit den Leistungsmöglichkeiten und Leistungsgrenzen rationaler Aufklärung befassen müssen.

Die politischen Interessen dienende Interpretation von antifaschistischer Geschichte betonte Siege, instrumentalisierte einseitig Niederlagen und verdeckte die Differenziertheit von Antifaschismen und Antinazismen. Das Selbstverständnis und Selbstbewußtsein der zur herrschenden Interpretation in Widerspruch oder Konkurrenz geratenden Persönlichkeiten wurde massiv diskriminiert. Erst die erfolgreiche Diskriminierung der Abweichungen, der Vielfalt und mit ihnen der Verdrängung der Komplexität einer geschichtlichen Situation gründete das spezifisch politische Vertrauensverhältnis zwischen Volk und SED.

Geschichtspolitik ist die selektive Aneignung von Geschichte, die einseitig dem Machterwerb und der Machterhaltung dient. Verhindert wird die Bewahrung oder Ableitbarkeit des allgemein gesellschaftskritischen Impulses des Antifaschismus. Ein allgemeines Recht auf Widerstand gegen Diktatur wird bewußt ausgeschlossen.

Die vorrangig politische Aneignung von Geschichte zwingt zum instrumentellen Umgang mit der Breite und Verschiedenheit der Antifaschisten nach Motiven, Herkunft, Wirkungsräumen und Wirkungsweisen.

23. Geschichtspolitik bevorzugt die Perspektive auf den politisch motivierten und politisch organisierten und vorrangig politischen Zwecken dienenden Antifaschismus.
24. Die vielseitige Bindung von Politik an Geschichte und umgekehrt erzwingt im konservativen Staatssozialismus die Bekämpfung der Erinnerung an die emanzipatorische Linie der Geschichte des Volkes und i.B. der Arbeiterbewegung. In der Erbe-Traditions-Debatte überwog die Erschließung des Etablierten, der Herrschaftsgeschichte von oben. Das 20. Jahrhundert wurde in diesem DDR-spezifischen Diskurs der Geschichtspolitik nicht erschlossen.
25. Die historische Erfahrung konstituiert den Opfer-Kämpfer-Unterschied, Politik benötigt die Kämpferperspektive, zumal die Opferperspektive schon für das verführte Volk reserviert ist. Die ausgeweitete Opferperspektive verdeckt die Unterschiede zwischen den Ursachen und Wirkungen des Nationalsozialismus im Hinblick auf die Täter-Mitläufer-Einheit.
26. Geschichtspolitik in der SED/DDR ist das Primat der Politik über die historische Wahrheit, i.S. über die Geschichtswissenschaft. Dieser Sachverhalt wird verdeckt durch die gemeinsamen methodologischen Grundlagen von

politischer Ideologie und Geschichtswissenschaft im Marxismus/Leninismus, i. B. im "Dia-Mat" stalinscher Prägung.

27. Die VVN ist eine Institution der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, als solche nimmt sie teil an der nichtrevolutionären geistig-kulturellen Umwälzung von oben. Das heißt, die Ver- und Bearbeitung historischer Erfahrungen ist, soweit sie öffentlich geschieht, wesentlich eine Aktion des Staates bzw. der politischen Herrschaftsausübung.
28. Vorübergehend bietet der antifaschistische Charakter dieser Umwälzung auch einen Schutz- und Bewegungsraum für nichtsozialistische Kräfte und Gedanken. Mit der Monopolisierung der Interpretationsrechte für Geschichte verliert die VVN/OdF ihre Bedeutung bzw. ist ein Hemmnis für die monokausale Zurichtung von Geschichts- und Leitbildern.
29. Mittels Geschichtspolitik wird die ideologische Einheit, ein wesentlicher Aspekt der Binnenlegitimation der herrschenden Antifaschisten, herbeizuführen gesucht.
30. Die autorisierte Interpretation von Geschichte (Lehrbuch-Kommissionen, Kommissionen für Publikationsvorhaben, etwa die achtbändige Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung u.a.) dient der Erlangung der politischen Macht über die Erinnerung durch geistig-kulturelle Hegemonie. Die eigene Erinnerung soll im Interesse der politischen Macht durch fremde Erinnerungen verdrängt werden. Symbolisch ist hierfür die Wandlung der Täter- und Besiegtegesellschaft zur Gesellschaft der Opfer und Kämpfer, letztlich der historischen Sieger.
31. Die Wiedergutmachung für NS-Verbrechen vollzieht sich in der DDR wesentlich nach innen und außen über Geschichtspolitik, indem der Anspruch realisiert wird, das andere, das bessere Deutschland zu sein. Selbstverständlich dienen die Lehren der Geschichte auch der Begründung der Reparationen, so wie sie andererseits die materielle Wiedergutmachung an den Juden und anderen auch überlebenden Opfergruppen bzw. Einzelopfern ausgrenzt.

In der Tendenz führt die Geschichtspolitik zur Mankurtisierung der Untertanen. (Aitmatow 1986) Hermann Weber hat 1964 in seiner Schrift "Ulbricht fälscht Geschichte" die Hauptrichtungen und Absichten erhellt. Der Autor dieses Beitrages gehört einer Generation an, die am Material dieser Fälschungen verbildet wurde und deren kritischer Urteilsfähigkeit durch "weiße Flecken", die doch eher schwarze Löcher des Vergessens waren, ein bedeutendes Fundament entzogen wurde - die ganzheitliche Aneignung von Geschichte, i. B. des 20. Jahrhunderts.

(Die Wortbildung "Geschichtspolitik" geht auf einen Vorschlag von Norbert Frei (München) zurück. Jedoch sind dem Autor keine Veröffentlichungen Freis bekannt, die das so Bezeichnete näher

ausführen.)

3. Dokumentation

Aus dem ehemaligen SED-Archiv (SAPMO-BArch, vorl. ZPA IV
2/4/282)

In Buchenwald wurden einige englische Geheimdienstler gerettet. Ein Häftling hatte behauptet, es hätte eine politische Linie gegeben, solche Menschen besonders vor dem Tod zu schützen, weil sie später für die Nachkriegspolitik der KPD wichtig sein könnten. Mit der Antwort auf dies Behauptung beginnt der Azzug aus dem Protokoll.

1953 ging es nun um die Frage, wie deren Rettung politisch zu bewerten ist. In dem nachfolgenden Dokument wird durch die Verhörenden auch argumentiert, verhört wird eine bekannte Persönlichkeit des Widerstands in Buchenwald.

Blatt 125

Antw.: ...Ich traue ihm solche Formulierungen zu. Aber daß das so eine Ansicht war, die irgendwie stark in Erscheinung trat, solche Menschen zu retten oder Kontakt zu ihnen zu haben, weil das später von Wichtigkeit sein könnte, kann man nicht sagen. Es gab einige Leute, wie G. und E. E., E. war Kapo unter den Frisören. Er war eine ganze Weile in Weimar. E. war der Freund von G.

Frage: War der aus Hamburg?

Antw.: Nein. Er war eine Weile in Weimar. Er und G. waren dicke Freunde. Sie liebten, um die bürgerliche Welt herumzuschwarzeln.

Frage: Was weißt du über die Tätigkeit des Genossen S. in der Arbeitsstatistik?

Antw.: S. hatte eine sehr komplizierte Arbeit. Seine formelle Tätigkeit war die Zusammenstellung der Arbeitskommandos. Je größer das Lager wurde, desto größer wurde die Zusammenstellung der Transporte für die Außenkommandos, die mehr oder weniger Himmelfahrtskommandos waren. Unsere Aufgabe sahen wir darin, möglichst die uns bekannten Menschen vor solchen Himmelfahrtskommandos zu bewahren. Die Verantwortung dafür trug in allererster Linie S. selbst.

Frage: Wer wurde dann für die Menschen, die herangezogen wurden, in die Kommandos geschickt? Die Menschen, die dann geschickt wurden, konnte doch auch völlig in Ordnung sein.

Antw.: Das ist dann die Frage. Entweder wir lassen die Finger davon, das hieße, sofort den Grünen die Sache in die Hand geben.

Frage: Faktisch kamen dann Ausländer in diese Kommandos.

Antw.: 80 %. Tschechen und andere waren auch in der Arbeitstatistik. Sie hatten auch die Möglichkeit, ihre Leute zu retten.

Blatt 126

Frage: Und die anderen, die nicht drin waren? Wie ist deine Meinung grundsätzlich dazu?

Antw.: Grundsätzlich war das richtig.

Frage: Wieso?

Antw.: Es gab ja bei allen Nationalitäten eine Parteiorganisation, die war verantwortlich. Wenn eine Transportliste zusammengestellt wurde, bekam die nationale Gruppe die Mitteilung, die und sie Leute stehen auf der Liste, und sie hatten zu entscheiden, wer runter kam oder nicht.

Frage: War das auch bei der sowjetischen Gruppe so?

Antw.: Ja, sehr stark sogar.

Frage: Aber S. sagt selbst, er hat einige sowjetische Menschen eingereiht, die nicht dafür bestimmt waren.

Antw.: Es hat immer nicht ganz geklappt. Hinterher gab es immer Krach. Wenn man eine Liste von 500 Leuten zusammenstellt und sie drei Mal umändert, dann die Liste endgültig raufgibt, war immer etwas durcheinander.

Frage: Das ist ja die Frage, ob es überhaupt richtig ist, eine solche Liste zusammenzustellen.

Antw.: Es ist also die grundsätzliche Frage, ob es überhaupt richtig ist, eine solche Liste zusammenzustellen.

Antw.: Es ist also die grundsätzliche Frage, ob ein Genosse eine solche Funktion ausüben kann oder nicht. Das ist eine Nervenfunktion.

Frage: Hast du dir schon einmal Gedanken gemacht über den Kampf in Korea?

Antw.: Die Kämpfe sind gestützt auf die Erfahrungen des II. Weltkrieges. Außerdem sind Kriegsgefangene etwas anderes als ein Lager mit ... verschiedenen Nationen.

Frage: Wieso?

Antw.: Kriegsgefangene haben in sich den inneren Halt einer Idee, ihres Vaterlandes, ihrer Einheit, ihrer Armee. Bei uns im Lager waren 10 % Spitzel und Provokateure.

Frage: Meinst du, daß es da in den Kriegsgefangenenlagern nicht gibt. es ist ihnen doch gelungen, einen Teil für die Wlassow-Armee zu bekommen. Bei uns gibt es haufenweise Einzelkämpfe, aber man muß doch die Massenpositionen erkämpfen im Lager.

Die sowjetischen Freunde in Mauthausen haben einen Ausbruch gemacht. Sie haben gekämpft. Ein Teil ist kaputtgegangen dabei, sogar der größte Teil, aber sie haben gekämpft. Nur die Freunde haben das gemacht. Unsere Leute und die anderen haben nicht mitgemacht. Das ist der prinzipielle Unterschied...

Antw.: Ihr stellt die Frage, ob es richtig war, überhaupt eine Lagerfunktion anzunehmen.

Blatt127

Frage: Eben. Ich rede nicht von Funktionen wie Maurer oder Schlosser. Das sind Handwerker. Aber schon die Handwerker waren besser gestellt als andere. Ich spreche von allen anderen Funktionen, wo man zum Werkzeug der SS wurde. Denn man mußte doch das tun, was die SS verlangte.

Antw.: Aber die Funktionen waren da. 1937/38 haben sie die Schwarzen (Farbe der Kennzeichnung der angeblich kriminellen Häftlinge durch die SS, Anm. B.W.) ausgeübt. Die Politischen waren wehrlos.

Frage: Die Kriminellen waren keine einheitliche Masse. Sie zerfielen in zwei Gruppen: Die Dicken und die Dünnen. Die Dicken waren die, die die Funktionen hatten und die sich besser ernähren konnten. Aber dieser Gegensatz wäre die Basis gewesen, einen Kampf zu organisieren, auch mit den Kriminellen gegen diese Dicken. Bei uns ist es doch so herausgekommen, daß wir die Dicken geworden sind.

Antw.: Das kann man nicht sagen. Wir haben die Grünen und die Schwarzen differenziert. Aber nehmen wir an, wir hätten die dicken Grünen isoliert, hätte doch ein anderer Schwarzer oder Grüner die Funktion annehmen müssen.

Frage: Warum mußte jemand die Funktion annehmen?

Antw.: Warum mußte jemand kochen? Ich verstehe diese Frage wirklich nicht.

Frage: Jeder, der eine solche Funktion im Lager hatte, mußte die Aufgaben durchführen, die die SS nicht durchführen wollte.

Antw.: Das stimmt nur zum Teil. Die SS hatte nicht immer die Aufgabe, jemand totzuschlagen. Sie hatte auch ein Interesse daran, etwas bauen zu lassen, arbeiten zu lassen. Infolgedessen war es nicht nur die Aufgabe eines Kalfaktors, totzuschlagen, sondern die Arbeit zu lenken, die Arbeit so zu lenken, das möglichst wenig dabei herauskommt.

Frage: Wie war es denn früher in den kapitalistischen Ländern, wenn ein Genosse Meister wurde?

Antw.: Nicht jeder ist ein Schuft geworden.

Frage: Aber ein gewisser Teil.- Wurden Genossen korrupt?

Antw.: Sicher. Ich will das auch nicht bestreiten. Ich weiß, wie viele Leute, die Kalfaktoren wurden, keinen Verstand mehr hatten.

Frage: es war doch klar, daß die Genossen demoralisierten.

Antw.: Sie mußten nicht unbedingt, denn die Härte des Klassenkampfes zwingt die Menschen, diese Arbeit durchzuführen, ohne zu demoralisieren.

Frage: Nimm den B.. War er demoralisiert von vornherein? - Nein. Aber weil er diese Funktion ausübte, ist er demoralisiert.

Blatt128

Antw.: Nicht jeder ist demoralisiert.

Frage: Ich sage auch nicht, jeder. Aber stelle einmal gegenüber die Kriegsgefangenenlager und die Konzentrationslager. es war doch etwas falsch bei uns.

Antw.: Ich kann nicht einsehen, daß wir uns jeder Funktion entäußern. Ein großer Teil von Genossen hat Funktionen ausgeübt, und das wurde auch von der Partei anerkannt. Wenn das falsch war, daß wir Arbeitsfunktionen übernommen haben, dann war unsere ganze Politik falsch, nicht nur die Politik der Deutschen, sondern auch die sowjetische.

Frage: Die kamen ja erst später in das Lager. Außerdem stimmt es nicht, wir haben das Beispiel Mauthausen, ein Beispiel, über das kein Häftling etwas erzählt hat.

Antw.: Ich kann mich erinnern, davon gehört zu haben.

Frage: Nein, es ist nichts darüber veröffentlicht worden.

Antw.: Doch bestimmt.- Das ändert nichts an der Tatsache, daß auf unser Betreiben hin sowjetische Genossen genauso Stubenälteste usw. waren. Ausländer die ins Lager kamen, haben gestaunt, daß sie ihr Essen bekommen. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn wir nicht die Funktionen gehabt hätten.

Frage: Wieviele Genossen wurden während der Nazizeit Ingenieure. Es gab draußen keine richtig organisierte Widerstandsbewegung, drinnen auch nicht. Du mußt doch erkennen, daß etwas falsch war.- Gab es nicht Genossen, die keine Funktionen übernommen haben? Genosse Schneller z.B. hat das mit dem Leben bezahlt.

Antw.: Es gab einige Genossen, die gesagt haben, nein. Aber die haben das nur auf sich bezogen.

Frage: Daraus kannst du ihnen keinen Vorwurf machen.

Antw.: Das mache ich auch nicht. Aber es gab nie eine Diskussion bei uns in der Partei, ob diese Annahme der Funktionen richtig war oder nicht.

Frage: Das ist doch schon ein Zeichen, daß irgend etwas nicht in Ordnung war, daß man nie diskutiert hat. Das ist soweit gegangen, daß Genossen nach der Befreiung acht Tage verschwinden mußten, weil sie sich nicht sehen lassen durften.

Antw.: Bei uns nicht. Wir haben versucht und zum großen Teil mit Erfolg, solche Dicken aus unseren eigenen Reihen verschwinden zu lassen. Das war nicht immer leicht. Ich bin auch nicht überzeugt, daß unsere Lagerfunktionäre in jeder Beziehung ein richtiges Verhalten an den tag gelegt haben. Aber ich bin noch nicht überzeugt, daß unsere Politik in dieser Beziehung grundsätzlich falsch war. Ich war selbst im Zuchthaus und in der Emigration. Ich kann mich nicht erinnern, daß jemals gesagt wurde, was unsere Genossen im Lager machen, ist falsch.

Blatt129

Frage: Da hatten sie auch noch keine Funktionen.

Antw.: Doch, aber nicht in dem Charakter wie später. Ich will nicht sagen, daß die Partei uns im Stich gelassen hat, aber es gab einfach keine Diskussion darüber, war die Ausübung von Funktionen richtig oder nicht. Als ich 1939 ins Lager kam, ist mir nicht der Gedanke gekommen, daß wir etwas nicht richtig machen. Ich habe mir nur Vorwürfe gemacht, daß wir nicht hart genug gegenüber den Dicken waren.

Frage: Noch ein Beispiel: Ein Genosse, der vor 1933 und auch während der ersten Haftzeit sich gut verhielt, läßt sich, als er eine Funktion hatte, im Wagen von den verhungerten Häftlingen ziehen. Das geschah in Mauthausen. Dieses System, Funktionen auszuüben und dadurch den Kampf um die Rettung von Kadern zu führen, muß zur Demoralisation führen. Im Gegensatz zu dem, was in den Kriegsgefangenenlagern in Süd-Korea der Fall ist, wo es Massenkämpfe gibt....

...Es gibt den Unterschied, daß es sich um gefangene Soldaten handelt, die zusammen gekämpft haben. Das erleichtert, den Massenkampf zu führen. Im Gegensatz dazu gab es im KZ Kriminelle, die nicht gekämpft haben. Dazu mußte man Menschen aber erziehen. Das ist kein prinzipieller Unterschied. Das zeigt nur, daß die Organisierung von Massenkämpfen schwerer sein kann.

Antw.: Das ist die Frage nicht nur des Verhaltens im Lager, sondern überhaupt die Frage des Widerstandskampfes.

Frage: Wenn du sagst, bei uns im Lager war das richtig, kommt auf die Linie, draußen gibt es ein großes Versagen und drinnen nicht.

Antw.: Man kann nicht sagen, daß draußen ein Versagen war und drinnen nicht. Draußen war der Widerstand genauso wenig aktiver Art wie drinnen.

Frage: Aber in den Lagern saßen im Verhältnis zu draußen viel mehr Genossen.

Antw.: Das ist richtig.

Blatt 130

Frage: Nehem wir an, Thälmann wäre bei euch gewesen. Hätte er eine Funktion annehmen können?

Antw.: Natürlich nicht.

Frage: Und warum die anderen?

Antw.: Die Linie, die du ziehst, kann man nicht ohne weiteres akzeptieren. Das ist eine Frage, die, glaube ich, hier allein nicht diskutiert werden kann. Diese Frage hat große internationale Bedeutung.

Frage: Ihr stellt also die Transportliste zusammen und entscheidet, der und der geht nicht mit. Ihr nehmt 35 Personen heraus, aber ihr müßt 35 andere Menschen an ihre Stelle setzen. Für euch unbekannte Menschen, die ihr selbst in den Tod schickt. Im Moment sind diese Menschen unbekannt, aber in Wirklichkeit sind sie vielleicht gar nicht das, was man annimmt. Selbst das sowjetische Komitee konnte die Menschen nicht kennen, denn sie haben nicht gesagt, wer sie sind.

Antw.: Die Einsprüche unserer sowjetischen Freunde waren zahlenmäßig immer die größten. Sie hatten die am besten durchorganisierte Gruppe. Wenn dort ein neuer Transport kam, wußten sie, wer was ist.

Frage: Aber Franck hat sie in den Tod geschickt. Welche Verantwortung habt ihr damit übernommen.

Antw.: Aber wie groß ist die Verantwortung, wenn man weiß, tausend Menschen werden auf Kommando geschickt und wir legen die Hände in den Schoß und lassen die gehen, die die SS bestimmt. Du kannst doch von uns nicht verlangen, was im ganzen Lager nicht vorhanden war.

Frage: Aber das begreifst du nicht, daß ihr euch zum Werkzeug der SS gemacht habt?

Antw.: Wir haben Genossen gerettet.

Frage: Dafür habt ihr jemand anders geschickt, die ihr nicht kanntet. Vielleicht waren das doch Genossen.

Antw.: Wenn ich die Möglichkeit habe, 10 antifaschistische Kämpfer zu retten, dann tue ich das.

Frage: Aber dafür mußten 10 andere gehen.. Du verteidigst das also?

Antw.: Ja, das hielt und halte ich für richtig. Damit wirft du die ganze Politik um, die in allen Lagern so war.

Frage: Das ist die Politik, die die Freunde uns jeden Tag vorwerfen, und du verteidigst das.

Antw.: So und so oft war ich mit unseren Freunden zusammen in Buchenwald. Ich habe kein Wort der Kritik gehört.

Blatt 131

Frage: Nein, bei solchen Zusammenkünften natürlich nicht.

Antw.: Dann darf man das auch nicht heroisieren, das geschieht aber in Frankreich, in der Tschechoslowakei, in Polen.

Frage: Das darf man auch nicht.
Ihr hattet doch die Möglichkeit, Leute zu verstecken. Hättet ihr sie verstecken können?

Antw.: Wenn es sich darum handelt, ein oder zwei Mal, dann ja. Aber von 80.000 Häftlingen, davon 20 - 25.000 im Lager, wo jede Woche einmal oder zweimal Transporte für Außenkommandos zusammengestellt wurden, kann man die Frage nicht so stellen. Das hieße, den Kampf mit nackten Händen gegen Maschinengewehre führen.

Frage: Ich stelle immer wieder die Frage: In Korea machen sie es anders.

Antw.: Wenn wir heute ins Lager gehen müßten mit den Erfahrungen des II. Weltkrieges, würden wir es auch anders machen. Aber 1939 saßen wir da ohne das Echo des Kampfes im eigenen Lande.

Frage: Du hats doch bei der Gestapo unterschrieben, jeden zu melden, der dich zur politischen Arbeit auffordert.

Antw.: Was ich unterschrieben habe, haben tausende andere unterschrieben. Wenn diese meine Handlung damals eine der Ursachen ist, daß die Parteileitung Mißtrauen gegen mich hat, würde ich heute sagen, man muß alles vermeiden, daß auch nicht der Schatten einer falschen Handlung auf dich geworfen werden kann. Ich würde sagen, das tue ich nicht, die Partei könnte das mißdeuten.

Frage: Darauf kommt es nicht an. es kommt darauf an, daß man zurückgewichen ist, und das setzt sich fort in den Lagern. Freiwillig ins KZ gehen und nicht kämpfen, daß ist die gleiche Linie.

Das ist das, was die Freunde nicht begreifen, weil es das bei ihnen nicht gab.

Ebenso ist man davon ausgegangen, Kader zu erhalten. Kader erhalten sich im Kampf, nicht im Zurückweichen. Jetzt sind die Kader zersetzt.

Antw.: Ich habe keine Übersicht, aber ich weiß nicht, ob man sagen kann, alles was aus den Lagern kommt, ist zersetzt.

Frage: Das haben wir nicht gesagt. es haben ja nicht alle Funktionen gehabt.

Antw.: Heute ist es vielleicht sehr leicht zu sagen, das ist alles Quatsch gewesen, was wir gemacht haben. Aber dazu waren die Zeiten zu hart, um heute zu sagen, das war alles Unsinn. Nach einer Diskussion kann man das nicht sagen.

Frage: Du hast doch Zeit genug gehabt, darüber nachzudenken. Du steckst doch auch in der VVN-Arbeit drin.

Blatt 132

Antw.: Aber kannst du mir sagen, daß mal eine prinzipielle Frage gestellt wurde über das Verhalten unserer Genossen.

Frage: Nein, das nicht. Natürlich ist es schwer, diese Frage zu stellen für jemand, der nicht im KZ war. Aber die Genossen, die drin waren, hätten sie stellen müssen.

Antw.: Ja, das ist eine schwere Sache.

Frage: Ich will nicht eine solche Auffassung entwickeln, daß man sagt, 1939, 1940 oder 1941 hat es begonnen, von da an sind Fehler gemacht worden. Wahrscheinlich ist es entstanden aus kleinen Anfängen von Anfang an.

Antw.: Heute zu sagen, das war völlig falsch, wir hätten das von vornherein abstellen sollen, das ist nicht schwer. Aber was sollten wir dem gegenüberstellen?

Frage: Den Massenkampf.

Antw.: Wir kamen aus dem Zuchthaus und waren gewöhnt, daß ein Genosse Kalfaktor war.

Frage: Das war nicht der Fall.

Antw.: 1934/35 gab es Genossen, die Kalfaktoren waren. Ich weiß nicht, ob je die Frage so stand:: Funktion oder keine, und wenn die Grünen uns versuchen zu schikanieren, dann stehen wir geschlossen dagegen, und wenn die SS kommt, zu sagen, macht euren Dreck allein.

Frage: Man muß einen Unterschied machen zwischen Zuchthaus und KZ. Im Zuchthaus gab es keine Liquidation, auch keine sogenannte Selbstverwaltung. Da war eine Akte vorhanden und man konnte nicht so einfach verschwinden.

Antw.: Wie gesagt, wenn ihr erklärt, unsere Freunde machen uns diese Politik zum Vorwurf, sie haben mir gegenüber nie eine solche Bemerkung gemacht. Auch in den verschiedenen Körperschaften nicht.

Frage: Das kann man auch nicht in solchen Körperschaften machen.

Antw.: Aber das gibt eine Revolution in allen Ländern.

Frage: Bei den Deutschen hat es angefangen. Als die anderen kamen, bestand das System schon. Das muß ma auch unterscheiden.

Antw.: Ja, das ist richtig.

Frage: Andere Nationalitäten mußten sich ja auch nach dem richten was schon da war. Die Hauptverantwortung ist also bei uns zu suchen. Wohin das bei anderen geführt hat, siehst du am Slansky-Prozeß.

Antw.: Im Slansky-Prozess steht als "Zwischenruf des Richters", daß S. auf der Kriegsverbrecherliste steht. Aber wenn

Blatt 133

er auf der Kriegsverbrecherliste stand, warum wurde er nicht abgeurteilt?

Frage: Daß S. auf der Kriegsverbrecherliste steht, ist im Slansky-Prozeß nicht gesagt worden.

Antw.: Aber in der Zeitung stand es.

Frage: Auch nicht. Im Slansky-Prozeß steht, daß Franck auf der Kriegsverbrecherliste steht, nicht S.. Die räumen auf damit. Im Grund genommen hat er nichts anderes gemacht, als das, was du für richtig hältst.

Antw.: Es ist ein kleiner Unterschied, ob er das bewußt tut. Er sagt, er hätte sowjetische Kriegsgefangene auf die Liste gesetzt, um eine bestimmte Politik durchzuführen.

Frage: Und was habt ihr gemacht?

Antw.: Wir haben die raufgesetzt, die nicht als Antifaschisten bekannt waren.

Frage: Das ist doch dasselbe.

Antw.: Es sind genauso deutsche, tschechische, Häftlinge aller Nationalitäten auf Transport gegangen und ums Leben gekommen.

Frage: Hier geht es doch darum: Ihr habt Leute runtergesetzt und andere, die ihr nicht kanntet, dafür auf die Liste gesetzt. wer hat euch das moralische Recht gegeben, diese auf die Liste zu nehmen? Woher wußtet ihr, daß das keine guten

Antifaschisten waren?

Antw.: Woher wußten wir, daß die anderen Genossen waren

Frage: Die, die ihr dann raufgesetzt habt, hatten das Unglück, nicht bekannt zu sein.

Antw.: Das ist richtig.

Frage: Das kannst du doch nicht verteidigen.

Antw.: Ich kann doch aber nicht zusehen, ohen zu kämpfen. Unter diesen Bedingungen haben wir gekämpft. es gab nur zwei Möglichkeiten: Zu sagen, macht euren Dreck allein und den Grünen und Schwarzen das heft in die Hand zu geben, oder die Genossen zu retten.

Frage: Ihr habt ja niemand gerettet.

Antw.: Es sind ja nicht alles gestorben, die auf Kommando gingen.

Frage: Aber warum habt ihr sie dann von den Listen runtergenommen?

Antw.: Weil im Lager die Gewähr bestand, daß sie eher am Leben bleiben, als in den "Himmelfahrtskommandos".

Frage: Es mußte doch der Eindruck entstehen: Unsere Genossen bestimmen darüber, ob wir reif sind zum Sterben.

Blatt 134

Antw.: dieser Zwiespalt war bei den eigenen Genossen nicht da. Bei den Himmelfahrtskommandos sind auch nicht alle gestorben.

Frage: Du sagts, ihr habt Menschen herausgenommen, damit sie nicht zu den Himmelfahrtskommandos kommen, jetzt sagts du, ihr habt dafür ander hingeschickt, sie sind ja nicht alle gestorben.

Antw.: Ich wehre mich dagegen, daß man sagt, in den Tod geschickt.

Frage: Bei den anderen habt ihr aber angenommen, sie sterben bestimmt und von denen, die ihr dafür auf die Liste gesetzt habt, sagst du, sie sterben nicht alle. es geht doch um die prinzipielle Frage, Gefangene selbst für das Himmelfahrtskommando auszuwählen.

Antw.: Wenn ihr der Meinung seid, es war grundsätzlich falsch, dann war es falsch, eine Funktion im Lager anzunehmen. Du hast recht, daß wir als Deutsche die Hauptverantwortung tragen, denn wir waren in Deutschland. Bisher bin ich in der Ideologie gewesen, daß wir unter den Bedingungen, die uns gestellt waren, das bestmögliche getan haben. Wenn ihr der Meinung seid, das war falsch, wir hätten es auf einen Massenkampf ankommen lassen müssen, dan ist die Schlußfolgerung, daß wir

Kapitulanten waren und einen falschen Kampf geführt haben. Aber damit ist noch nicht gesagt, daß wir einen Massenkampf hätten führen können. Da hätte eine Reflexbewegung im Lande vorhanden sein müssen.

Frage: Wenn man einen Kampf beginnt, weiß man nie, ob er Erfolg hat.

Antw.: Richtig. Aber es wäre leichtsinnig, einen Kampf zu beginnen, wenn man keine Aussichten auf Erfolg hat.

Frage: Draußen die illegalen Gruppen hätten ja auch sagen können, organisiert zu sein, ist zu gefährlich. Aber Tatsache ist, daß wir eine Organisation hatten, das heißt schin, den Kopf in die Schlinge legen.

Antw.: Manche unserer Leute haben sich die ganzen Jahre bemüht, nichts zu tun. Von denen sind auch welche gestorben.

Frage: Aber den Kopf in der Schlinge hatten sie alle.

Antw.: Ja, der eine stand schon auf dem Gerüst des Galgens, der andere hat noch eine Weile zugeschaut.

Frage: Aber wenn ein prominenter Genosse auch nichts gemachte hat, ist der doch immer verdächtigt worden.

Blatt 135

Antw.: Das ist richtig, das hat man an Albert Kunz gesehen. Der war immer dran, auch wenn er nicht dabei war. Ihr müßt einsehen, daß es für mich außerordentlich schwierig ist, das, was wir 10 Jahre lang verteidigt haben, jetzt als falsch zu erkennen.

Frage: Das alles falsch war, kann man nicht sagen. Aber wenn man von vornherein so eine Einstellung hatte, wir besetzen die Funktionen und versuchen selbst, die internationalen Kader zu retten und opfern dafür andere, bei solch einer Linie konnte man zu keiner richtigen Einstellung kommen. Wenn man von vornherein die Einstellung gehabt hätte: Wir nehmen Funktionen überhaupt nicht an oder nur Funktionen die notwendig sind, um Verbindungen nach außen zu haben, Post, Kurier usw., dann finden sich sicherlich im Laufe der Zeit Formen des Kampfes, dann wäre etwas kämpferisches herausgekommen. Die anderen Nationen, die dann ins Lager kamen, hätten eine ganz andere Basis vorgefunden, und man hätte auch die entsprechenden Erfolge gehabt.

.... Blatt 136

Antw.: Ich kann jemand die gleichen Bedingungen stellen. Der eine hält sich, der andere nicht. Das hängt von der Kraft der Partei ab, ob sie ihn zurechtbiegen kann.

Frage: Ja, aber hier war es der Weg des geringsten Widerstandes.

Antw.: Das bestreite ich auch nicht. Wenn man keinen Massenkampf macht, sucht man nach anderen Mitteln. Jeder hat versucht, auf eigene Faust schlecht zu arbeiten.

Frage: dagegen ist nichts einzuwenden.

Antw.: Ja, aber das war auch der Weg des geringsten Widerstandes. Wir mußten glauben, daß Sabotage betrieben wurde. Man bildete sich eben ein, wenn man eine Schraube rechts anstatt links herum dreht, so ist das Werkstück verdorben. Es ist natürlich ein Unterschied, ob einer oder zehn an dieser Sabotage beteiligt sind. Aber versucht wurde das.... Wäre etwas kämpferisches herausgekommen.

Anlage

Verhörprotokoll

Thesen zum Thema: 50. Jahrestag der Selbstbefreiung von Buchenwald

Am 11. April 1995 begehen wir den 50. Jahrestag der Freiheit für die KZ Häftlinge von Buchenwald.

Wie können, wie wollen wir diesen Tag begehen?

Welche Vorstellungen hat die internationale Häftlingsgemeinschaft bisher entwickelt?

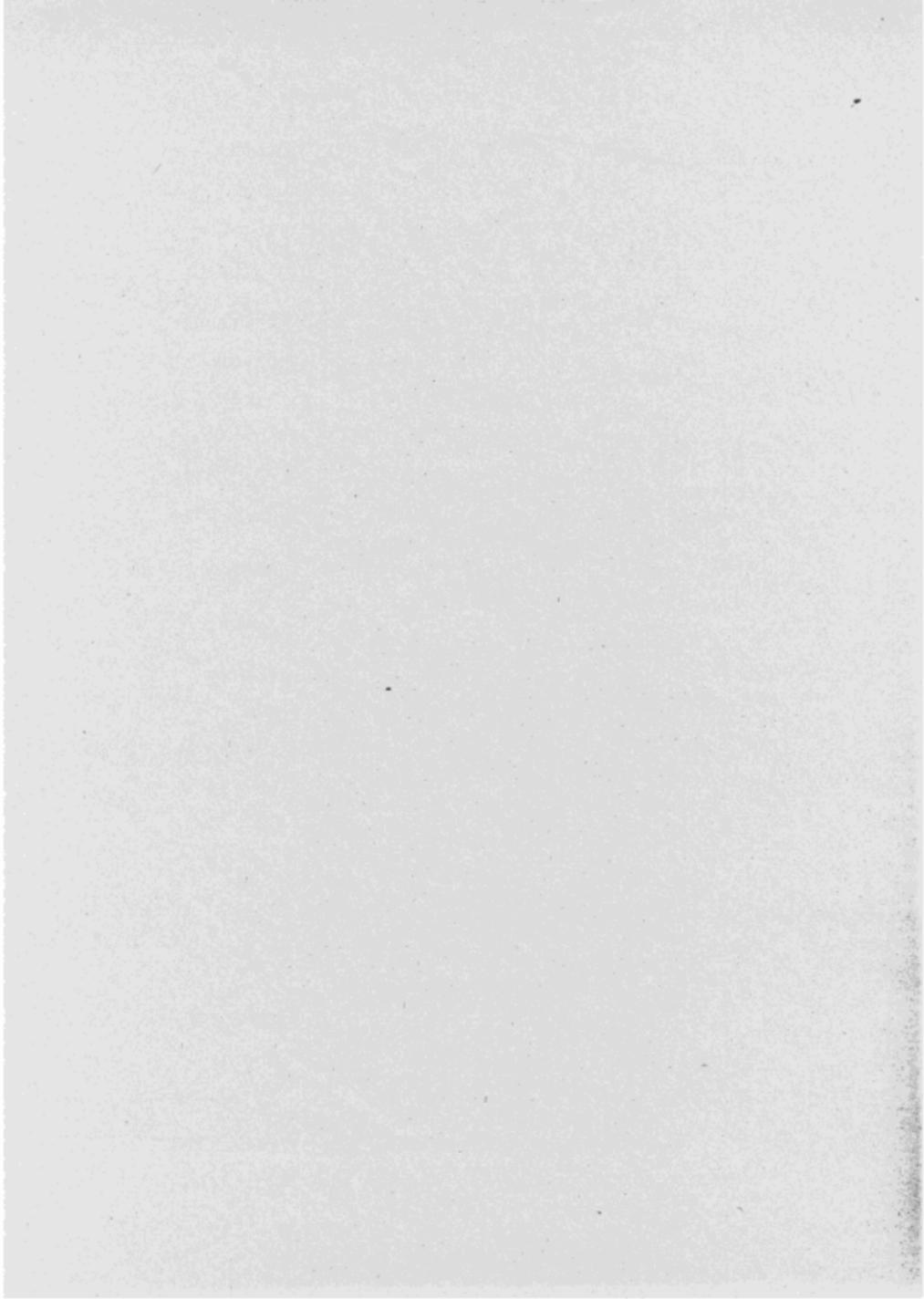
Welche Wünsche bzw. Vorstellungen gibt es von staatlicher Seite?

Was tun die Medien bzw. was könnten sie im Vorfeld leisten?

1. Auf keinen Fall werden wir an die Rituale aus DDR-Zeiten anknüpfen.
In den Jahren seit 1990 haben wir viele Erfahrungen gewonnen, die wir nutzen werden.
Die Wesentlichste ist, der Befreiungstag muß von den Häftlingen und den antifaschistischen Vereinigungen getragen und politisch breit verbreitet werden. Auch unterschiedliche weltanschauliche Positionen sollen sich artikulieren können. Die Feier zum Befreiungstag soll die Breite des Antifaschismus, so wie er wirklich war, ausdrücken.
Entscheidend für den Inhalt aller Veranstaltungen aus diesem Anlaß muß der Schwur von Buchenwald in seiner heutigen Aktualität sein. Es geht nicht um Riten oder pädagogische Belehrung, so wichtig pädagogische Arbeit auch ist, sondern um die Beantwortung der Fragen, die sich aus der heutigen Situation in Deutschland und in der Welt ergeben.
Wie treten wir dem Rassismus und Faschismus erfolgreich entgegen?
Wie verhindern wir einen neuen Siegeszug des Faschismus, egal in welcher Form und mit welchen Losungen?
2. Gedacht ist an ein Meeting auf dem Appellplatz des ehemaligen Lagers.
Gedacht ist auch an Gesprächsrunden mit ehemaligen Häftlingen, an Treffen mit jungen Leuten.
Möglich wäre auch ein Rockkonzert gegen Rechts u.a.m.
3. Auf den Routen der Todesmärsche könnten und sollten Sternmärsche, Sternfahrten stattfinden (auch auf Teilstrecken).
Hieran könnten sich auch Sportler beteiligen. Einzubeziehen ist der Landessportbund.
Wünschenswert sind landesweite Ehrungen an Außenkommandos, z.B. im Raum Bad Salzungen, Duderstadt, Niederorschel, Mühlhausen, im Raum Altenburg, in Leipzig, in Berstedt und Tonndorf, in Kranichfeld usw. sowie an Stelen, Gräbern, an den Gedenksteilen der Todesmärsche zum KZ und vom KZ.
4. Aufzurufen sind die Bürgerinnen und Bürger, die Stadt- und Gemeinderäte, Mitglieder der Gewerkschaften und andere Verbände an solchen Ehrungen teilzunehmen. Ehemalige Häftlinge könnten als

Sprecher gewonnen werden.

5. Nach Meinung des IKBD sollte Sonntag, der 09. April 1995 als Befreiungstag begangen werden. Eli Wiesel hat sein Kommen zugesagt. Er wird neben Pierre Durand auch sprechen. Angesprochen wurden ferner Pierre Sodreau und Frau Aicher-Scholl (Schwester von Sophie und Hans). Vormittags sollte das Denkmal für die Sinti und Roma eingeweiht werden. Die historische Ausstellung soll ebenfalls der Öffentlichkeit übergeben werden.
6. Eingeladen sind die amerikanischen Befreier von Buchenwald. Das steht nicht im Gegensatz zum Häftlingsverständnis von der Selbstbefreiung.
7. Der Spendenaufruf des IKBD hat bereits nach wenigen Wochen eine gute Resonanz gefunden. Die Thüringen Landesregierung will mit 100000 DM die Reise und den Aufenthalt von ehemaligen Häftlingen aus Osteuropa und Israel unterstützen. Der DGB Landesvorstand und Einzelgewerkschaften helfen ebenfalls.
8. Von der Landesregierung ist für den 08.04.1995 im DNT ein Staatsakt geplant.



Résumé